

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 25. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

## Angenommen!

Am Dienstag hat der Reichstag die zweite Lesung der Wehrvorlage zu Ende geführt. Sie hat natürlich den Ausgang genommen, der vorher zu sehen war. Die bürgerlichen Parteien haben der Regierung einhellig bewilligt, was sie von ihnen verlangt hat: die ungebeuerlichste Militärforderung, die in der Welt je dagewesen ist und die noch bis vor wenigen Monaten selbst in Deutschland kein Mensch für möglich gehalten hätte!

Nur die Sozialdemokratie hat in dieser Zeit wahnwitzigen Aufstehens, in diesem Fiebertaumel militärischer Unerfahrenheit kühles Blut und ruhige Besinnung bewahrt. Sie hat sich nicht durch die magren Broden der schriftlichen Begründung der Wehrvorlage dazu verlocken lassen, die politische Lage anders anzusehen als sie in Wirklichkeit ist. Sie hat sich auch durch die tiefinnig-inhaltlosen Redensarten des philosophischen Kanzlers nicht eines besseren belehren lassen. Ebenfalls kommt sie die wichtigst-wichtigen Reden der bürgerlichen Parlamentarier und die geheimnisvollen Mitteilungen gleichgültiger Selbstverständlichkeiten in der Budgetkommission durch den Kriegsminister zu einer anderen Auffassung befehlen. Man sprach vergebens viel um zu verhüllen, die Sozialdemokratie hörte durch allen Wortschwall und durch alle feierliche und vorschrittsmäßig-byzantinische Aufgeregtheit der bürgerlichen Militäristen doch immer den Grundton kapitalistischer Erregung hindurch: sie mußte von vornherein, daß sich mit dieser neuesten Phase militärischer Rüstungstreiberie die neueste Phase kapitalistischer Profitjägerie, die Gabelier und Maßlosigkeit der imperialistischen Weltpolitik Bahn brach, und daß vor dem gleichenden Schimmer und dem flirrenden Klang des Goldes alle bürgerlichen Parteien andachtsvoll in die Kniee sinken würden.

Die Werten haben sich bei der Beratung der Wehrvorlage wieder einmal klar und scharf geschieden. Wenn die bürgerlichen Parteien auch über Militärreformen redeten, um ihr durch die Ungebeuerlichkeit der militärischen Forderungen doch ein wenig beklommenes Gemüt zu erleichtern, und wenn sie ihren Wählern auch das hohle Schaugericht einer Anzahl Resolutionen mit nach Hause bringen — in den entscheidenden Fragen und jedesmal, wenn es sich um eine Tat handelte, stand die Sozialdemokratie allein. Die bürgerlichen Parteien wollten und wollen am Wesen des heutigen Heeres nichts ändern, so wenig wie sie am Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung irgend etwas ändern wollen. Sie begnügen sich günstigstenfalls mit harmlosen Reformchen, die nur den Anschein erwecken, als sei etwas geschehen, die aber in Wirklichkeit alles beim alten lassen.

Die Sozialdemokratie will dagegen eine völlige Aenderung unseres Heereswesens. Sie begnügt sich nicht mit einer Milderung der Härten des stehenden Heeres, sie verlangt die Miliz, die Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Nicht eine Waffe in der Hand einer herrschenden Klasse zu wirtschaftlichen oder politischen Eroberungszügen nach außen oder zur Abschreckung freihändlerischer Bewegungen im Innern soll das Heer sein, sondern das Volk selbst soll sich wehrhaft machen zur Verteidigung seiner selbst, mögen die Feinde von außen kommen oder mögen sie im Innern auf der Lauer liegen.

Das bedeutet eine grundstürzende Aenderung des gegenwärtigen Heereswesens, ohne daß darum auch nur für einen Tag die Wehrhaftigkeit Deutschlands in Frage gestellt zu werden brauchte. Daß die herrschende Gesellschaft, allen voran die Generale und die Rüstungsinteressenten, von einer solchen Neuordnung nichts wissen wollen, ist selbstverständlich, kann aber uns natürlich von einer Propagierung unserer Ideen auch nicht einen Augenblick zurückreden. Wenn unsere Fraktion im Reichstage bei der Verantwortung und Verteidigung ihrer zahlreichsten Anträge sich äußerlich zwar vorzugsweise an die Adresse der Herren vom Kriegsministerium gewendet hat, so galt die Dialektik unserer Genossen doch für wahr nicht den uniformierten Herren oder sie galt ihnen doch nur so nebenbei und als Mittel zum Zweck. Was unsere Genossen gesagt haben und was auch noch wieder am letzten Beratungstage, am gefrigen Dienstag, von unseren Rednern dargelegt worden ist, das war in erster Linie für das Ohr der großen Öffentlichkeit bestimmt, das sollte die Gleichgültigen und Käfigen im Lande aufklären, das sollte der Idee der Volkswehr und der Wehrorganisation einer demokratischen und sozialistischen Gesellschaft und damit dieser Gesellschaft selbst neue Anhänger und Freunde gewinnen.

Inwiefern dieser Zweck erreicht worden ist, läßt sich nicht sogleich übersehen. Scheinbar ist das Interesse der Massen im Lande für die Wehrdebatten im Reichstage nur gering. Aber man darf sich durch zufällige Erscheinungen nicht zu sehr beeinflussen lassen. Wir glauben, daß die Reichstagsdebatten der letzten Wochen ein lebhaftes Echo im Volke gefunden haben. Für die Arbeiter gibt es keine Sommerferien, in denen sie am Ufer des Meeres oder auf den Höhen der Berge die Politik Politik sein lassen und sich um ihre wichtigen Fragen nicht kümmern. Die Parteipresse hat sich auch nicht mit Reichstagsberichten im Telegrammstil begnügt, wie die bürgerliche Presse, sondern ausführlich die Verhandlungen, die zum großen Teile nur aus Reden sozialdemokratischer Abgeordneter bestanden, wiedergegeben. Da unterliegt es für uns

keinem Zweifel, daß manches Wort, das im Reichstage gesprochen worden ist, auf guten Boden gefallen ist und still weiterreift, bis es zu passender Stunde und bei passender Gelegenheit zur politischen Tat wird.

In den nächsten Tagen wird über die Deckungsfrage beraten werden. Die bürgerlichen Parteien sind sich inzwischen über die Art der Deckung einig geworden, und so werden sie drängen und treiben, daß die lange Session bald ihr Ende erreicht. So ausgeht die zweite Lesung der eigentlichen Wehrvorlage gewesen ist, so kurz wird voraussichtlich ihre dritte Lesung sein. Vielleicht bewilligen die bürgerlichen Parteien auf dem Altar der allgemeinen Verbrüderung auch noch die bisher vorenthaltenen drei Kavallerieregimenter, so daß die Militärliga schließlich mit einem vollen Siege nach Hause ziehen kann.

Dann wird Freude in Trojas Hallen sein. Aber wir beneiden die Heeresverwaltung und ihre kapitalistischen und höfischen Hintermänner nicht um diesen Triumph. Der Sieg ist nur über bürgerliche Kraftlosigkeit errungen worden, nicht über die sozialdemokratische Grundhaftigkeit und Entschlossenheit. Wer zuletzt lacht, lacht am besten. Der lachende Erbe des imperialistischen Militarismus und des militaristischen Imperialismus aber wird früher oder später das Klassenbewußte Proletariat sein.

## Die Deckungsvorlagen.

### Besitzsteuergesetz — Konflikt mit der Regierung Reichsstempelsteuer — Nachtragsetat Erbrecht des Staates.

Die Budgetkommission des Reichstags trat am Dienstagvormittag in die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über das Finanzwesen und die Besitzsteuer ein. Die Erhöhung des Kriegsschulden von 120 auf 240 Millionen wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen.

Beim Besitzsteuergesetz bekämpfte namens der Konservativen Graf Westarp die Besteuerung des Rindeserbes. Abg. Basslermann erklärte, ohne das Rindeserbe wäre für die Nationalliberalen das Gesetz unannehmbar. — Genosse David regte an, jetzt noch ein Erbschaftsteuergesetz zu schaffen. Wenn die Nationalliberalen mitmachen, könne in kurzer Zeit ein solches Gesetz zustande gebracht werden. — Der konservative Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und dreier Zentrumsgesandten abgelehnt.

Die Volkspartei und die Nationalliberalen hatten diesen Antrag eingebracht: „Der nach dem Zuwachsteuergesetz vom 14. Februar 1911 dem Reich und den Bundesstaaten zustehende Anteil der Zuwachsteuer wird, wenn ein Grundstück nach dem 1. Juli 1913 in fremdes Eigentum übergeht, nicht mehr erhoben. Den Gemeinden (Gemeindeverbänden) ist gestattet, den auf sie entfallenden Anteil so lange weiter zu erheben, als nicht die Regierung des zuständigen Bundesstaats Widerspruch erhebt.“ — Für das Reich und die Bundesstaaten würde somit nach Annahme dieses Antrages die Zuwachsteuer für Grundstücke in Wegfall kommen. — Schafsekretär Kühn bekämpfte diesen Antrag lebhaft. Die Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten würden geschädigt und das Vertrauen in die Stetigkeit der Reichsgesetzgebung schwer erschüttert werden, wenn ein vor zwei Jahren von allen Parteien gefordertes Gesetz jetzt schon wieder für das Reich und die Bundesstaaten beseitigt würde. — Abg. Südekum teilte mit, daß der Vorstand des preussischen Städtebundes am Montag noch einen Protest an die Kommission gegen die Aufhebung der Wertzuwachssteuer gefandt habe. Sollte die Aufhebung beschlossen werden, müßte den Gemeinden eine Entschädigung gewährt werden. — Ein Teil des Zentrums wünschte die Aufhebung des Wertzuwachssteuergesetzes, weil der Grundbesitz sonst doppelt belastet würde; ein anderer Teil des Zentrums forderte dagegen Reformen beim Wertzuwachssteuergesetz. — Genosse Südekum wendete sich dagegen, daß die Entscheidung über ein Reichsgesetz und seine fernere Anwendung den Landesregierungen überlassen werde. — Genosse David trat für Verbeibaltung des Wertzuwachssteuergesetzes ein; denn es wäre unverantwortlich, die gewaltige Wertsteigerung gerade bei den städtischen Grundstücken für die Allgemeinheit in steuerlicher Beziehung nicht nutzbar zu machen. Soweit Unstimmigkeiten und Härten im Wertzuwachssteuergesetz bestehen, könnten sie beseitigt werden. Es könne auch zugegeben werden, daß durch die fortschreitende Konzentration des Eigentums an Grund und Boden es möglich werde, die Wertzuwachssteuer auf die Mieter abzuwälzen. Da gelte es eben, gegen die Monopole vorzugehen, nicht aber ein Gesetz aufzuheben, das auf einem gesunden Grundgedanken aufgebaut worden sei. — Abg. Graf Westarp wendete sich ebenfalls gegen die Aufhebung des Gesetzes. Allerdings sei ein großer Teil der Konservativen in diesem Falle anderer Ansicht. — Der Antrag der Volkspartei und der Nationalliberalen wurde in seinem ersten Teile gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Zentrumsgesandten, der Arbeiter und Jäger, sowie des Abg. Herzog angenommen; Graf Westarp enthielt sich der Abstimmung. Der zweite Teil des Antrags wurde mit großer Mehrheit angenommen, ebenso die folgende Resolution der Volkspartei und der Nationalliberalen: „den Reichsanwalt zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Voraussetzungen regelt, unter welchen den Gemeinden und Gemeindeverbänden, mit Genehmigung ihrer Landesregierung, die Erhebung einer Steuer auf den beim Grundstücksverkehr sich ergebenden Wertzuwachs gestattet sein soll.“

Als Ersatz für das nunmehr beseitigte Wertzuwachssteuergesetz beantragten Nationalliberalen und Volkspartei, den Aufschlag zum Reichsstempel auf den Grundstücksverkehr in der bisherigen Höhe bis 31. März 1915 aufrechtzuerhalten, ferner zur Hälfte der bisherigen Höhe bis 31. März 1917. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

## Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsseitige Kolonelle ober deren Raum 90 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungen-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zweimalige 20 Pf. gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Streifenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Blosse. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Schafsekretär Kühn gab namens der Verbündeten Regierungen folgende Erklärung ab:

Durch die Beschlüsse der Kommission ist in den Finanzplan der Regierung ein so großes Loch gerissen worden, daß die Verbündeten Regierungen unter keinen Umständen diesen Beschlüssen zustimmen werden. Einschließlich der ohnehin fehlenden 35 Millionen entsteht durch die neuesten Beschlüsse ein Ausfall von 75 Millionen. Hier können die Regierungen nicht mehr mitmachen (Zurufe: Auflösung!)

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Konservativen wurde dann die Verbeibaltung der Zuckersteuer in bisheriger Höhe beschlossen.

Die Sozialdemokraten beantragten bei den weiteren Verhandlungen wiederum für je 1000 M. Vermögen eine jährliche Feststellungsgebühr von 20 Pf. zu erheben. — Schafsekretär Kühn betonte abermals den ablehnenden Standpunkt der Regierung, weil der sozialdemokratische Antrag faktisch die Einführung einer Reichsvermögenssteuer bedeute, die aber von der Regierung abgelehnt werde. — Genosse David erwiderte dem Schafsekretär, daß der sozialdemokratische Antrag der Regierung die Möglichkeit biete, den durch die soeben gefassten Kommissionsbeschlüsse entstandenen Ausfall zu decken. Die Regierung müßte deshalb vernünftigerweise dem sozialdemokratischen Antrag zustimmen. — Gegen die Stimmen unserer Genossen und die der Volkspartei wurde der Antrag abgelehnt. — Damit war die zweite Lesung des Besitzsteuergesetzes erledigt.

Es folgte die zweite Beratung des Reichsstempelgesetzes.

Die Konservativen beantragten, eine Reihe von Stempelsteuern derart zu erhöhen, daß eine Mehreinnahme von zwanzig Millionen herausspringt. Gegen die konservativen Stimmen wurden diese Anträge abgelehnt. — Auf Antrag der Nationalliberalen wurde die Stempelsteuer für Feuerversicherungs-polizen nach der Regierungsvorlage wiederhergestellt, also eine Verschlechterung gegen die Beschlüsse der ersten Lesung durchgeführt. Gegen die Verschlechterung stimmten die Sozialdemokraten und die Konservativen. — Die Volksparteiler nahmen dann den sozialdemokratischen Antrag, der beim Besitzsteuergesetz gestellt war, von je 1000 M. Vermögen eine Feststellungsgebühr von 20 Pf. zu erheben, wieder auf, und zwar in der Form einer Stempelgebühr. Der Vorsitzende erhob Einspruch dagegen, daß dieser Antrag nochmals zur Abstimmung gelangt; gegen die sozialdemokratischen und volksparteilichen Stimmen beschloß die Kommission, die Abstimmung nicht zuzulassen. — Damit war auch die zweite Lesung dieses Gesetzes erledigt.

Es folgte die Beratung eines Nachtragsetats zum Etat für 1913, der an Stelle des Ergänzungsetats treten muß. Die durch die Finanzreform von 1900 vorgelebene Schuldenentlastung wird durch den Nachtragsetat aufgehoben, die Ueberschüsse von 1912 im Betrage von 77,1 Millionen werden für die Ausgaben der Wehrvorlage verwendet. Dem Reichsanwalt wird die Ermächtigung erteilt, Schatzanweisungen im Betrage bis zu 600 Millionen anzugeben.

Es folgte dann die zweite Lesung des Gesetzes über das Erbrecht des Staates, das von den Konservativen und dem Zentrum nochmals lebhaft bekämpft wurde. Die 13 bis 15 Millionen, die an Einnahmen aus dem Gesetz zu erzielen sind, kämen nicht in Betracht gegenüber den schweren Entlastungen in das Familienleben und in die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuchs. — Genosse Wurm betonte, die Regierungsvorlage sei ein immerhin gangbarer Weg, und es müßte das Erbrecht des Staates weiter ausgebaut werden. — Abg. Fischel erklärte, daß das unbeschränkte Erbrecht der Verwandten aufgehoben werden müsse. Dem Entwurf habe nur der Mangel eines Finanzgesetzes an, aber eine Umgestaltung sei möglich, und die könne im Herbst vorgenommen werden. — Nach einem Antrag der Nationalliberalen wurde beschlossen, das Erbe von Geschwistern statt mit 4 mit 5 Prozent, das Erbe von Geschwisterkindern statt mit 6 mit 8 Proz. und das Erbe weiterer Verwandten mit 12 statt mit 10 Proz. zur Steuer heranzuziehen. — Der § 1 der Regierungsvorlage wurde hierauf gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen angenommen. Dann wurde die Weiterberatung über das Gesetz vertagt.

## Das neue Verlegenheitsprodukt.

Jede „Finanzreform“ bringt den Agrariern neue Liebesgaben. Selbst das „patriotische Opfer“, die Wehrsteuer, läßt die Grundrente völlig steuerfrei. Der Wert des Grund und Bodens soll bekanntlich nach seinem „Ertrage“ eingeschätzt werden, der nach den Beschlüssen der Kommission mit 20 multipliziert wird. Der Reinertrag des Bodens stellt sich gewöhnlich auf 3,5 Prozent seines Wertes. Das zwanzigfache davon gibt somit nur 70 Prozent des selbst nach der preussischen Ergänzungsteuer festgestellten Wertes des Grund und Bodens. Man kann also wohl annehmen, daß beim Grundbesitz im Durchschnitt die Hälfte des Wertes, zuweilen aber, wie einzelne in den Zeitungen bekannt gewordene Fälle beweisen, selbst zwei Drittel und mehr des Bodenwertes steuerfrei bleiben.

Damit sind aber die Liebesgaben an die Agrarier noch keineswegs erschöpft. Das jetzt in der Kommission angenommene Vermögen zu wachststeuer-gesetz übertrifft das Besteuer-gesetz an Liebesgaben für die Agrarier um ein Vielfaches. Hier haben wir mit einem direkten Ausnahmegesetz zugunsten der Agrarier zu tun.

Um die volle Bedeutung dieses Gesetzes zu erfahren, müssen wir uns die Entwicklung des Vermögens vor den Augen halten. Leider haben wir keine genauen Angaben dafür und müssen uns mit den Zahlen der preussischen Ver-



mögenssteuerstatistik begnügen, die in vieler Beziehung unvollkommen und ungenau sind. Danach gab es in Preußen:

Benfiten	1895	1902/4	1911/13
in den Städten in Millionen	0,82	0,82	0,81
auf dem Lande	0,63	0,68	0,96
überhaupt	1,45	1,50	1,77
das veranlagte Vermögen			
in den Städten in Milliarden Mark	38,28	47,88	64,07
auf dem Lande	25,58	28,08	39,39
überhaupt	63,86	75,96	104,06

Daraus geht hervor, daß sowohl die Zahl der Benfiten, als auch dem Vermögen nach die Entwicklung auf dem platten Lande vor 1902/04 recht gering war. Erst die neuen Hölle beschleunigen dieses Tempo und das Vermögen auf dem Lande steigt in den folgenden 9 Jahren um 11,3 Milliarden, während es in den Jahren 1895/96 bis 1902/04 bloß um 2,5 Milliarden zugenommen hat. Dagegen ist das städtische Vermögen in den ersten 7 Jahren um 9,3 und in den folgenden 9 Jahren um 14 Milliarden gestiegen.

Da man hoffentlich keine neue Agrarzollerhöhungen zu erwarten hat, so wird das Vermögen auf dem Lande nur langsam zu nehmen, etwa wie in der Periode 1895 bis 1902/4, also bloß um 0,36 bis 0,5 Milliarden jährlich, was in drei Jahren einen Zuwachs von etwas über einer Milliarde bis 1 1/2 Milliarden, während sich das städtische Vermögen zu gleicher Zeit — selbst wenn sich die Kapitalakkumulation auch in der Zukunft in den gleichen Grenzen wie in den Jahren 1902 bis 1904 und 1911 bis 1913 halten soll — um 4 1/2 Milliarden vermehren wird. Das städtische Vermögen wird also fast viermal so viel an Vermögenszuwachssteuer zahlen.

Die Einteilung in „städtisches“ und „ländliches“ Vermögen sagt uns natürlich noch nicht, aus welchen volkswirtschaftlichen Quellen die Steuer geschöpft wird. Genauer werden die einzelnen Teile des Vermögens erst bei den Benfiten mit 3000 M. jährlichen Einkommens. Betrachten wir die Entwicklung des Vermögens der wohlhabenden Schicht näher. Das Gesamtbruttovermögen (also ohne Abzug von Schulden) dieser Benfiten ist von 1895 bis 1911/13 von 52,27 auf 96,19 Milliarden gestiegen, davon in den Städten von 37 auf 69,5 und auf dem Lande von 15,1 auf 26,68 Milliarden.

An erster Stelle steht das Kapitalvermögen der Benfiten, das in den Städten von 17,2 auf 33,9 Milliarden, auf dem Lande von 4,18 auf 2 Milliarden gestiegen ist. Das Grundvermögen ist in den Städten ebenfalls rasch gestiegen, von 12,5 auf 24,1 Milliarden, hat sich fast verdoppelt. Dagegen betrug das Grundvermögen auf dem Lande 1895/96 9,76 Milliarden, 1902/04 10,94 und 1911/13 15,5 Milliarden Mark. In den 7 Jahren vor dem Inkrafttreten des neuen Polltarifs ist das „ländliche“ (inkl. das Grundvermögen der kleinen Städte mit über 2000 Einwohnern) Grundvermögen bloß um 1,18 Milliarde, oder um 12 Prozent gestiegen. Der Vermögenszuwachs war hier also weniger als 2 Prozent jährlich. In den folgenden 9 Jahren steigt das Grundvermögen schneller an, um 4,6 Milliarden oder um 24 Prozent. Die jährliche Zuwachsquote beträgt also 2 1/2 Prozent, gegen eine Vermehrung des Kapitalvermögens in dieser Periode um jährlich 5,95 Prozent.

Das Betriebskapital ist von 1895 bis 1911/13 in den Städten von 7,29 auf 11,39, auf dem Lande von 1,13 auf 2,08, überhaupt von 8,42 auf 13,47 Milliarden, oder um rund 4 Prozent jährlich gestiegen. Das mobile Kapital hat sich also doppelt so rasch vermehrt als das landwirtschaftliche Vermögen inkl. landwirtschaftliches Betriebskapital. Daraus folgt, daß die Vermögenszuwachssteuer den Profit und Zins viel stärker belasten wird als die Grundrente. Drückt aber eine Steuer den Profit und Zins, so begünstigt sie naturgemäß die Grundrente. Je niedriger die Profitrate in der Industrie ist, um so geringer wird der Pächterverdienst und um so höher die Grundrente. Da der Profit des Industriellen stärker belastet wird, so wird sich der Pächter dazu bequemen, einen Teil der Steuer, die auf den Grundbesitzer fällt, auf sich zu nehmen und einen entsprechend höheren Pachtzins zu zahlen. So werden die Junker die Vermögenszuwachssteuer auf den Unternehmerprofit abwälzen.

Interessant ist noch, festzustellen, welche Vermögen, die großen oder die kleinen, rascher wachsen. Das läßt sich nach der veranlagten Ergänzungssteuersumme feststellen, die bekanntlich das große wie das kleine Vermögen mit 1/2 pro Tausend belastet. Der Ertrag der Ergänzungssteuer war (in Millionen Mark):

Vermögensgruppe	In der Vermögensgruppe			Städte			Land		
	1895/6	1902/4	1911/13	1895/6	1902/4	1911/13	1895/6	1902/4	1911/13
1. von 0 000— 20 000	1,22	1,44	1,88	1,75	1,90	2,67	1,75	1,90	2,67
2. „ 20 000— 32 000	0,94	1,10	1,42	1,28	1,33	1,76	1,28	1,33	1,76
3. „ 32 000— 52 000	1,49	1,74	2,27	1,80	1,86	2,39	1,80	1,86	2,39
4. „ 52 000— 100 000	2,35	2,79	3,62	2,93	2,93	2,70	2,93	2,93	2,70
5. „ 100 000— 200 000	2,71	3,24	4,32	3,28	3,43	3,89	3,28	3,43	3,89
6. „ 200 000— 500 000	3,41	4,25	5,65	4,09	4,27	5,68	4,09	4,27	5,68
7. „ 500 000— 1 000 000	2,29	2,82	3,84	2,69	2,81	3,77	2,69	2,81	3,77
8. „ 1 000 000— 2 000 000	1,76	2,30	3,17	2,09	2,76	3,66	2,09	2,76	3,66
9. über 2 000 000	3,08	4,19	6,23	3,83	4,64	6,90	3,83	4,64	6,90

In den Städten wie auf dem Lande steigt das große Vermögen rascher an als das kleine. In den 16 Jahren, von 1895 bis 1911, ist das städtische Vermögen in der Gruppe 1 durchschnittlich um 3 1/2 Prozent jährlich, in den folgenden drei Gruppen (mit einem Vermögen von 20 bis 100 000 M.) um 3 1/2 Prozent, in den Gruppen 5 bis 7 (mit einem Vermögen bis einer Million) um 11 Prozent, und das Millionenvermögen gar um 6 Prozent jährlich gewachsen.

Die Zunahme des Vermögens auf dem Lande war:

Vermögensgruppen	Jährliche Zuwachsquote	
	1904/06 gegen 1895/96	1911/13 gegen 1904/06
6000 bis 20 000	1,23 Proz.	4,4 Proz.
20 000 bis 100 000	0,55	ca. 3,5
100 000 bis 1 Million	2,10	3,5
über 1 Million	2,70	7,2

Die scheinbar stärkere Vermehrung des Vermögens in der ersten Gruppe ist wohl bloß eine Folge der genaueren Veranlagung. Im allgemeinen ist auch auf dem platten Lande das Vermögen um so rascher gewachsen, je größer es ist. Insbesondere der Großgrundbesitz hat die höchsten Vorteile aus dem neuen Polltarif gezogen, so daß das Vermögen der Millionäre jährlich um 7 Prozent im Werte gestiegen ist! Das ländliche Millionenvermögen ist also in dieser Periode rascher gestiegen als selbst das städtische Millionenvermögen. Daher dieser große Uebermut der Agrarier in den letzten Jahren. . .

Durch die Vermögenszuwachssteuer wird aber dieses Vermögen nur sehr gering belastet werden, da es in normalen Zeiten kaum um 2,7 Prozent jährlich steigt, gegen eine 6 prozentige Zunahme des städtischen Vermögens.

Im großen ganzen ergibt sich also, daß die Vermögenszuwachssteuer eine Belastung des städtischen Großvermögens

bedeutet, bei fast völliger Freilassung des Grundbesitzes, womit es den Agrarier ermöglicht wird, die Grundrente auf Kosten des Pächterprofits noch mehr zu erhöhen.

Daß eine Vermögenszuwachssteuer in der Tat eine Steuer zugunsten der Agrarier ist, hat auch der konservative Landrat a. D. von Dewitz offen zugegeben. Der Protest des Ganjabundes gegen diese Steuer ist deshalb ganz begründet. Daß aber selbst die Fortschrittler für dieses Kompromiß eintreten, zeigt nur, wie wenig diese Partei des „fortschrittlichen“ Bürgertums selbst die Interessen des Kapitals richtig zu vertreten versteht.

## Eine Reichwichtigungsformel.

Paris, 23. Juni. (Eig. Ber.)

Die Militaristen beginnen einzusehen, daß auch die draconische Kriegsjustiz gegen die „Meuterer“ nicht imstande ist, die Erregung in den zum dritten Dienstjahre verurteilten Mannschaften des zweiten Jahrganges zum Schweigen zu bringen, und die radikalen Deputierten, die für die dreijährige Dienstzeit zu stimmen bereit sind, wollen eine die Mäßigung der Wähler wenigstens für den Augenblick dämpfende Konzeption heimbringen. So hat sich die Regierung bereitgefunden, einem von den Deputierten Reinaud und Montebello, Vizepräsidenten der Armeekommission und Verfassern des an der Stelle des ursprünglichen Regierungsentwurfs offiziell angenommenen Vorschlags, ausgearbeiteten Abänderungsantrag zuzustimmen. Der Vorschlag setzt das stellungsspflichtige Alter, das bisher 21 Jahre betrug, auf 20 herab, ermäßigt also, in diesem Herbst auf einmal zwei Jahrgänge einzustellen. Allerdings soll die Einstellung der Rekruten an besondere, ihre körperliche Tauglichkeit und Widerstandskraft sichernde Kriterien geknüpft sein, immerhin wäre dadurch die Möglichkeit geschaffen, den größten Teil der zurzeit im zweiten Dienstjahre Stehenden im Herbst heimzuschicken. Der neue Vorschlag hält die dreijährige Dienstzeit fest, mit Ausnahme derjenigen, die von der Stellungskommission dreimal als zeitweilig untuglich zurückgestellt worden sind: diese sollen nur zwei Jahre dienen.

Man sieht, es ist kein grundsätzliches Zugeständnis, das die Regierung macht. Die dreijährige Dienstzeit wird im allgemeinen festgehalten und nur der Uebergang zu ihr soll weniger schmerzhaft gemacht werden. Auch bei der geforderten strengeren ärztlichen Untersuchung der Jünglingsjahrlinge wird die Zahl der Tauglichen auf 110 000 bis 120 000 veranschlagt — so in dem auf die Festhaltung der zweijährigen Dienstzeit und die Verwendung schwarzer Truppen abzielenden Vorschlag des Radikalsozialisten Painlevé —, die im ursprünglichen Entwurf Reinach-Montebello als „unerlässlich“ geforderte Erhöhung der Effektivbestände beträgt aber 125 000 Mann, so daß in diesem Herbst fast alle das zweite Jahr Dienenden entlassen werden könnten.

Daß der neue Vorschlag den grundsätzlichen Gegnern der Dienstzeitverlängerung und der Kasernenarmee überhaupt als ein unannehmbares Zugeständnis erscheinen kann, liegt auf der Hand. Aber er beweist ihnen, daß ihre scharfe technische und politische Kritik des militaristischen Programms nicht so vergeblich geblieben ist und er zeigt auch die Wirksamkeit der im Land entfalteten Agitation. Der Kampf gegen die Militaristen dauert innerlich und äußerlich des Vorlaments fort. Sein Endergebnis ist noch zweifelhaft. Aber eins ist sicher: so voll, wie sie gehofft haben, werden die Militaristen ihren Wagen nicht in die Scheune bringen.

## Der belgische Militarismus.

Brüssel, 17. Juni. (Eig. Ber.)

Die Rechnung für das neue Militärgesetz ist endlich präsentiert worden. Die Regierung hatte es damit weniger eilig als mit der Abstimmlung gehabt. Sie erfolgte in der Kammer, ohne daß die Patrioten wußten, was ihr Patriotismus dem Lande kosten wird. Nachdem Herr v. Broqueville das Wort in der Tasche hatte, gerührte er endlich in der gesünderen Atmosphäre des Landes den Mund aufzumachen und sich über den Kostenpunkt zu verbreiten. Man muß sagen, das „kleine Belgien“ macht sich in puncto Militarismus. Für einen neutralen Staat ist die Rechnung ganz dubia. Sie beträgt nebenbei auch etwas mehr, als der Minister Renkin — vor den Wahlen schätzte, da er die neuen Militärlasten auf 25 Millionen bemessen zu dürfen glaubte. Herr v. Broqueville hat sie im Senat mit 284 Millionen angegeben. Und zwar sieht sich der frisch inaugurierte belgische Militarismus im einzelnen folgendermaßen an:

Das neue Militärgesetz wird den Belgiern 47 Millionen jährlich kosten — zu den 63 Millionen, die das normale Kriegsbudget verschlingt.

Die neuen Ausgaben zerfallen in zwei Teile. Der eine Teil umfaßt die laufenden jährlichen Ausgaben für die Unterhaltungskosten usw. der neu einzustellenden 18 000 Mann mehr gleich 27 Millionen — so daß das ordentliche Kriegsbudget auf 90 Millionen anschwillt. Der zweite Teil betrifft die „außerordentlichen“ Ausgaben, als da sind: 18 1/2 Millionen zu den schon 1895 bewilligten früheren für die Festung in Antwerpen; 75 Millionen für die Forts, also für Antwerpen allein 95 1/2 Millionen; für Waffen, Ausrüstung, Unterhalt der Pferde 100 Millionen; für Immobilien militärischer Gebäude, Arsenalen usw. 70 Millionen, für Grundstücke zu Studienzwecken 18 Millionen, macht also alles in allem 284 Millionen!

Nachdem Herr v. Broqueville also im Senat gesprochen, rückte der Finanzminister Levie in der Kammer mit der Steuerrechnung heraus. Sie ist fein säuberlich in 5 Parteien geteilt, und beginnt mit einer ausgiebigen Alkoholsteuer, wie der Finanzminister witzig bemerkte, aus purer Freundschaft für die Temperenzbewegung, und endet mit Börsensteuern. Was die Alkoholsteuer betrifft, so ist ihre Motivierung, daß Alkoholbesteuerungen einen Konsumrückgang bewirken und die Regierung damit quasi eine soziale Tat übe, wirklich ein Witz. Denn dieselbe Regierung hat vor einigen Monaten durch die Aufhebung der Lizenz bewirkt, daß sich 107 000 neue Kabarets — Schaustuben aufstauten.

Das ist aber nur der Anfang, denn es versteht sich am Rande, daß mit den angekündigten 40 Millionen neuer Steuern kein Auskommen sein wird, um einmal das große finanzielle Loch zu decken, das der Minister der Schatzkammer im Staatsbeutel hat, um die neuen Ausgaben für den Militarismus zu decken, um das Defizit des Amertordens wettzumachen, und schließlich um ihren Liebhobereien für den Klerus nachzukommen. Und dann schließlich wird der Tag kommen, wo man auch für die sozialen Großtaten der Regierung der jährlichen 100- oder sogar 200-Millionen-defizite — von den Klerikalen genannt die Regierung der

„nationalen Prosperität“ — die Rechnung vorweisen wird.

Der Witz der ganzen Situation drückt sich aber in diesen zwei Momenten aus, daß es keine weitendern Gegner der Steuerpolitik geben konnte als die belgischen Klerikalen. Als im Jahre 1883 ein liberales Ministerium mit einer Forderung von 18 Millionen aufrat, pachtete Herr Boete das Entsetzen. Heute geht es um 284 Millionen. Und wofür? Für den Militarismus, und das ist der zweite Punkt, dem sich die klerikale Partei bisher so feindlich und schroff gegenübergestellt hat. Ihre Vertreter haben sich sogar direkt auf ihre antimilitaristischen Bekenntnisse hin wählen lassen, auf Bekenntnisse, die allerdings im Laufe der Militärdebatte von Herrn v. Broqueville zum Schweigen gebracht wurden, im Namen des Patriotismus, der Landesverteidigung und des Regierungsgeschäfts.

300 Millionen für ein Militärgesetz, das niemanden, am wenigsten die, die es mit der Landesverteidigung ernst meinen, befriedigt, das Privilegien schafft und aufrecht erhält und die hauptsächlichste demokratische Forderung, die Verkürzung der Dienstzeit, mißachtet; 40 Millionen, vorläufig, für neue Steuern, und zu alledem die Folgen einer Finanzwirtschaft, die das Land immer tiefer ins Elend der Defizite und des kläglichen Schuldenmachens reißt. Das sind so die Rechnungen, die der Klerikalismus augenblicklich den Belgiern präsentiert.

## Politische Uebersicht.

### Protest gegen die Wahl Rosenow im 10. Berliner Landtagswahlkreis.

Im 10. Berliner Landtagswahlkreise wurde der Fortschrittler Rosenow mit 439 von 869 Stimmen, also mit einer Mehrheit von nur 4 Stimmen, gewählt. Gegen die Wahl ist von sozialdemokratischer Seite Einspruch erhoben worden mit der Begründung, daß der Wahlvorstand bei der Prüfung der Mandate der Wahlmänner 45 beanstandete Mandate für gültig erklärt hat, obwohl Verstöße gegen das Wahlreglement vorliegen.

### Gardebetrachtungen.

Ein ehemaliger Offizier schreibt uns: Der Herr Kriegsminister v. Heeringen war sehr erürrt, weil Sozialdemokraten meinten, die kriegerischen Verdienste des preussischen Gardekorps seien nicht so groß, wie sie immer dargestellt werden. Er bestritt auch lebhaft, daß die Garde im Kriege geschont wurde. Da wollen wir darauf aufmerksam machen, daß ein leidenschaftlicher Prinz, der zgl. preussischer General der Infanterie war, ganz offen zugab, daß die Garde 1813 und 1814 nur wenig in Verwendung kam. Auf Seite 185 des II. Teiles seiner „Strategischen Briefe“ schrieb nämlich der Prinz Kraft zu Hohenlohe, der 1870 sogar die Artillerie des Gardekorps kommandierte, man habe vor der Schlacht von Sedan gefürchtet, die Garde würde auch in diesem Kriege wieder so geschont werden, wie in den Befreiungskriegen, wo sie 1813 und 1814 nur je einmal verwendet wurde. Wenn der Herr Kriegsminister die betreffende Stelle nachlesen sollte, so wird er auch sonst noch ein paar Betrachtungen über das Thema „Schonung der Gardetruppen“ finden.

Berner bitten wir den Herrn Kriegsminister bekanntzugeben, wieviele Freiwillige des Gardekorps den deutschen Truppen, die nach China und Südwestafrika geschickt wurden, zugeteilt waren, und wieviele Freiwillige von den anderen Armeekorps zur Einziehung kamen. Wir können uns ganz genau erinnern, daß bei einem dieser kriegerischen Unternehmen von der Garde auffallend wenige Freiwillige in das Expeditionskorps eingestellt wurden. Gemeldet haben sich beim Gardekorps wahrscheinlich ebenso viele Freiwillige wie bei den anderen Armeekorps. Aber eingereiht wurden nur wenige.

Herr von Heeringen gestand selbst ein, daß das Gardekorps zur Mobilisierung 7 Tage mehr benötigte als die anderen Armeekorps. Freilich setzte er hinzu, dieser Nachteil werde durch besondere Maßregeln wettgemacht. Wie das gemacht wird, ist bisweilen rätselhaft. Man kann doch die anderen Armeekorps nicht anweisen, ihre Mobilisierung zu verzögern, damit die Garde nicht zu sehr hinterdrein hinkt. Oder will der preussische Kriegsminister die Franzosen bitten, daß sie um 7 Tage später loszuziehen sollen, weil sonst die preussische Garde nicht mittun könnte?

Daß das Gardekorps unter den jetzigen Verhältnissen am längsten zum Mobilisieren braucht, ist besonders charakteristisch für die ganze Institution, denn just die Garde könnte am schnellsten fertig sein, weil sie ihren Bedarf an Mannschaften und Pferden mit Leichtigkeit aus Berlin und Potsdam, also aus ihrer nächsten Umgebung beziehen könnte. Aber so etwas darf beiläufig nicht sein, namentlich in Berlin so viele Sozialdemokraten hausen. Wir wollen hier dem preussischen Kriegsminister eine Aeußerung des vor einigen Jahren verstorbenen bayerischen Kriegsministers Freiherrn von Asch erzählen. Dieser sagte nämlich einmal im Landtag, er sei der festen Ueberzeugung, daß in dem Regiment, das er seinerzeit kommandierte, eine große Anzahl Sozialdemokraten gewesen sei, aber er habe auch an diesen niemals Nachlässigkeit im Dienst oder eine Betätigung unerlaubter Gesinnung beobachtet. Und nun kommt das „Entschliche“: Das betreffende Regiment, das so viele Sozialdemokraten in seinen Reihen hatte, trägt den Namen „König“, hat also eo ipso den jeweiligen König von Bayern zum Inhaber und garnisoniert außerdem in München. Trotzdem steht der Thron der Wittelsbacher noch heute!

Herr von Heeringen sprach bei seiner Verteidigung der Garde viel von der Notwendigkeit der Tradition im Heere. Wie steht es aber mit der Tradition, wenn ein regierender Fürst von einem anderen entthront wird. Dann muß die Armee des geschlagenen Landes, der seit Jahrhunderten vorgesagt wurde, sie müsse für ihre angestammte Dynastie freudig Blut und Leben opfern, mit einer Gleichgültigkeit, die an Herzer erinnert, umlernen und feierlich schwören, daß sie von jetzt ab ihr Blut und Leben ebenso freudig für denjenigen hingeben werde, der die früher so vergötterte, angestammte Dynastie zum Teufel gejagt hat. Wo bleibt denn da die Rücksicht auf die Tradition, Herr von Heeringen?

### Der Reichsverbandsgeneral auf dem Kriegspfade.

Vom Wahlkampf in Jüterbog-Luckenwalde wird uns geschrieben: Der Wahlkampf ist jetzt in voller Hestigkeit entbrannt. Versammlungen auf Versammlungen finden statt. Der Segen der Wahrheitsflugblätter des Reichsverbandes flutet über den Kreis. Die Fortschrittler haben eine große Anzahl Bureaus mit Hilfskräften und Sekretären eingerichtet und auch ihr Kandidat Hermann Bremen ist Tag für Tag in Versammlungen auf dem Wahlergang. Der erfolgswahrscheinliche Vertreter der Interessen des „Norddeutschen Bloch“ „Hoff“ in die Stichwahl mit unserem Genossen Erwald zu kommen und dann mit Hilfe der Konservativen zu siegen. Deshalb besteht er in keiner Versammlung zwischen sich und die Sozialdemokratie einen dicken Strich zu ziehen, um sich so der Gunst späterer konservativer Wahlhilfe würdig zu erweisen.

Unsere Genossen sind ebenfalls auf dem Posten. Am letzten Sonntag wurde die dritte Nummer der „Wahlzeitung“ verbreitet und überall freudig aufgenommen. Mehr als zwanzig Versammlungen fanden an diesem Tage statt und bis zum Wahltag sind



nach etwa vierzig weitere Versammlungen in Vorbereitung.

Die Freikonserwativen sehen jetzt erst eigentlich mit der Agitation ein. Für sie soll der amtliche Apparat die geistigen und materiellen Strapazen erheben. Deshalb bleiben sie mit Vorliebe in geschlossenen Zirkeln. Am Sonntag sprach in Groß-Kreuz in einer Versammlung von „Freunden der konserverativen Sache“ aus 12 eingeladenen Dörfern der Generalissimus des Reichsverbandes General v. Liebert. Ganze 70 Mann hatten sich eingefunden. Darunter unser Genosse Wels. Schon bevor v. Liebert den Saal betreten hatte, stellte Wels die Frage an ihn, ob er dafür sorgen wolle, daß dem Vortrage freie Aussprache folge.

Herrn v. Liebert mochten wohl sofort seine geschäftlichen Transaktionen in Aufsichtskassen usw. einfallen, denn so verlegen, wie es ein alter Soldat, der im Äußersten gehalten, nie sein dürfte, antwortete er stöhnend: „Das, das entscheidet das Komitee“. Das „Komitee“, d. h. Herr v. Liebert und der Amtsvorsteher, berieten dann schweigend, wie sie sich aus der unangenehmen Affäre ziehen könnten und man sah es bald an dem Ausfluchten ihrer Gesichter, daß sie das Gl des Kolumbus gefunden.

Nach der Eröffnung und der Mitteilung, daß Herr Pauli, für den man sich im April eingetretten verpflichtet habe, zurückgetreten sei und man „die Freude habe, den altbewährten Herrn v. Dörfler wieder als Kandidaten zu haben“ — welche Jugendsünden dieser in der Erbschaftsteuerfrage gemacht, wurde nicht gesagt — erteilte der Amtsvorsteher eiligst Herrn v. Liebert das Wort. Ehe der aber beginnen konnte, fuhr Wels ihm in die Parade mit der Anfrage, wie es mit der Redefreiheit nach dem Vortrage beschaffen sei. Darauf wurde ihm gesagt, da er aus Berlin sei, zur Versammlung aber nur Wähler aus 12 besonders benannten Dörfern eingeladen seien, würde er das Wort nicht erhalten. Wels replizierte, daß ein solches Verhalten sich von selbst richte. Die Wähler des Kreises würden auf diese Betätigung konserverativen Mannes nicht schon die richtige Antwort geben.

Der tapfere Herr v. Liebert der Sozialistenstuffer par excellence, sah dabei an seinem Tisch und atmete sichtlich erleichtert auf, als unser Genosse ihn von seiner Gegenwart befreite. Später erschienen in der Versammlung zwei Fortschrittler, die in die Diskussion eingreifen wollten. Sie erhielten denselben Bescheid wie Wels. Da aber wurde einigen Ortschönheiten die Sache doch zu bedenklich und sie rieten, doch bei dieser Praxis nicht zu beharren. 5 Minuten Redezeit wurden dann auch glücklich gewährt. Es geht nichts über wahre Tapferkeit, als deren besseren Teil Herr v. Liebert allerdings die Vorsicht zu betrachten scheint.

### Zur Reichstagswahlwahl in Salzwehel-Gardelegen.

Am 2. Juli soll die Erstwahl für das vom Reichstage für ungültig erklärte Mandat v. Kröcher stattfinden. Der Kreis ist seit 1890 in konserverativem Besitz. Vorher war er wiederholt durch Liberale, einige Legislaturen durch Freikonserverative vertreten. Seit 1890 beteiligt sich auch unsere Partei an den Wahlen. Die letzte Wahl brachte uns von insgesamt 24 772 Stimmen 2407, während der konserverative v. Kröcher 12078, der Bauernbändler Dr. Böhm 10271 Stimmen erhielt. Es ist ein ausgeprägter agrarischer Kreis, der namentlich im westlichen Teile sehr viele Bauern zählt. Industrie ist fast gar nicht vertreten. Selbstverständlich beherrschen die Junker die Kreisstage, die bekanntlich bei Neubestellung der Landratsposten das Vorschlagsrecht genießen und dies immer zugunsten eines wackelhaften Junkers benutzen. So ist die konserverative Partei in diesem Wahlkreise ebenso mächtig und rücksichtslos, wie in irgend einem ostpreussischen Wahlkreise. Hier lassen die Herren alle Skrupel fallen, wenn es gilt, ihre Parteiinteressen durchzusetzen. Die Folge davon ist eine sehr starke Opposition, namentlich bei den bäuerlichen Wählern, die allein schon die starke Stimmzahl des Dr. Böhm erklärt. Aber die Empörung über das Junkerregiment, das besonders rücksichtslos auch durch v. Kröcher vertreten wurde, hat auch große Kreise der indifferenten Arbeiterklasse ergriffen. So kam es, daß bei der vorigen Wahl in den kleinen Landstädten viele Arbeiter schon im ersten Wahlgange für Dr. Böhm stimmten, weil sie unserer Kandidatur einen Sieg über die Junker nicht zutrauten.

Bei der Nachwahl treten die konserverativen mit v. Kröcher und mit dem Bauern Schulz in Rufe auf. Diese Doppelkandidatur soll zunächst Verwirrung unter die Bauern bringen. Man nimmt an, daß die Kandidatur Schulz im letzten Augenblicke zurückgezogen wird. Der Schachzug würde den konserverativen durchaus zugunsten sein, aber es ist fraglich, ob er Erfolg haben wird. Die Nationalliberalen haben den Dr. Böhm abermals auf den Schild erhoben. Unsere Partei hat dem Genossen Karl Bergemann, der Gauleiter des Bimmerverbandes ist, die Kandidatur übertragen.

Ist die sozialdemokratische Wahlagitation schon an sich in einem solchen weit ausgebreiteten fast reinagrarischen Kreise sehr schwierig, so hier doppelt, weil die Gegner mit einem kolossalen Aufwand von Mitteln arbeiten. Die Bauernbändler sind in der Agitation den konserverativen zurzeit entschieden überlegen. Sie haben zwei eigene Zeitungen zur Verfügung, und alle Abende sind fünf oder sechs Redner auf den etwa 280 kleinen Dörfern, die mehr als 900 Einwohner zählen, unterwegs. In Salzwehel ist ein ganzes Hotel als Wahlsekretariat eingerichtet. Zahlreiche Autos stehen zur Verfügung und an lärmenden Veranstaltungen fehlt es nicht. Natürlich sind auch die konserverativen nicht faul. Der Generaldirektor Runge hat die Oberleitung. Eine Anzahl anderer Generalsekretäre stehen ihm zur Seite. Beide Parteien haben genügend Lokale, die konserverativen natürlich alle, die Bauernbändler müssen in kleinen Orten des öfteren unter freiem Himmel reden. Unserer Partei hat man dagegen selbst in Salzwehel das Versammlungslokal abtreiben können. Dagegen hat nun das Militär die Erlaubnis erhalten, das für die Sozialdemokraten gesperrte Lokal zu besuchen, obwohl dort von zarten Händen die Getränke kredenzt werden. Wir können auch in den übrigen Orten nur ganz ausnahmsweise Versammlungen zustande bringen. Und mancherorts sind die Arbeiter zu sehr eingeschüchtert, als daß sie unsere Versammlungen besuchen. So müssen wir den Kampf unter sehr ungünstigen Bedingungen führen. Gleichwohl ist die Partei mit aller Energie bestrebt, gegen die übermächtigen Gegner anzukämpfen.

Ueber die Wahlausichten läßt sich bei der Parteikonstellation wenig Zuverlässiges sagen. Wie es scheint, wird der Bauernbändler gegen das vorige Mal einiges den konserverativen abnehmen. Unsere Genossen sind bestrebt, durch eine grundsätzliche Aufklärungsarbeit den Wahlkampf auszugleichen.

### Berühmung der Lehrer.

Dem Reichstag ist ein Kompromißantrag zugegangen, unterzeichnet von sämtlichen größeren Parteien, der folgendes bestimmt: Den § 14, Nr. 1, 2 des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911 aufgeführten Lehrern und Erziehern an nicht öffentlichen Schulen oder Anstalten werden die privaten Einzelunternehmer erteilenden Lehrer und Erzieher gleichgestellt, soweit sie bei öffentlichen Pensionsanstalten für Lehrer und Erzieher versichert sind.

### Die Soldatenerkrankungen in Osnabrück.

Bei 78. Infanterieregiment in Osnabrück sind 300 Mann unter Bergigungsberheimungen teilweise sehr bedenklich erkrankt. Von

sozialdemokratischer Seite ist deshalb im Reichstag eine Anfrage eingebracht worden, die den Reichstanzler um Auskunft über die Ursachen dieser Erkrankung ersucht und gleichzeitig fragt, welche Anordnungen getroffen worden sind, um eine Wiederholung solcher Vorfälle zu vermeiden.

### Wohltuende Militärjustiz für — Soldatenschinder.

Das Feldartillerieregiment Nr. 89 zu Köln war im letzten Jahre wiederholt der Schauplatz schwerer Soldatenmißhandlungen. Zunächst standen alte Mannschaften wegen gefährlicher Ausschreitungen gegen Rekruten vor dem Kriegsgericht. Unter anderem war der Sohn eines Stadtmissionars braun und blau und blutig geschlagen worden. Die Unteroffiziere dieses Regiments zahllose andere Exzesse zulage. Schließlich wurde der Unteroffizier Stellmacher von der 6. Batterie angeklagt, in über 100 Fällen Untergebene vorsätzlich mißhandelt, vorschriftswidrig behandelt oder mangelhaft beaufsichtigt zu haben. Einige andere Unteroffiziere leisteten ihm auf der Anklagebank Gesellschaft. Es wurden dem Stellmacher allein Ausschreitungen gegen Untergebene in 46 Fällen nachgewiesen, ferner wurde er überführt, in 52 Fällen Untergebene vorschriftswidrig behandelt oder mangelhaft beaufsichtigt zu haben. Die Spezialität seiner Quälereien war das sogenannte „Pumpen“, d. h. die Soldaten mußten sich auf die Erde werfen und dann 50mal und öfter den Oberkörper heben und senken. Zur Abwechslung ließ er die Rekruten 20- bis 30mal die Leitern zu den Heuböden hinauf- und herunterklettern oder er ließ sie schwer bedeckt bis zur Erschöpfung durch die Stallgasse laufen. Das Kriegsgericht hielt nach langer Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit 98 Fälle für erwiesen und verurteilte den Menschen zu 4 Monaten Gefängnis. Seinen Mitangeklagten wurden „nur“ 10-20 Fälle nachgewiesen, und sie kamen daher mit Strafen von 2 Monaten Gefängnis bis zu 3 Wochen Mittelarrest davon.

Die Verurteilten hatten anscheinend starkes Vertrauen zur Militärjustiz, denn sie legten Berufung ein. Auch das Oberkriegsgericht schloß die Oeffentlichkeit aus. Es kam zu der Ansicht, daß die Angeklagten zwar überführt seien, jedoch sei der Umfang der erwiesenen Straftaten bei weitem nicht so groß wie das Kriegsgericht angenommen habe. Es könne nicht von „systematischen“ Mißhandlungen die Rede sein. Die Strafe gegen den Unteroffizier Stellmacher, der in 98 Fällen überführt war, wurde auf zwei Monate Gefängnis, die Strafe seiner Mitschuldigen entsprechend reduziert.

### Die neue Balkankrise.

Nach Bulgarien veröffentlicht jetzt Serbien und Griechenland lange Noten, in denen sie ihre Ansprüche präzisieren und ihre Beziehungen zu Bulgarien erläutern. Die Petersburger Konferenz schwebt noch in der Luft und eine Intervention der Großmächte ist noch nicht zu spüren. Immerhin werden Stimmen laut, die eine friedliche Lösung des Konflikts in Aussicht stellen.

### Die serbischen Forderungen.

Belgrad, 23. Juni. Die Note, welche die Regierung vor einigen Tagen über eine Revision des Bündnisvertrages an die bulgarische Regierung gerichtet hat, enthält u. a. folgende Forderungen: Die neue Basis, auf welcher das Kondominium aufgeteilt werden müßte, muß durch ein Uebereinkommen aller Verbündeten festgestellt werden. Diese neue Basis müßte Serbien einen Gebietszuwachs über den Teil des strittigen Gebietes hinaus, der ihm nach dem Vertrage sowieso zusteht, zusichern unter folgenden Gesichtspunkten:

1. einen Gebietsteil als Entschädigung für alle die Vertragspflichten, welche Bulgarien hätte erfüllen sollen, aber nicht erfüllt hat;
2. einen Gebietsteil als Entschädigung für alle Opfer, die Serbien für Bulgarien übernommen hat, ohne durch den Vertrag dazu verpflichtet zu sein;
3. einen Gebietsteil als Entschädigung für das Gebiet, welches Bulgarien im Osten mehr erhalten hat;
4. einen Gebietsteil als Entschädigung für das ihm vertragsmäßig unstrittig zustehende Gebiet im Westen und das Küstengebiet am Adriatischen Meer, das Serbien verloren hat.

### Hinrichtung der Mörder des Großwesirs.

Konstantinopel, 23. Juni. Die Hinrichtungen der 30 Köpfe wegen des Mordes an Nadim Scherif Pascha verurteilten fanden heute früh um 4 Uhr auf dem Bajazidplatz vor dem Kriegsministerium, nicht weit von dem Orte des Attentats statt. Starke Truppenkolonnen umgaben die Galgen. Alle Verurteilten benahmen sich sehr kaltblütig. Die Leichen blieben einige Stunden hängen. Die Massenhinrichtung macht großes Aufsehen; ein zahlreiches Publikum bewegte sich auf dem Plage. Polizei, Gendarmen und Truppen erhalten die Ordnung aufrecht.

Konstantinopel, 24. Juni. Außer den bereits gestern hingerichteten zwölf Angeklagten sind noch elf in contumacia zum Tode verurteilt worden, darunter Sabah Eddin, Scherif Pascha, Reshid Bey, Kemal Pasha, Oberleutnant Jek, Bertem Zevisil und der ehemalige Deputierte Ismael.

### Frankreich.

#### Der Kampf gegen die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 24. Juni. Kammer. Augagneur fuhr heute fort, sein Gegenprojekt zu erklären. Er empfahl, dem aktiven Militärdienst die Feuerwehmannschaften wieder zuzuführen. Alle diejenigen, die jetzt als Handwerker, Sekretäre des Generalstabs usw. festgelegt seien, sollten durch Zivilisten ersetzt werden. Durch diese Beschäftigung seien augenblicklich 82 000 Mann dem aktiven Militärdienst entzogen. Augagneur glaubt, die Durchführung der dreijährigen Dienstzeit würde soviel Geld kosten, daß es nachher unmöglich sein würde, etwas für die Verbesserung der Offiziers- und Unteroffiziersgehälter zu tun. (Beifall auf der äußersten Linken und bei einem Teile der Rechten.)

Zum Schluß der Vormittags Sitzung brachte Jaurès einen Beschlus Antrag ein, daß der Heeresauschuß am Donnerstag einen Bericht über die richtige Biffer der Mannschafszunahme erstatten möge, welche durch das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit erzielt werde. Jaurès bemerkte in der Begründung seines Beschlus Antrages, daß nach den Biffen des Generalstabs diese Vermehrung 148 000 Mann betrage. Der Regierungskommissar General Legendre versuchte, die Behauptung Jaurès' zu entkräften, gab jedoch zu, daß der Generalstab einen Rechenfehler begangen habe. (Bewegung.) Der Obmann des Heeresauschusses De Pétrisse stimmte sodann dem Jaurès'schen Beschlus Antrag zu. Die Debatte über die Militärvorlage wird erst morgen nachmittag wieder aufgenommen werden. In den Wandlungen wurde der von Jaurès erzielte Erfolg lebhaft besprochen.

#### Die Ruqnieher der nationalistischen Reaktion.

Paris, 23. Juni. (Fig. Ver.) Die Kammer betreibt noch immer, in den wenigen freien Stunden, die ihr der anspruchs-

volle Militarismus freiläßt, den famosen „Schutz der Laienschule“ und ab und zu legitimiert ein Mitglied der von einer kompakten Rechtsmehrheit gehaltenen Regierung durch irgendein aufrechtes antiklerikales Sprüchlein die republikanische Firma des Ministeriums und die gehorsamen Abstimmungen ihrer radikalen Hilfstruppe. Unterdes macht die von den Modeströmungen der Politik, Philosophie und Literatur getragene Organisationsarbeit der Merikalen große Fortschritte. Dem gewaltigen Merikalen Demonstrationen zug zu Ehren der Jungfrau von Orleans ist gestern ein Schauturnier der Turnfunktion der katholischen Patronagen der Pariser Diözese gefolgt, bei dem 4500 junge Leute mitwirkten, die unter dem Kommando von Geistlichen heranmarschiert kamen. Der Erzbischof Amette eröffnete das Fest mit einer Messe und hielt zum Schluß eine patriotische Ansprache. — Die Entwicklung der Merikalen Turnerei in Frankreich ist sehr bemerkenswert. 1898 gab es 600 Turner, heute etwa 150 000 in 43 Verbänden und 1452 Vereinen. — Die republikanischen „Staatsmänner“ aber deklamieren ihre Symnen über Kraft und Segen der weltlichen Demokratie weiter. Wie heißt es doch im Gedicht Deleff v. Villencrons: „Sans Töfel lieft oben Gedichte.“

### Belgien.

#### Ein Votum für das gewerkschaftliche Recht der Arbeiter.

Unser Brüsseler Korrespondent schreibt uns unterm 18. Juni:

Das gestrige Votum der Kammer in der Angelegenheit der ausgesperrten Wagenbauer darf die Arbeiter mit voller Genugtung erfüllen. In zwei Sitzungen beschäftigte sich die Kammer mit der sozialistischen Interpellation über die unerhörte Vergewaltigung des gewerkschaftlichen Rechts durch die Karosierfabrikanten, die 1400 Arbeiter auf die Strahe warfen, weil diese zu ihrer Organisation hielten und sich nicht zu willenslosen Maschinen erniedrigen lassen wollten. Die Regierung hatte durch den Mund des Arbeits- und Justizministers, der einmal den christlichen Demokraten gemint hatte, offen Partei für die Unternehmer ergriffen und sich zum willigen Anwalt aller Unternehmerargumente gemacht, wonach die Organisation nicht nur die Profittinteressen der Fabrikanten geschädigt, sondern diese auch zu förmlichen Anrechten der Gewerkschaft gemacht habe. Das Plädoyer war sehr rührend und sehr patriotisch, dennoch fanden selbst politische Freunde des Arbeitsministers, daß hier ein unerhörter Gewaltakt gegen die gewerkschaftliche Freiheit der Arbeiter vorlag, und sie brachten den Mut auf, für das Recht der Angestellten und gegen die Regierung und die Unternehmer aufzutreten. Die Haltung der Liberalen war, wie gewöhnlich in Arbeiterfragen, wo es für sie anderes als abstrakte Kulturgüter zu verteidigen gilt, schäbig. Der größte Teil hielt sich bei der Abstimmung zu den Reaktionsären von der Rechten. Der Schlichter im Kampf gegen den Merikalismus, Ghyman, motivierte seine Stimmhaltung damit, daß die Kammer sich nicht zum Richter in Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern machen dürfe. Als ob es sich bei dem Votum um ein Urteil über den Konflikt an sich gehandelt hätte! Die Tagesordnung, die von Vandervelde und dem Merikalen Goblet vorgelegt wurde, besagt einfach, daß das Vorgehen der Karosierfabrikanten, ihren Arbeitern die Teilnahme an ihrer Gewerkschaft zu verbieten, ungesetzlich ist. — Die Abstimmung über die Tagesordnung Woeffe — Uebergang zur Tagesordnung — wurde mit 73 gegen 64 Stimmen und drei Enthaltungen verworfen. Die Tagesordnung Vandervelde-Goblet vereinigte 79 Stimmen — gegen 47 und 25 Enthaltungen. Die Annahme wurde von den Sozialisten mit demonstrativem Beifall aufgenommen. Der Arbeitsminister war nicht zu sehen, überhaupt die ganze Ministerbank leer.

### Australien.

#### Die neue Regierung.

Melbourne, 24. Juni. Der liberale Führer Coof hat das neue Ministerium gebildet. Coof übernimmt den Vorsitz und das Ministerium des Innern.

## Letzte Nachrichten.

#### Einberufung der serbischen Skupschtina.

Belgrad, 24. Juni. (B. G.) Die Skupschtina ist für Donnerstag einberufen worden. Ministerpräsident Pajitsch hofft, bis dahin sein Kabinett neu gebildet zu haben.

#### Eine offiziöse Erklärung Serbiens.

Belgrad, 24. Juni. (B. Z. B.) Die offiziöse „Samouprava“ stellt fest, daß seit einiger Zeit gewisse Gerüchte ausländischer Ursprungs in der serbischen und ausländischen Bevölkerung im Umlauf sind über angebliche Konzeptionen, die Serbien Bulgarien machen müßte, besonders eine aus Sofia stammende Redunig, derzufolge der russische Gesandte Rekludoff dem König Ferdinand Mitteilung gemacht habe, daß Serbien entschlossen sei, den Vertrag anzuerkennen und einen Schiedspruch auf der Grundlage des Vertrages anzunehmen. Serbien hält seine in der dritten an Bulgarien gerichteten Note entwickelte Ansicht aufrecht, daß die Ministerpräsidenten der Verbündeten in Petersburg zusammenkommen müßten, um zu versuchen, eine direkte Verständigung zu erzielen und im Falle des Nichtgelingens einen Schiedspruch auf breiterer Grundlage über alle strittigen auf das Kondominium sich beziehenden Fragen anzurufen, ohne die Lebensinteressen Serbiens zu berühren.

#### Bulgarische Raube.

Sofia, 24. Juni. (B. G.) Drei verkleidete serbische Spione wurden bei Zuchawo von einer bulgarischen Patrouille aufgegriffen. Die Verhafteten gestanden ein, im Dienste des serbischen Hauptquartiers zu stehen. Ein Kriegsgericht verurteilte die Spione zum Tode. Das Urteil ist heute vollstreckt worden.

#### Folgenschwere Fahrlässigkeit.

Uebungsplatz Ohrdruf, 24. Juni. (B. Z. B.) Gestern explosionierten in einer Parade des Schießplatzes Ohrdruf beim Wäshetrocknen in einem Ofen mehrere Flakpatronen, die von einem vorher üben den Truppenteil zurückgelassen und in den Ofen geworfen worden waren. Sechs Mann des ersten Kurhessischen Feldartillerie-Regiments Nr. 11 wurden verletzt, darunter drei schwer.

#### Berührender Brand.

Prag, 24. Juni. (B. G.) In dem Städtchen Politscha brach heute mittag eine Feuerbrunst aus, die rasch um sich griff und im ganzen 18 Wohnhäuser mit sämtlichem Zubehör einäscherte. Ungefähr 50 Familien sind ohne Obdach. Der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.



**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse  
**Paul Scholz**  
am 19. Juni beim Baden er-  
trunken ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen  
Donnerstag, den 26. Juni, nach-  
mittags 4 Uhr, vor der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes in  
Pögnitz aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.  
Görlitzer Viertel, Bez. 160.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Haus-  
diener  
**Karl Frischke**  
(Kaufstr. 34) gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 26. Juni, nach-  
mittags 5 Uhr, vor der Leichen-  
halle des Jerusalemer Kirchhofes,  
Hergmannstraße aus statt. 214/19  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Nachruf.**  
Stralauer Viertel, Bez. 318 I.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unsere Genossin, Frau  
**Antonie Thorn**  
(Fosenerstr. 4) gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung fand am  
19. Juni statt.  
Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Hausdiener  
**Johann Wolff**  
am 21. Juni im Alter von 63 Jahren  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 25. Juni, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle  
des Pius-Kirchhofes, Wilhelmberg,  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiterverband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Schirm-  
macher  
**Johann Radeschinsky**  
(Häckerstraße 18)  
im Alter von 33 Jahren ge-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 25. Juni, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle  
des Pius-Kirchhofes in Wilhelm-  
berg aus statt.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Karl Biebelge**  
Stalpfische Str. 45,  
am 22. d. M. an Gehirnverwundung  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 25. Juni, nachm.  
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Gethsemane-Kirchhofes in Nieber-  
Schönhausen-Nordend aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
120/14 Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Turnverein zu Adlershof.**  
Mitgl. d. Arbeiter-Turnerbundes.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unsere Turnschwester, Frau  
**Marie Hartig**  
am Sonntag, den 22. d. M., früh  
6 Uhr, nach langer Krankheit ver-  
storben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 25. Juni 1913,  
abends 7 Uhr, von der Leichen-  
halle aus statt.  
Die Mitglieder versammeln sich  
im Vereinslokal um 6 1/2 Uhr.  
Rege Beteiligung erwartet  
186/6 Der Vorstand.

Dienstagmorgen erkrankte laut  
nach langem, schwerem Leiden  
mein guter Mann und Vater,  
der Schanhirt  
**Hermann Conradt**  
im 49. Lebensjahre.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, nachmittags 5 Uhr, von  
der Halle des Zentral-Friedhofes  
in Friedrichsfelde aus statt.  
**Frau Conradt nebst Sohn,**  
Gubener Str. 27. A

**Verband der Laubenkolonisten**  
Berlins und Umgegend.  
Geschäftsstelle:  
Neußölln, Reuterstr. 34.  
Hente Mittwoch, 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Klubhaus, Ohmstraße 2,  
an der Bränden-, Neander- und Köpenicker Straße:  
Öffentliche  
**Laubenkolonisten-Versammlung**  
Tagesordnung:  
„Die Vernichtung der Berliner Leubenkolonien infolge Bestrafung der Laubenkolonisten wegen  
Sonntagsarbeit.“ Referenten: Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt **W. J. G. Heine** und  
Verbandsvorsitzender **Franz Steinweg**.  
Laubenkolonisten Groß-Berlins! Durch höchstinstanzliches Urteil ist die Bestrafung der Laubenkolonisten wegen  
ihrer Arbeiten an Sonntagen bestätigt worden. Damit ist die Existenz der Laubenkolonien in Frage gestellt.  
Kollegen und Kolleginnen! Erscheint alle in dieser Versammlung, um hiergegen wichtigen Protest einzulegen.  
13126\* Der Verbandsvorstand.

**Zentral-Verband der Zimmerer.**  
Zahlstelle Berlin und Umgegend.  
Hente Mittwoch, den 25. Juni 1913  
abends 8 1/2 Uhr:  
**Allg. Mitglieder-Versammlung**  
in der Alhambra, Wallner-Theater-Str. 15.  
Tagesordnung:  
1. Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherung „Volksfürsorge“.  
Referent: Stadtratsordneter Genosse **Ad. Ritter**.  
2. Die Zustände bei der Aktiengesellschaft Siemens & Halske und der Firma Haerger  
an dem Ban der Untergrundbahn, Strecke Müller- und Chausseestraße.  
Referent: Kamerad **W. Witt**. 254/7  
Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Der Vorstand.

**Verband der Maler,**  
**Lackierer, Anstreicher usw.**  
Bureau: Reichsstraße 28, part. Arbeitsschein: Rüdigerstraße 9.  
Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Filiale Berlin. Fernsprecher: Amt Norden 6708.  
Donnerstag, den 26. Juni 1913, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Str. 96/97.  
Tagesordnung:  
1. Die Anträge des Hauptvorstandes zur Generalversammlung in Halle.  
2. Verbandsangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert. 139/16  
Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

**Heines Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts  
Mohrenstr. 37a  
Kolonnaden.  
Gr. Frankfurterstr. 115  
**Trauer-**  
**Magazin**  
Kleider, Hüte etc.  
äußerste Preise  
Farbige  
Konfektion  
in größtem  
Maßstabe  
zu billigsten  
Preisen -  
**Westmann**

**Orts-Krankenkasse**  
der  
**Handschuhmacher.**  
Mittwoch, den 2. Juli,  
abends 8 1/2 Uhr,  
bei **Haberlandt, Linienstr. 73:**  
Generalversammlung d. Delegierten  
(Arbeitnehmer u. Arbeitgeber).  
Tagesordnung:  
1. Richterhaltung über die ein-  
gegangene Antwort des Versicherungs-  
amtes auf unseren Antrag auf Weiter-  
bestehen unserer Kasse resp. Stellung-  
nahme dazu. 273/9  
2. Verschiedenes.  
Der Vorstand.  
**G. Schmidt, Vorsitzender.**

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und zahlreicher Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meines  
geliebten Mannes, unseres lieben  
Vaters, sagen wir allen Bekannten  
und Kollegen, sowie dem Verband,  
Sektion Guter, und dem Gesangs-  
verein unseren besten Dank. 13196  
**Luise Helbig und Kinder.**

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung unseres  
einigen Sohnes 7894  
**Otto Fritze**  
sagen wir allen daran Beteiligten  
sowie den Arbeitskollegen der Firma  
H. Gende auf diesem Wege unseren  
herzlichen Dank.  
**G. Fritze**  
nebst Frau.  
Ich habe meine Praxi wieder  
aufgenommen. 108/2  
**Dr. Artur Schlesinger**  
Chirurg.  
**300 Mark** 104/4\*  
Umsatz an versch. Para. von 2000 R. an  
10 Pf.-Laur. elektr. Bahn. Linie 164.  
Hohenschönhausen, Hauptstr. 17, 21. pl.

**Spezial-Arzt**  
**Dr. med. Wockenfuß**  
Haut-, Harn-, Frauenleiden, Ehrlich-  
Hals-Kuren, Blutuntersuchung.  
Schnelle, gründl., schmerzlos. Behdlg.  
**Friedrichstr. 125** (Oranien-  
Tor) (bunger Tor)  
Naher Friedrichstr. u. Stett. Bahnst.  
Sprechst. 10-1 u. 5-8. Sonnt. 9-11.

**Hygienische Haar-Pflege**  
**Thermal-Shampoo**  
flüssig  
95%  
natürliche Thermal-Mineralien  
enthaltend, welche nach Angaben des Geheimrats Professor Dr.  
Stahlschmidt aus den seit Jahrtausenden als heilkräftig bekannten  
**Aachener Thermal-Quellen**  
gewonnen werden. Thermal-Shampoo gesundet kranke Kopfhaut  
und kranke Haare und verleiht nach wenigen Wäsungen  
eine dauernde Haarfülle. Nur auf einer gesunden Kopfhaut  
gedeihen die Haare und bleiben gesund. Preis pro Flasche 30 Pf.  
Zu haben in allen Drogenhandlungen. **Wermann & Co.,**  
Berlin-Friedenau. Tel.: Uhlend 3700.



**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
**Prinzenstr. 41,** dicht am  
Moritzplatz  
10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

**Haben Sie Stoff?**  
Ich fertige davon **Anzug od. Paletot**  
nach **Maß**, schick, dauerhaft  
von **25 Mark an. Moritz Laband,**  
Neue Promenade 8, II. (Stadth. Biers.)

**Spezial-Arzt**  
**Dr. med. Wockenfuß**  
Haut-, Harn-, Frauenleiden, Ehrlich-  
Hals-Kuren, Blutuntersuchung.  
Schnelle, gründl., schmerzlos. Behdlg.  
**Friedrichstr. 125** (Oranien-  
Tor) (bunger Tor)  
Naher Friedrichstr. u. Stett. Bahnst.  
Sprechst. 10-1 u. 5-8. Sonnt. 9-11.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
**Korbmacher.**  
Donnerstag, den 26. Juni 1913, abends 8 Uhr,  
im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15, Saal 5:  
**Versammlung**  
Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung.  
Die Regelung des Beitrages in unserer Branche. 2. Neuwahl des Ob-  
mannes und Erghwahl zur Kommission. 3. Branchenangelegenheiten.  
66/4 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin C 54, Finienstr. 83-85.  
Verwaltung: Kaffierer: Arbeitsnachweis:  
Telephon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714  
Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr:  
**Allgem. Klempner-Versammlung**  
in den **Andreas-Festjalen**, Andreasstr. 21.  
Tagesordnung: 130/13  
1. Vortrag des Genossen **Dr. Julius Rofes:**  
„Der allzu reiche Kindersegen im Arbeiterhaus.“  
2. Diskussion.  
3. Bericht über den Verlauf der Bewegung in der Flugzeugindustrie.  
4. Branchenangelegenheiten.  
Die Kollegen werden ersucht, zu dem lehrreichen Vortrage ihre Frauen  
mitzubringen. Die Kollegen von **Hisinger, Böhle, Carowwerke** (vormals  
Hadel u. Bichl), **Heuser, Feuer, Edel u. Glöckner, Demede, Thielemann,**  
**Lachmann** und dem Kunstgewerblichen Treibwerk werden ersucht, zahlreich  
zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
**Etuibranche!**  
Donnerstag, 26. Juni, abends 5 1/2 Uhr, in den Arminhallen,  
Kommandantenstraße 58/59:  
**Branchen-Versammlung**  
der in den Berliner Etuisfabriken beschäftigten Mitglieder.  
Tagesordnung:  
1. Unser Tarifablauf in diesem Jahre. 2. Verschiedenes.  
Kollegen und Kolleginnen! In dieser Versammlung sollen wichtige  
Beschlüsse für den einzelnen sowohl als auch für die gesamte Branche gefaßt  
werden. Darum darf in dieser Versammlung auch nicht ein einziges  
Branchenmitglied fehlen. Sorgt für weiteste Verbreitung dieser Einladung!  
Die Ortsverwaltung, **H. Bärgsberger**, 24/4  
Die Tarifkommission und Branchenleitung, **Kulikovski**.

**Deutscher Textilarbeiterverband.**  
Filiale Berlin.  
Am Donnerstag, den 26. Juni 1913, abends 8 Uhr,  
finden die  
**Berliner Bezirks-Versammlungen**  
in folgenden Lokalen statt:  
1. Bezirk: Restaurant **Nowotnik**, Lange Straße 30 (Osten),  
2. „ **Ruß' Festjale**, Rantenschiffstraße 95 (Südosten),  
3. „ Restaurant **Wildner**, Friedrich-Karl-Str. 9/10  
(Lichtenberg),  
4. „ Restaurant **Kramer**, Rietzenstraße 69 (Neußölln),  
5. „ **Stwinemünder Gesellschaftshaus**, Stwinemünder  
Straße 42 (Norden),  
6. „ Restaurant **Poczontek**, Hauptstr. 87 (Rummelsburg).  
Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet:  
„**Volksfürsorge**“.  
Der Vortrag wird die Schäden der kapitalistischen Volksversicherungen  
(Victoria, Rhuna, Friedrich-Wilhelm usw.) und ihre Reform durch die am  
1. Juli 1913 eröffnete Volksfürsorge behandeln.

**Bekanntmachungen.**  
Laut Verwaltungsbeschluss erhalten die arbeitslosen Mitglieder bei  
Vorzeigung ihrer arbeitslosen-Kontrollkarte beim Besuch der General-,  
Branchen- und Bezirksversammlungen 30 Pf. Gehrgeld.  
Wir machen schon jetzt auf unser am 10. August d. J. in Trepow statt-  
findende **Sommerfest** aufmerksam. Da wir alles aufbieten werden, um  
uns und unseren Kindern einen recht vergnügten Sonntag zu verschaffen,  
rechnen wir auf zahlreiche Beteiligung. 195/13  
Die Frauen-Agitationskommission ersucht um Sammeln von Adressen  
arbeitsloser Textilarbeiter und -arbeiterinnen. Die Adressen sind  
an unsere Geschäftsstelle einzusenden. Die Verwaltung.

**Sie bilden sich ein**  
neue Wäsche zu sehen, wenn Sie sie mit **Persil** ge-  
waschen haben, so blendend weiss, frisch und duftig  
ist sie danach geworden. Einfachste Anwendung,  
billig im Gebrauch und absolut unschädlich  
**unter Garantie!**  
Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketten.  
**Persil**  
das selbsttätige  
**Waschmittel**  
Der grosse Erfolg!  
**HENKEL & Co., DÖSSELDORF.** **Henkel's Bleich-Soda.**  
Auch Fabrikanten der allbeliebten





Das Massenstreikproblem.

I.

Der Ausgang der preussischen Landtagswahlen hat der Sozialdemokratie relativ einen schönen Erfolg gebracht. In der reaktionären Zusammenfassung des Dreiklassenhauses hat sich aber so gut wie nichts geändert, und die Aussichten auf ein freies Wahlrecht in Preußen, soweit der rein parlamentarische Weg in Betracht kommt, sind genau so trübe wie zuvor. Kein Wunder, daß in parteigenössischen Kreisen jetzt der Wunsch nach stärkeren Mitteln lauter wird als früher. Der Groll über die Hartnäckigkeit der Reaktion gebiert den Drang, endlich einmal schneller vorwärts zu kommen. Diese Stimmung findet ihren Ausdruck in zahlreichen Resolutionen einzelner Organisationen, in denen der politische Massenstreik als Kampfmittel verlangt wird, sei es nun, daß man ihn zunächst auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags gesetzt haben will, sei es, daß man eine gründlichere Belehrung der Massen über dieses Kampfmittel verlangt.

Auch in einem Teile der Parteipresse wird für und gegen den Massenstreik Stellung genommen. Parallel damit geht eine Kritik an der Haltung unserer Fraktion bei Beratung der Wehrvorlage sowie Erörterungen über unsere Milizforderung. Ihre schärfste Form hat diese Kritik in jener bekannten Stuttgarter Resolution gefunden, die von der Fraktion die Durchführung der Obstruktion verlangte, außerdem aber den politischen Massenstreik als Kampfmittel gegen die übertriebenen Forderungen des Militarismus empfahl.

Diese Kritik und dieser Drang nach schärferen Kampfmethoden sind gewiß erfreuliche Erscheinungen. Beweisen sie doch, daß der Wille zur Tat in unseren Reihen lebendig ist. Und soweit dadurch die revolutionäre Energie gestärkt wird, die Köpfe zum Nachdenken über wichtige Probleme angeregt, Jagdste oder Gleichgültigkeit vorwärts gedrängt werden, ist die Aufstellung des oder richtiger der Probleme etwaiger Massenaktionen nur zu begrüßen. Wenig gebiert aber wird dieser auftrüttelnden Kritik, wenn sie in Form mehr oder weniger demütelt und mit der Wahrheit nicht immer im Einklang stehender Vorwürfen gegen einzelne Personen, Instanzen oder Zeitungen, in erster Linie den „Vorwärts“, gerichtet sind, wie das erst kürzlich wieder in einem R. L. gezeichneten Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ der Fall war.

Es heißt da, der „Vorwärts“ habe seine „begeisterte Zustimmung“ zu den „tollstischen Feuerwerken in der Art der französischen revolutionären Dekrete“ gegeben, um „offenbar den Grobblöck in Baden mit dem Massenstreik in Preußen harmonisch zu verbinden“. Dabei hat der „Vorwärts“ bis heute nur ein kurzes Stimmungsbild über die Wilmersdorfer Versammlung mit Franks Ausführungen gebracht und zur Frage selbst noch gar nicht Stellung genommen. Dagegen war der „Vorwärts“ dasjenige Blatt, das jetzt wie vorher in erster Linie gegen den Grobblöckgedanken Stellung genommen hat.

Mit einer solchen verbitternden Kritik dient man einer so wichtigen Frage, wie der politische Massenstreik eine ist, wozüglich nicht. Denn ihre wichtigsten Voraussetzungen, die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Massen, das gegenseitige Zueinandersehen und gemeinschaftliche Handeln, das Vertrauen in die Führung — die Form des Massenstreiks als eines regellosen, anarchisierenden Massenputsches scheidet doch wohl überall aus — werden durch eine Kritik, die nicht aufbaut, sondern zerlegt, von vornherein untergraben. Wenn die Erörterung des Massenstreikproblems fruchtbringend sein, wenn der Gedanke großer Aktionen in der Masse Wurzel schlagen soll, müssen die Argumente ruhig und gründlich erörtert und die Schlussfolgerungen vorurteilslos gezogen werden.

Einen wesentlichen Anstoß zur Erörterung der Massenstreikfrage in der Presse gab die Rede des Genossen Frank in Wilmersdorf. Selbst wenn man mit dem Drum und Dran dieser Versammlung nicht einverstanden sein kann, muß man doch zugeben, daß sie die Massenstreikfrage in den Vordergrund der Diskussion gebracht hat. Wir wollen daher, da Franks Rede gewissermaßen den Ausgangspunkt bildete, ihren wesentlichen Inhalt hier kurz nachholen.

Frank führte nach einer Charakteristik der preussischen Zustände u. a. aus:

„Wenn aber alles Ditteln umsonst ist, dann muß es endlich heißen: Heraus aus den Fabriken, heraus aus den Werkstätten, heraus aus den Kontoren! Denn auch diese Leute sind genau so Bürger dritter Klasse wie die Arbeiter. Dann ist der Tag des Massenstreiks gekommen, wenn alle anderen Mittel versagen. Ueber die Notwendigkeit des Massenstreiks brauchen wir nicht zu debattieren. Die Arbeiter nehmen wochen- und monatelang Not auf sich um 2 Pf. Lohnverhöhung für die Stunde; sogleich wird ihnen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung auch noch wert sein und sogleich werden sie auch tun für die großen gewaltigen Ziele, die hinauswachsen über die Schmerzen des täglichen Lebens.“

„Daß der Massenstreik möglich ist, hat die Geschichte in zahlreichen Fällen bewiesen, so in dem Chartistenaufruch in England, der, wenn auch erst in späteren Jahren, zu bedeutenden Wahlrechtserweiterungen geführt hat. Gewiß sind damals schwere Justizhaus- und Gefängnisstrafen verhängt worden, aber noch lange nicht so viel Gefängnis und Justizhaus, als unter der Regierung des preussischen Königs über die Kämpfer der Arbeiterklasse verhängt wurden. (Leb! Leb! wahr!) Die Massenstreiks in Belgien 1893, 1902 und 1912 sind weitere Beweise für die Möglichkeit des Massenstreiks, und wenn nicht ein sofortiger Sieg erzielt wurde, so hat die Arbeiterschaft doch ihren Kampf mit imposanter Ruhe abbrechen können. Ein Volk, das eine solche Disziplin nicht aufbringen könnte, würde den Anspruch verwerfen, nicht von anderen beherrscht zu werden. 1903 haben wir den Massenstreik in Schweden, 1904 in Italien und 1906 den gewaltigen Kampf in Rußland, wo nicht nur die Häder der Fabriken, sondern auch das große Häderwerk der staatlichen Bureaus, der Industrie und des Handels stillstand. Wenn auch in Rußland durch einen Staatsstreik die damaligen Erzeugnisse verschlechtert wurden, so ist doch alles, was das neue Rußland an Verfassungseinrichtungen besitzt, ein Erfolg des Massenstreiks von 1906. Und dieser Massenstreik hat den Kampf unserer österreichischen Kameraden so befeuert, daß sie das gleiche Wahlrecht durch die bloße Ankündigung errangen haben.“

Preußen und Deutschland hat die beste Arbeiterbewegung und die verbreitetste Arbeiterpresse der Welt. Nun lernen wir vom Proletariat der ganzen Welt den Massenstreik. (Stürmischer Beifall.)

Es wäre ja denkbar, daß zuerst einmal zur Warnung die Arbeiter drei Tage hintereinander auf die Straße gehen; wenn das noch nicht hilft, dann könnte ja der Generalstreik als eine Art fliegendes Feuer ausgebrochen. Vielleicht, daß zum Beispiel im Westen eines Tages hunderttausend Vergleiche nicht mehr in die Grube fahren, und wenn sie zur Arbeit zurückgeführt sind, es im fernsten Osten zu glimmen anfängt und dann im Norden, in der Mitte und überall, so daß die Herrschenden in Preußen ihrer Herrschaft nicht mehr froh werden dürfen. Wir dürfen sie nicht mehr zur Ruhe kommen lassen.

Gewiß drohen von diesem Kampfe Opfer und Gefahren, aber wo sind jemals politische Kämpfe ohne Gefahr geführt worden? Es gibt keine Versicherung gegen solche Gefahren, und wir brauchen auch keine! Wir müssen uns vornehmen, den einmal als notwendig erkannten Kampf bis zum Ende durchzuführen, wir müssen das Schiff bestiegen, auch wenn man sagt, daß Klippen vorhanden sind. Wer Klippen fürchtet und im Hafen bleibt, dem passiert nicht viel, aber er wird niemals zu dem fernen Ufer gelangen, das das Ziel u. a. Sehnsucht ist. Deshalb aufs Schiff und vorwärts, vorwärts — am Kampf!

In den folgenden Nummern werden wir die wesentlichsten Forderungen über die Massenstreikfrage bringen.

Reichstag.

108. Sitzung. Dienstag, den 24. Juni 1913, nachmittags 8 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Seeringer.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. Raben (Soz.).

Kurze Anfragen.

Abg. Graf Praschma (Ztr.)

bertheilt in seiner Anfrage auf eine Bestimmung des amerikanischen Zolltarifs, die vom amerikanischen Schahamit dazu benutzt wird, in deutschen Fabriken und Geschäftsbetrieben die Vorlage von Geschäftsbüchern, Rechnungen usw. zu verlangen und auf diese Weise eingehende Ermittlungen über die Herstellungskosten, Preise, Frachten, Abgabengebiete usw. anzustellen. Die Verweigerung der Auskunft hat Zollzuschläge, sogar die Ablehnung der Verzollung und damit überhaupt Verhinderung der Einfuhr nach Amerika zur Folge. Deutsche Fabrikanten müssen wichtige Geschäftsgeheimnisse preisgeben, die zur Kenntnis der amerikanischen Konkurrenten kommen. Was hat die Regierung zur Verhinderung derartiger Vorgänge getan?

Gen. Legationsrat Lehmann:

Die bisherigen Bestimmungen des Zolltarifs haben zu einer Verhinderung der Einfuhr deutscher Waren nicht geführt, und die Regierung hat bisher keine Veranlassung gehabt, einzuschreiten. Nachdem aber in dem neuen amerikanischen Entwurf ausdrücklich eine Vorschrift aufgenommen ist, daß amerikanische Importeure auf Verlangen zur Vorlage der Geschäftsbücher verpflichtet sind, ist die Regierung in Washington im Sinne der Befreiung dieser Vorschriften vorstellig geworden, ebenso auch andere Staaten. Bisher ist der Erfolg der, daß der Senat in Washington diese Bestimmung gestrichen hat.

Es wird die

zweite Beratung der Wehrvorlage

fortgesetzt.

Zur Debatte steht der von den Abgg. Dr. Blah (Sp.) und Genossen beantragte Artikel 3a, im Reichsmilitärgesetz zu bestimmen, daß die Verbündeten Regierungen dafür zu sorgen haben, daß die männliche Jugend im schulpflichtigen Alter Turnunterricht erhält.

Der Abg. Rumm beantragt dazu, daß nur staatsfreien Turnvereinen Staatsunterstützung zuteil werden darf.

Die Abgg. Albrecht (Soz.) und Genossen beantragen:

„Alle landesrechtlichen Vorschriften, durch welche die Erteilung des Turnunterrichts von der politischen oder religiösen Bestimmung des Lehrers oder der Schüler abhängig gemacht wird, werden aufgehoben. Ebenso alle landesrechtlichen Vorschriften, durch welche Gemeinden beschränkt werden in der Ueberlassung der Turnhallen an Vereine, die Turnunterricht erteilen oder Turnübungen abhalten.“

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der Abg. Rumm hat zur Begründung seines Antrages, der geeignet ist, Feinnungs- und Charakterlosigkeit großzuziehen, neulich u. a. darauf hingewiesen, daß die nationalen Turner das Lied „Deutschland, Deutschland über alles!“ singen. Ihm wird wohl nicht bekannt sein, daß dieses Lied Hoffmann von Fallersleben gedichtet hat und daß er wegen dieses Liedes und seiner sonstigen Bestrebungen eines reaktionslosen emigen Deutschlands von den Reaktionsären, die heute Herr Rumm unterstützen will, in Deutschland hin- und hergejagt wurde. Die Herren, die den Sinn des „Deutschland, Deutschland über alles!“ für sich in Anspruch nehmen, sollten erkennen, daß ihre Bestrebungen identisch mit denen sind, die zur Verfolgung von Leuten, wie Hoffmann von Fallersleben, damals geführt haben und heute führen. Ebenso wie das Lied war die schwarzrotgoldene Fahne von den reaktionären hochkonterbaiten Herren in der Verwaltung Preußens bis weit in die siebziger Jahre hinein verboten. Als 1878 für den durch zwei Leute angeführten Kaiser ein Fackelzug von den Studenten hier in Berlin vorbereitet wurde, kam der damalige Vertreter des Polizeipräsidenten Freiherr v. Herzberg in die letzte Komiteefestung und erklärte, die schwarzrotgoldenen Fahnen, wie sie die Burschenschaft „Arminia“ und der Akademische Turnverein aufwiesen, dürften nicht entrollt werden, und das Lied „Deutschland, Deutschland über alles!“ dürfe nicht geungen werden. Am Tage des Fackelzuges wurde dann doch die Genehmigung zur Entfaltung dieser furchtbaren revolutionären Fahne erteilt, nachdem beide Vereine erklärt hatten, daß sonst der Fackelzug unterbleibe. Als dann der Zug vor dem Schlosse des Kaisers angelangt war und das Komitee sich herausbegeben hatte, hatte ich mit der Leitung des Zuges zu tun und ließ nun entgegen dem Polizeiverbot das Lied „Deutschland, Deutschland über alles!“ anstimmen. So ist dieses Lied offiziell geworden. Wenige Jahre danach wurde es, sehr mit Unrecht, zum Kampflied der Leute um den Gosprebiger Sieder.

Was unseren Antrag anlangt, so könnte man ihm mit Recht entgegenhalten, wie es denn denkbar sei, daß landesrechtliche Bestimmungen dieser Art bestehen. Mein Parteigenosse Heine hat schon darauf hingewiesen, daß im Reichsgerichtsurteil vom 28. Juli 1910 dargelegt ist, daß keine Rede davon sein könne, daß durch Landesgesetzgebung das Erteilen von Turnunterricht beschränkt werde, daß dazu etwa die Genehmigung des Provinzialschulkollegiums oder der Regierung nötig sei. Es folgte der charakteristische

Ansturm gegen das Reichsgericht,

damit es anders entscheide, der zur Folge hatte, daß am 7. Dezember 1910 der berühmte Beschluß der Vereinigten Senate des Reichsgerichts herauskam, an dem 85 Herren mitgearbeitet haben. Auf Grund dieses Beschlusses hat das preussische Kultusministerium unter Verweisung auf die Kabinettsorder von 1834/39 für die Erteilung von Turnunterricht die Einholung eines besonderen Erlaubnisbescheins verlangt, sogar Lehrern, die längst den Unterrichtsverlaufsbeschein haben, ist verboten worden, in Turnvereinen zu unterrichten. In dem Geheimverbot vom 7. August 1907, der im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde, hatte es geheißen, daß auch die politische und religiöse Unparteilichkeit der Unterrichtslehrer geprüft werden müsse, und daß dieses zu verneinen sei, wenn es sich um Angehörige der sozialdemokratischen Partei handle. Wenn Servilität nach oben und Brutalität nach unten das Ziel der Jugenderziehung wäre, hätte dieser Erlaß einen Sinn. Auf jeden Fall verstößt er gegen die Verfassung, nach der alle Preußen vor dem Geley gleich sind. Daher forderte der „Vorwärts“ zum Ungehorsam gegen diesen Erlaß auf, da in ihm eine Aufforderung zum Ver-

fassungbruch enthalten sei und daher eine Nichtbeachtung nicht strafbar sein könne.

Uebrigens hat das Reichsgericht selbst ausgesprochen, daß die Verordnungen von 1834 und 1839 aus den Verhältnissen der damaligen Zeit heraus ausgelegt werden müßten. War denn 1834 in Preußen das Turnen in Übung? Ja, der 1811 den ersten Turnplatz errichtet hatte, wurde bekanntlich von den Reaktionsären verhaftet, zu zwei Jahren Festung verurteilt, und nach Aufhebung des Urteils unter Polizeiaufsicht gestellt. 1819 wurden in Preußen sämtliche Turnplätze polizeilich geschlossen. Sehr interessant ist, daß die Anklage wegen Hochverrats gegen Jahr erhoben wurde mit der Begründung, er hätte die höchst gefährliche Lehre von der Einheit Deutschlands aufgebracht. (Lebhafter Hört! hört! links.) Das kennzeichnet den Geist der damaligen Zeit. Wenn man also aus dem Geiste jener Zeit diese Verordnungen auslegt, müßte man den Lehrern die Turnunterrichtsverlaufsbeschein verweigern, die die Lehre vom einzigen Deutschland anerkennen. Das Turnen wurde erst nach 1842 in Preußen wieder als Unterrichtsgegenstand zugelassen. Es steht also fest, daß in Preußen ein

Reifestreben gegen alle anständigen Leute,

die aufrechte Bestimmung haben, auf Grund des Geheimnisses des Kultusministeriums in hinterhältiger Weise getrieben wird. Dagegen muß von reichs wegen eingeschritten werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ein solch unmoralisches verfassungswidriges Verhalten muß für die Zukunft unmöglich gemacht werden. Es ist charakteristisch, daß wir Sozialdemokraten für einen Antrag eintreten müssen, bei dessen Nichterfüllung Jahr, wenn er noch leben würde, als Hochverräter bezeichnet werden müßte, daß wir eintreten müssen dafür, daß unsere Jugend zu selbständigen Charaktervollen Menschen erzogen wird. Ich bitte Sie, trotz der Vereinigenommenheit, mit der Sie anscheinend unseren Anträgen begegnen, den Antrag zu prüfen und anzunehmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gans Edler zu Pulkitz (L.):

Daß wir der turnerischen Ausbildung unserer Jugend freundlich gegenübersehen, brauche ich nicht zu betonen. Wir halten uns dabei von jeder Unter- aber auch jeder Ueberhöhung fern. Solange die Sozialdemokratie in dieser den Staat direkt angrenzenden Haltung verharret, muß sie natürlich anders behandelt werden. Das Wort: Deutschland, Deutschland über alles, werden die Sozialdemokraten jedenfalls für sich nicht in Anspruch nehmen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Bei dieser Debatte geht die preussische Kultusminister auf die Anklagebank. Wo ist er? Acht Monate lang hat er sich um die Reichsgerichtsentcheidung nicht gekümmert und seine Behörden ebensowenig. Der Minister ließ die Schulaufsichtsbehörde sich ansehen gegen den höchsten Gerichtshof und er wählte unausgesezt gegen das Reichsgericht, das schließlich auf der ganzen Linie kapituliert und ihm eine größere Vollmacht zu seiner ständischen Schulpolitik gab, als er sie längst verlangt hatte. Diese reaktionäre Entscheidung aber wurde mit verblassender Schnelligkeit belamntgegeben. Angesichts all dessen, was Heine und Stadthagen vorgetragen, ist meine Kritik mit einem Ordnungsruf gerügter Kritik der preussischen Verwaltung voll auf berechtigt. Fragt man nun auch die Militärjugendlehrer nach dem Unterrichtsverlaufsbeschein oder

weist auch der Kriegsminister auf das Gesetz

wie der preussische Kultusminister! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Raempf ruft den Redner zur Ordnung!

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

bespricht die Verfolgung der polnischen Gesangslehrer usw. in Oberschlesien, die in wenigen Wochen Geldstrafen von insgesamt 8000 und 2000 Mark erhielten, so daß der Eine ins Ausland flüchtete. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Alle Verurthe, dem Mann die Rückkehr aus dem gestrichenen Galgten zu ermöglichen scheitern, bis in Preußen kulturelle Zustände herrschen!

Der liberale Magistrat Wahreuths hat dieser Tage jugendliche Arbeiter eingesperrt, weil sie im Jugendheim Szenographie lernten. In Spandau leitete die Polizei die Arbeiter und verhaftete im Turnverein weiharige Männer — um festzustellen, ob sie unter achtzehn Jahren seien! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die ganze Verantwortung für das schmutzige Spielstreiken der Polizei gegen die Arbeiterjugendbewegung

fällt auf die Polizeipräsidenten und den Minister des Innern als ihre Auftraggeber. Die staatliche Jugendpflege ist eine Jugendpflege der systematischen Korruption. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die vor dem Reichsbereinsgesetz erschienenen, mit gutem Recht teilweise politisch gewesene „Junge Garde“ zu Pommern muß heute zur Verfolgung der längst unpolitisch gewordenen Jugendbewegung herhalten; diese fügte sich dem Gesetz — während die nationale es verlegt — und wird dafür nach Roten schikaniert. Die abgetakelten „Patriotismus- und Königstreue“-Phrasen des Abg. Rumm kennen wir. Wir wollen die Menschen, Rächten- und Freiheitsliebe des deutschen Volkes pflegen — das nemi dieser Geistliche Politik, aber die Königstreue ist unpolitisch!

Der Jungdeutschlandbund ist die politischste Jugendbewegung, die Deutschland je gehabt hat. „Wenn doch nur endlich mal losginge“ hat ihr Führer v. d. Goltz ausgerufen, chauvinistisch erzieht sie die Jugend — aber der vulgärartig emporkiehende Jungdeutschlandbund wird auch wie ein Pilz eingehen.

Die Fortschrittler, die die Mißrede des Reichsbereinsgesetzes beschuldigt haben, schließen sich in der Feindschaft gegen die Arbeiterjugendbewegung der Reaktion an; Herr Müller-Weinungen hat sie in der Budgetkommission als politisch erklärt und hier kein Wort gegen die Verfolgungen der proletarischen Jugendbewegung gefunden. Ihr ganzer Kampf um Militärreformen ist ein Verstedspiel.

(Der Präsident tügt diesen Ausdruck, ein Scheinkampf und der Hohn des Kriegsministers über Ihre klägliche Haltung zur Volksfrage war wohlverdient!

Herr Rumm, woher kommt denn das Geld des Staates? Wir fordern einfach für das Volk einen Teil des ihm abgenommenen Geldes zurück. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), aber bitten und betteln werden wir nicht darum.

In dem verhassten „Soldatenkatechismus“ wird den Soldaten Mäßigkeit und Bürgerthum empfohlen; dieser Geist freilich scheidet sich von dem unsrer Militarismus wie Feuer vom Wasser — aber dieser Geist ist es, der das größte Militärgenie aller Zeiten zu Boden geschmettert hat vor hundert Jahren; Sie aber züchten durch Ihre innere Politik den tiefsten Haß gegen dieses Preußen. Ist das Ihr Patriotismus, daß sich die Königsberger Studenten die Köpfe beinahe geschlagen haben um das Verrecht, den

Kaiserdienst des Kaiserhofs

auszubringen! Ihr Geist ist es, der in Breslau das Hauptmannfestspiel verbot, das nur sagte an den Geist von 1813 erinnert. Und Sie berufen sich auf Goethe, auf Schiller, der sein Jugenddrama mit der Inschrift: „In tyrannos!“ verfas und den Sie schon als undeutsch zu verwerfen begannen! (Präs. Raempf ruft den Redner zur Sache; was er vorbrachte, sei unwesent-



lich) Der Geist Ihrer Jugendpflege ist wesentlich! Auf Rechte beruft sich Herr Rumm, auf Pflicht, der keinen Servilismus kenne und eine Organisation des Staates fordere, gegründet auf die Gleichheit alles dessen, was Menschenanständig trägt! — und der ein Anhänger des Sozialismus wurde. „Plicht“ war der richtige Name für die Arbeiter-Turnvereine.

Inser Anträge und ihr Schicksal werden dem Volke demonstrieren das Wesen des heutigen Militarismus, dieses Gewaltinstrumentes der Herrschenden in der inneren und auswärtigen Politik. Wäre nicht die Angst vor der sozialdemokratischen Jugendaufklärung, wir hätten noch heute keine staatliche Jugendpflege, die auch aus den kapitalistischen Bedürfnis nach größerer Militärmacht hervorgegangen ist. Wir Sozialdemokraten wollen, das vorbehaltlos um des Volkes Glück und Wohlbefinden selbst für das Volk gefordert werden, ohne politischen Weigeschmack. Sie aber haben Ihre ganze Jugendpflege nur aus Angst um Ihre Herrschaft angefangen, und deswegen werden Sie auch unsere Anträge ablehnen, weil sie keine wirklich unpolitische Jugendorganisation ohne die patriotischen Schaumschlägereien wollen. (Präsident Raempff unterlegt diesen Ausdruck, Zustimmung des Abg. Kretsch.) Nun gut, so zeigen Sie den Militarismus nackt und ohne allen Mittertand als das Werkzeug der kapitalistischen Rinderheeresherrschaft! (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Präsident Raempff

erteilt dem Abg. Stadthagen nachträglich wegen der Bezeichnung der preussischen Regierung und des Kultusministers als verfassungsdreherisch (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) einen Ordnungsruf.

#### Abg. Sachse (Soz.):

Die Herren von der äußersten Rechten haben einen Antrag gestellt, der direkt auf ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter hinausläuft. Das geht aus der Begründung deutlich hervor, die Herr Rumm am Sonnabend dem Antrag gegeben hat. Was wird die Folge sein, wenn der Antrag Rumm angenommen wird? Noch mehr als bisher werden aus öffentlichen Mitteln die parteipolitischen Jugendorganisationen unterstützt werden. Darunter vermutlich auch die gelben Organisationen. (Zuruf des Abg. Dr. Burckhardt: Die gelbe Bewegung ist doch keine Jugendbewegung?) Ach, Kollege Dr. Burckhardt, seien Sie doch nicht so naiv. Ich werde Ihnen nachweisen, daß die Gelben auch ihre Jugendorganisationen haben. Zunächst aber möchte ich hier an eine treffende Charakteristik erinnern, die im vorigen Jahre bei Gelegenheit der Bergarbeiterstreikdebatte der Kollege Schiffer vom Zentrum von den Gelben gab. Er bezeichnete sie als einen Krebsgeschaden der Industrie und der Arbeiterbewegung. (Zustimmung des Abg. Schiffer (Z.)) Ich freue mich, daß der Kollege Schiffer noch heute dieser Ansicht ist, die ja auch, wie den Herren Wehring, Rumm usw. wohl bekannt sein wird, auch von den übrigen christlichen Gewerkschaftsführern geteilt wird. Diese gelben Organisationen bilden sich mehr und mehr zu politischen Organisationen aus, die namentlich auch in die Wahlkämpfe eingreifen. Neuerdings ist, so zum Beispiel im Königreich Stumm, von den gelben Werkvereinen usw. sogar statutenmäßig festgesetzt worden, daß Abstimmungen bei Wahlen, wenn sie nicht nach Wunsch der Vorstände respektive Protektoren erfolgen, mit Einschluss bestraft werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Schon 1908 haben die Gelben in Rheinland-Westfalen in den Wahlkampf eingegriffen und zwar nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen das Zentrum. (Hört! hört!) Die sogenannten reichstreuen Vergarbeiterverbände in Mansfeld und in Waldenburg haben ebenfalls Wahlaufrufe veröffentlicht und dadurch und durch ihre sonstige Politik die heuchlerische Redensart von ihrer parteipolitischen Neutralität widerlegt. In den Jugendabteilungen dieser gelben Verbände — wohlverstanden, in den Jugendabteilungen, Herr Kollege Rumm — werden von Konservativen und freikonservativen Parteisekretären Vorträge gehalten, deren parteipolitischen Charakter wohl selbst die Herren Burckhardt und Rumm nicht bestreiten werden. Jede Kammer des gelben Organs „Der Feierabend“ liefert den Beweis für den völlig parteipolitischen Charakter der gelben Organisationen und ihrer Jugendabteilungen. Aber für politische sind diese Organisationen nicht erklärt worden, während fortgesetzt Hunderttausende der freien Organisationen zu politischen Vereinen rekrutiert werden. Mit so

#### nackter Parteilichkeit

wird in Preußen vorgegangen. Wegen die Gelben macht kein Staatsanwalt, kein Gericht mobil. Protektor der schlesischen Gelben ist der Fürst Pleß und das erklärt viel. Der Einfluss des Herrn ist groß, wenn auch einmal ein Amtsrichter, der ein unverzinsliches Darlehen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) erhalten hat, von Schlesien nach Thüringen verlegt wird. — Ich glaube, unwiderleglich nachgewiesen zu haben, daß das, was der Antrag Rumm fordert, schlechtweg ein Ausnahmegesetz ist. Mit Ausnahmegeetzen kann bekanntlich jeder Esel regieren. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern alle Parteien des Reichstags, denen es mit der Rechtsgleichheit Ernst ist, auf, mit uns gegen diesen ausnahmegesetzlichen Antrag zu stimmen. Wird er aber angenommen, so werden wir mit diesem Ausnahmegesetz ebenso gut fertig werden, wie wir mit anderen Ausnahmegeetzen fertig geworden sind. (Beifälliger Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit ist die zweite Lesung der Wehrvorlage beendet.

Es folgt die Beratung des

### Nachtragsetats zum Militäretat.

Beim Titel I ergreift das Wort:

#### Abg. Völkner (Soz.):

Wir wollen bei dieser Gelegenheit den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß den berechtigten Forderungen der Arbeiter in den Militärbetrieben mehr als bisher Rechnung getragen wird. Der Augenblick, wo ein neues ungeheures Opfer von der Nation gefordert wird, sollte wirklich geeignet sein etwas mehr Sozialpolitik in den Militärbetrieben zu betreiben und das Wort von den Musteranstalten etwas mehr zu verwirklichen. Die Arbeiter verdienen eine bessere und anständigere Behandlung; sie sind keine Rekruten und die Werkstätten sind nicht der Kasernenhof. Zu verlangen ist ferner, daß auf die Arbeiterausfälle mehr Rücksicht genommen wird als bisher. Auch die Techniker fordern mit Recht die Anerkennung ihrer Koalitionsfreiheit. — Erneut erheben wir die Forderung, daß das Lohnklassensystem beseitigt wird, über das die spanische Militärbeschäftigten seit langer Zeit Klage führen. Die Militärverwaltung sollte auf keinen Fall den Einflüsterungen jener schamlosen Kreise ihr Ohr leihen, die fortgesetzt behaupten, daß in den Staatsbetrieben höhere Löhne gezahlt werden als in den Privatbetrieben. Diese Behauptung ist unwahr und vielmehr das Gegenteil ist der Fall. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie man selbst Arbeitern in Staatsbetrieben versucht die Unfallrente zu kürzen, beweist ein Fall, der vor dem Oberverwaltungsamt in Erfurt verhandelt wurde. Ein Arbeiter hatte 1894 in der gl. Gombrofabrik in Erfurt einen schweren Betriebsunfall erlitten. Er bezog bis Anfang dieses Jahres die Vollrente. Dann wurde ihm die Rente auf Grund des Gutachtens eines Arztes auf 67, Proz. gekürzt, obgleich er noch völlig gelähmt ist und inzwischen siebzig Jahre alt geworden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erst das Oberverwaltungsamt hat ihm dann die Vollrente wieder zugesprochen. Jedenfalls beweist der Fall, wie man auch Arbeiter in solchen Staatsbetrieben versucht zu schikanieren. Wenn jetzt eine neue Militärfabrik errichtet werden soll, so möchte ich die Leitung erlangen, die Arbeiter

nicht in der Ausübung ihres Koalitionsrechtes zu hindern. Ferner wünsche ich die Arbeiter, daß ihnen schon nach kürzerer Zeit Urlaub gewährt wird, und daß mehr Wert auf hygienischen Schutz in den Betrieben gelegt werde. In der gesundheitsgefährlichen Kleinabteilung der Munitionsfabriken sollten Frauen überhaupt nicht beschäftigt werden, zumal in einer Zeit, wo man über den Rückgang der Geburten klagt. Die Inpektion sollte nicht durch Offiziere, sondern durch technische Beamte oder Gewerbeinspektoren besetzt werden. Leute, die sozialen Geist besitzen, dann würde manches, was bisher Einlage zu Differenzen gegeben hat, beseitigt werden. Die Arbeiter sind nicht gewöhnt, im Betriebe als unumsichtige Kinder sich behandeln zu lassen. Die Militärverwaltung ist bei der neuen Fabrikabteilung vor eine hohe Aufgabe gestellt, möge sie hier einmal das Wort zur Wahrheit machen, daß Staatsanstalten Musterbetriebe sein sollen. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Die Abstimmung.

Der sozialdemokratische Antrag zur Reform der Militärjustiz wird gegen Voten und Sozialdemokraten abgelehnt, die Resolutionen der Budgetkommission gegen die Rechte angenommen.

Zur Dienstprämie der Unteroffiziere wird der Kommissionsantrag angenommen und zwar gegen die Sozialdemokraten.

Zur Frage des Jugendturnens wird der sozialdemokratische Antrag gegen die Sozialdemokraten und einen Teil der Fortschrittler abgelehnt, der Antrag der Fortschrittler auf Einführung eines Art. IIIa gegen die Fortschrittler abgelehnt, die fortschrittliche Resolution von der Linken angenommen, der Antrag Rumm gegen die Konservativen, die Rummgruppe und einige Reichsparteiler abgelehnt. (Heiterkeit links.)

Die

### Beratung des Nachtragsetats

wird fortgesetzt.

Abg. Völkner (Sp.) teilt für eine Resolution ein, daß den Sanitätsoffizieren ein Teil der Studienzeit in das Dienstjahr eingerechnet werden soll.

Abg. Dr. Verlaß (Z.) schießt sich an.

Abg. Dr. Weder-Sprendlingen (b. L. P.) ebenso.

Abg. Dr. Quast (natl.) bedingte.

Ein fortschrittlicher Antrag auf Erreichung einiger Offiziersstellen wird gegen Fortschritt und Sozialdemokratie abgelehnt, die Resolution zugunsten der Sanitätsoffiziere fast einstimmig angenommen.

#### Abg. Zubeil (Soz.):

begründet einen Antrag, die Konkurrenz den Militärmusikern gegen die Zivilmusiker zu verbieten. Heute wird ganz rücksichtslos in das zivile Erwerbseleben eingegriffen und werden Existenzen vernichtet. Daß hier Wandel geschaffen werden muß, wird auch von bürgerlicher Seite, selbst von rechtsstehender, anerkannt. Will der Reichstag denn nicht endlich die Hoffnungen der Zivilmusiker erfüllen? Die Zivilmusiker gehören auch zu den Steuerzahlern, die mit zur Unterhaltung des Militarismus beitragen müssen. Da haben sie das Recht, gegen die Konkurrenz der Militärmusiker geschützt zu werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Selbst in Kreisen der Militärmusiker beginnt man mit dem gegenwärtigen Zustand unzufrieden zu werden. Ein alter Musikergeant hat meinem Parteigenossen Albrecht geschrieben, es sei doch eigentlich ein unwidriger Zustand und verstoße sogar gegen die Disziplin, daß die im Unteroffiziersrang stehenden Musiker auf Tanzböden den Soldaten, also ihren Untergebenen, gegen bare Bezahlung vorspielen. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten.) In ähnlicher Weise läßt sich ein Schreiben aus denselben Kreisen aus, das mein Parteigenosse Koste erhalten hat. In dem Schreiben wird hervorgehoben, daß durch die Privatbeschäftigung der Militärlapellen und die rücksichtslose Ausbeutung, die in ihnen herrscht, die Dienstbrauchbarkeit der Militärmusiker leiden muß. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie kann man den Leuten, die vom Staat erhalten werden, die ihre Dienstprämie, ihren Zivilversorgungsschein bekommen, gestatten, nebenbei ein Privatgewerbe zur Schädigung ziviler Berufsgenossen zu treiben? Entschiedenem Protest müssen wir dagegen einlegen, daß die Militärlapellen sogar zivilisierten zuzurechnen, die dann zu Unrecht Uniform tragen. In großem Maßstabe ist das z. B. wieder in Magdeburg vorgekommen. Wir verlangen, daß energische Maßnahmen gegen diesen

#### Mißbrauch der Uniform

getroffen werden. Die Zivilmusiker, die mit ihren Familien eine halbe Million Köpfe ausmachen, haben sich erneut an den Reichstag gewandt mit der Bitte, sie doch endlich vor der übermächtigen Konkurrenz der Militärlapellen zu schützen. — Wenn, wie ich fürchte, unser Antrag gleich seinen Vorgängern der Ablehnung verfallen wird, so werden die Zivilmusiker erkennen, welche Partei allein ihre Interessen vertritt. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Generalleutnant v. Wandel

bittet um Ablehnung des Antrages. Es sieht fest, daß weite Kreise unseres Volkes die Militärmusik nicht missen wollen. Es ist uns aus Ostpreußen z. B. erklärt worden, daß das ganze Musikleben der Provinz vernichtet sein würde, wenn den Militärlapellen das Spielen vor Zivilmusikern verboten würde. (Hört! hört! rechts. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Beschwerden der Zivilmusiker sind zum großen Teil übertrieben. (Widerspruch links.)

Ein sächsischer Bundesratsbevollmächtigter bestreitet gegenüber einer Bemerkung des Vortragners, daß die Auflösung der Saugener Stadtkapelle durch die Konkurrenz der Militärlapelle verschuldet sei.

#### Abg. Dr. Pfeiffer (Z.):

Auf Grund des Tatsachenmaterials muß ich entschieden der Behauptung des Generals v. Wandel entgegenzutreten, daß die Klagen der Zivilmusiker durchweg übertrieben sind. Sie sind vielmehr durchweg begründet. (Hört! hört! links.) Generalleutnant v. Wandel erzählt uns, daß in Ostpreußen das Musikwesen vernichtet sei, wenn das öffentliche Spielen der Militärlapellen verhindert wird. Nun, als Kulturzentrum kann man Ostpreußen doch nicht gerade ansprechen. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Die Militärverwaltung sollte wirklich nicht mit einer leichten Handbewegung über die Klagen der Zivilberufsmusiker hinweggehen. (Beifall im Zentrum und links.)

#### Generalleutnant v. Wandel:

Es kann keine Rede davon sein, daß über die Beschwerden der Zivilmusiker mit einer leichten Handbewegung hinweggegangen wird. Die Beschwerden werden vielmehr sehr sorgfältig geprüft, und es wird, sobald sie sich als berechtigt herausstellen, in jedem Falle für Abhilfe gesorgt.

#### Abg. Zubeil (Soz.):

Daß General v. Wandel alle Beschwerden als übertrieben bezeichnet, ist man ja gewöhnt. Er schließt zwar nicht die Beschwerden mit einer Handbewegung ab, aber der Inhalt der Beschwerden wird ad astra gelegt. Erst ruiniert man die Zivilmusiker durch die Konkurrenz der Militärlapellen und dann sagt man, die Bevölkerung erkläre, ohne Militärlapellen sei nicht auszukommen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man erlaubt doch keinem Militärsoldaten oder Führer außerhalb der Kasernen eine gewerbliche Tätigkeit auszuüben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Verbiete man den Militärlapellen, in Uniform zu konzertieren, dann wird sich ja zeigen, ob die Militärlapellen die Anziehungskraft wirklich behalten, ob sie wirklich die Träger der Kunst gegenüber den Zivilberufsmusikern sind. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Albrecht (Soz.):

In dem Nachtrage werden u. a. auch neue Defonmiehandwerker angefordert. Seit langem fordern wir die Beseitigung des Systems der Defonmiehandwerker. Wenigstens diese

keine Reform könnte man doch bei dieser Gelegenheit bewilligen. Sonst gilt es als Schande, zum Arbeitssoldaten degradiert zu werden. Aber Leute, die zu schwach sind zum eigentlichen Militärdienst, die hebt man aus und zwingt sie zur Handwerksarbeit im Dienste des Militarismus, macht sie zu Arbeitssoldaten, ohne daß sie sich etwas haben zu schulden kommen lassen. Der Zentrumsdirektor Dr. Lieber und der konservative Jacobskötter, der Abg. Gröber und zahlreiche andere bürgerliche Parlamentarier haben verlangt, daß mit dem System der Defonmiehandwerker gebrochen werde. In der Tat ist man auch bei einigen Armeekorps dazu übergegangen, statt der Defonmiehandwerker Zivilhandwerker zu beschäftigen. In einer Denkschrift, die vor drei Jahren erschien, hat der Kriegsminister dieses gemischte System als unhaltbar und als eine Gefahr für die Schlagfertigkeit der Armee erklärt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt aber kommt derselbe Kriegsminister und verlangt neue Defonmiehandwerker, also eine Verewigung des von ihm selbst als unhaltbar bezeichneten Systems. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Kebrigns gibt der Kriegsminister in seiner Denkschrift ausdrücklich zu, daß in den Velleidungsämtern viel billiger und auch sauberer gearbeitet wird als von den Defonmiehandwerkern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch für den Mobilmachungsfall würde die Militärverwaltung völlig gesichert, wenn sie alle Arbeit in den Velleidungsämtern und bei Handwerkern machen ließe, denn die Leute in den Velleidungsämtern sind doch meist diensttauglich. Für uns ist maßgebend, daß die Militärverwaltung in der Lage ist, in den Velleidungsämtern aber gute gesundheitsliche Verhältnisse in den großen Werkstätten sowie geordnete Arbeitszeit einzuführen. Die Defonmiehandwerker sind nicht dazu da, von der Militärverwaltung ausgebeutet zu werden; wenn sie dienstuntauglich sind, sollte man sie frei lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß die Militärverwaltung auch in der Lage wäre, das heute bestehende Zwischenmeisterystem zu beseitigen. Die Zwischenmeister stehen heute noch die Hälfte der geringen Löhne ein, die die Militärverwaltung zahlt. Treten Sie also mit uns für die Beseitigung des Systems der Defonmiehandwerker ein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

#### Generalleutnant v. Staab:

Die Militärverwaltung hat wiederholt erklärt, daß sie keinen besonderen Wert auf das eine oder andere System legt. Die Velleidung der Defonmiehandwerker entspricht aber einem Wunsche des Reichstages. (Sehr richtig! rechts.)

Die Debatte schließt. Der Antrag Albrecht (Soz.) in bezug auf die Militärmusiker wird abgelehnt.

Bei einem späteren Kapitel wendet sich

#### Abg. Dr. Pfeiffer (Z.)

gegen die Angriffe, die gegen den Major Pariseval und die Luftschiffaktiengesellschaft erhoben sind, weil sie ein Parisevalschiff nach England verkauft hätten. Wenn diese Privatgesellschaft, die keine Nationalpnebe erhalten hat wie Zeppelin, ihren Typ verbessern will, so muß sie auch nach dem Ausland verkaufen. Das ist sogar verdienstvoll, denn dann werden die Studienkosten gewissermaßen vom Ausland getragen. Die Militärverwaltung möchte ich bitten, nicht nur einseitig die Systeme Zeppelin und Schütte-Lanz zu bevorzugen.

#### Generalleutnant v. Wandel

erwidert, daß die Militärverwaltung alle ihre vorgelegten Luftschiffapparate mit Interesse verfolgt.

Abg. van Calker (natl.) beantragt Wiedereinstellung der „Westmartenzulage“ für die Unteroffiziere in Elsaß-Lothringen aus „nationalpolitischen“ Gründen.

#### Abg. Voelke (Soz.):

Daß die Lebensverhältnisse in Elsaß-Lothringen besonders teuer sind, geben wir zu. Aber wenn Sie den Unteroffizieren eine Zulage geben wollen, müssen Sie sie allen Beamten in Elsaß-Lothringen geben. Wir lehnen den Antrag nach wie vor ab.

#### Kriegsminister v. Seeringer

bittet dringend den Antrag anzunehmen, da eine wirkliche Notlage der Unteroffiziere in Elsaß-Lothringen vorliegt.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt.

Der Rest des Beleges wird debattelos genehmigt.

Das Haus vertagt sich.

Räufte Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Dritte Lesung kleinerer Vorlagen, darunter Staatsangehörigkeitsgesetz, zweite Lesung des Wehrbeitrages, Wahlprüfungen. Schluß 8 Uhr.

## Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie.

Plauen, den 24. Juni.

Am Dienstag sprach zunächst Genosse Seeger-Leipzig über die Gemeindegewaltbewegung. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, in der ein energischer Kampf gegen die ungerechten Gemeindegewaltssysteme verlangt wird. Es wird dann über den Antrag auf Aufhebung des Verbots der Doppellandabnaturen verhandelt. Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag gegen 12 Stimmen abgelehnt. Weiter wurde eine Resolution angenommen, in der im Prinzip der Errichtung einer eigenen Presse für den Plauerer Reichstagswahlkreis zugestimmt, der Beschluß aber von der Zustimmung des Landes- und Bezirksvorstandes abhängig gemacht wurde. Als Sitz des Landesvorstandes wurde Dresden wieder bestimmt und die alten Mitglieder des Vorstandes gegen wenige Stimmen wieder gewählt. Ein Antrag eines Leipziger Delegierten, der die Freipolemiken persönlicher Art verurteilt, wurde wieder zurückgezogen, aber die Erwartung ausgesprochen, daß die Presse persönliche Polemiken unterläßt. Als Ort der nächsten Landesversammlung wurde Leipzig bestimmt. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

## Aus der Partei.

#### Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Delitzsch-Wittenberg hielt am Sonntag in Delitzsch seinen Kreisstag ab, an dem 72 Delegierte teilnahmen. Trotz reger Beramlungstätigkeit und trotz Verweigerung von 12000 Flugblättern und 19000 Postkolendern stagnierte die Mitgliederzahl, die am 1. April 1902 betrug. Auch in der Abonnementbewegung der Parteiblätter trat ein Stillstand ein. Es wurden 3100 Abonnenten des „Vollblatts“ und 900 der „Leipziger Volkszeitung“ gezählt. Die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten ist dagegen wieder um rund 700 auf über 8000 gestiegen. Auch die Jugendbewegung kam gut vorwärts; sie hat es auf 600 Abonnenten der „Arbeiterjugend“ gebracht. Sozialdemokratische Vertreter sitzen in drei Städten 14 und in 17 Landorten 47 in den Gemeindeparslamenten. Die Klassenverhältnisse des Kreises gestalteten sich sehr günstig. 6039,70 M. Ausgaben fanden 8100,63 M. Einnahmen gegenüber. In zwei Resolutionen wurde festgelegt, in welcher Weise eine ergiebigere Agitation für das „Vollblatt“ systematisch durchgeführt werden soll. Ueber den Parteitag referierte kurz der Genosse Raute. Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen Raute und Burckhardt-Eilenburg gewählt. Ein Antrag Eilenburg, wonach unter den jugendlichen Arbeitern von 15 bis 21 Jahren eine größere Propaganda für die Ziele des Sozialismus gemacht werden soll, wurde nach einer aufmerksamen Diskussion angenommen. Zwei Anträge, die sich mit der Frage des Klassenkampfes beschäftigten, wurden lebhaft und eingehend diskutiert. Die beiden vorgelegten Resolutionen



wurden schließlich mit Zustimmung der Antragsteller zusammengezogen und dann einstimmig angenommen in folgender Fassung: Der Kreisrat ist der Überzeugung, daß der politische Waffenstreik eines der wichtigsten Mittel im Kampfe gegen die preussische Dreiklassenwahl ist. Er verpflichtet die Ortsvereine, daß sie in ihren Versammlungen den politischen Waffenstreik diskutieren und alles aufbieten, um die Partei- und Gewerkschaftsgenossen von der unumgänglichen Notwendigkeit dieses Kampfmittels zu überzeugen. Er erwartet, daß die preussische Landeskommission Maßnahmen ergreift, um über diese Frage volle Aufklärung unter den Waffenbesitzern herbeizuführen.

Ein Antrag, Gemeindevorstandssitzungen öfter abzuhalten, wurde angenommen; ein Antrag, den Austritt aus der Landeskirche mehr zu propagieren, zurückgewiesen, mit dem Bemerkten, daß man durch Verben von „Vollblut“-Abnennern und durch geeignete Vorträge auf diesem Gebiete für weitere Aufklärung sorgen solle.

Der Sozialdemokratische Verein Dessau-Zerbst hielt am Sonntag in Dessau seine diesjährige Generalversammlung ab. Die Gesamtmitgliederzahl stieg von 5326 auf 5788. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist von 3541 auf 3904, die der weiblichen Mitglieder von 1785 auf 1867 gestiegen. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher erhöhte sich von 74 auf 91. Der Antrag des Kreisvorstandes, den 10 Pf.-Wochenbeitrag für männliche und den 5 Pf.-Wochenbeitrag für weibliche Mitglieder vom 1. Oktober ab einzuführen, wurde gegen eine Stimme angenommen.

## Jugendbewegung.

### Gelbe Jugendpflege.

Die allgemeine Jagd des Bürgertums auf die proletarische Jugend beginnt auch die Großindustrie zu erfassen. Einige Riesenbetriebe begnügen sich nicht mehr damit, die christlich-nationale Jugendbewegung durch Geld zu unterstützen, sondern treten selbst an die Organisation der Jugend im Rahmen ihrer Fabrikbetriebe heran. Ein Beispiel dafür bieten die großen Farbenfabriken von Friedr. Bayer u. Co. in Leverkusen bei Köln.

Zunächst hat diese Firma den zwangsmäßigen Fortbildungsschulunterricht für alle Jugendlichen der Betriebe eingeführt. Sie stellt Schulräume und Lehrmittel und hat dafür den Vorteil, daß alle Fortbildungspflichtigen ihres Betriebes nur diese Schule besuchen dürfen, wo der Unterricht speziell auf die Bedürfnisse der Firma Bayer u. Co. zugeschnitten ist. Außerdem hat sie auf diese Weise die jungen Leute auch außerhalb der eigentlichen Arbeitszeit in ihrer Gewalt. Hingzu kommt ein eigener Jugendverein, der sich auf alle jungen Leute der Werke erstreckt, gleich welcher Religion sie angehören. Dieser gelbe Jugendverein bekommt dadurch den Schein der Selbstständigkeit, daß er sich selbst einen Vorstand wählen darf. Ueber ihm steht aber ein von der Firma eingesetzter Beirat, den es vorbehalten ist, die Beschlüsse des Jugendvereins zu genehmigen oder zu verwerfen. Die „Selbstständigkeit“ ist also nur lofer Schein.

Natürlich darf auch die Vorbildung zum späteren Kriegszweck nicht fehlen. Darum hat man für die Fabrikjugend der Firma eine eigene Jugendwehr eingerichtet. Zum Kommandeur ist ein Sergeant der Pioniere berufen. Die Uniform nebst Gemaß, Koppel und Patronentasche wird den jungen Leuten von der Firma kostenlos geliefert.

Diese Heranbildung der jungen Arbeiter zu gelben Streikbruchsformen wird sicher nicht auf wenige Betriebe beschränkt bleiben. Es ist daher notwendig, daß wir auch dieser Gruppe der bürgerlichen Jugendpflege unsere Aufmerksamkeit widmen und ihr Kampf ansagen.

### Ein Geld.

Im „Joller“, einem hohenzollerischen Zentrumsblatt, ist folgendes Klagegeld zu lesen:

Der Jungdeutsches Landbund Heddingen ist von einem Schicksalsschlag getroffen worden: sein Kassierer, ein junger Kaufmann, hatte den Auftrag erhalten, die Uniformen für die Mitglieder des Bundes zu bestellen. Der Auftrag wurde auch ausgeführt und die Garderobe an die Mitglieder abgeliefert, das dafür erhaltene Geld im Gesamtbetrag von 400 Mark verwendete der erst zwanzig Jahre alte Kassierer aber dazu, um eine Sprigtour nach Venedig zu machen. Dort konnte er aber infolge nicht genügenden Ausweises nicht weiter, er reiste daher zurück und zwar zu seinen in Ulm wohnenden Eltern.

Das katholische Blatt scheint für jungdeutsche Betätigung kein Verständnis zu haben. Wie kann es den Vorfall als einen Schicksalsschlag beklagen, für den es hoffentlich nicht noch den lieben Gott verantwortlich macht. Das Ereignis verdient als eine hervorragende Heldentat: jungdeutsche Betätigung gepriesen zu werden. Zu bedauern ist nur der weniger heldenmütige Ausgang der mit jungdeutschem Mut begonnenen Sprigtour.

### Königlich sächsische Jugendpflege.

In Laubegast bei Dresden erhielten verschiedene Höglinge der Freien Turnerschaft vom Gemeindevorstand Strafvorfürungen über 4 M., weil sie in der Freien Turnerschaft turlen, ohne die Genehmigung des Säulvorstandes eingeholt. Die Urteile über dieses sonderbare Verfahren sind selbst in bürgerlichen Kreisen für die Ortsverwaltung nicht sehr schmeichelhaft.

## Schutzleute unter der Anklage der Zuhälterei.

### Zweiter Verhandlungstag.

Als erste und Hauptzeugin wird die vielgenannte Frida Ortmeier vernommen. Sie macht ihre Aussagen mit großer Sicherheit und Gewandtheit. Sie fährt aus: Sie habe den Thiede im November 1910 in der Friedrichstraße kennen gelernt. Er sagte zu ihr: „Sehen Sie sich vor, heute ist es schon hier, der Inspektor und Kommissar ist auch unterwegs.“ Dann habe er sie morgens, als sie noch im Bette lag, besucht und sich mit den Worten eingeführt: „Ich habe mir das Haus von außen angesehen, jetzt kann ich's ja auch mal von innen begucken.“ Er blieb etwa eine Stunde. Später kam er dann öfter. Sigilantia war sie seit 1908. Man habe sie nach dem Präsidium beordert und ihr diese Tätigkeit angeboten. Als Sigilantia habe sie Sittenpolizeikontrabanden von Mädchen mitgeteilt. Dem Thiede habe sie in dieser Hinsicht nur einmal geholfen. Sie hätten wie zwei Verliebte miteinander verkehrt und seien zusammen in Lokale gegangen. Antim hätten sie schon kurz nach dem Bekanntwerden verkehrt. Frau Thiede habe ihren Mann zu dem Verkehr veranlaßt. Zuerst habe sie ihm

### Rufen mit Zigarren

spendiert, dann Geldsummen in Höhe von 10, 20 Mark und dergleichen. Durch den Mann zu seinem Geburtsloge ein Portemonnaie mit zwei Zwanzigmarkstücken

gegeben haben. Wenn sie mit Thiede ausging, habe sie ihm von ihrem Gelde 20 bis 30 M. zugegeben. Wieviel davon übrig geblieben sei, wisse sie nicht, den Rest habe er immer behalten. Die Zehen seien nicht hoch gewesen, denn sie wären nur in Bierlokale und Kafes gegangen. Dienstliche Ausgänge waren das nie. Sie konnte ihm solche Summen geben, denn sie verdiene im Durchschnitt täglich 30 bis 70 M. und erhalte außerdem feste Bezüge von einem Rittergutsbesitzer, der sie aushalte. Thiede habe von ihr auch

mehrere Anzüge um Ueberzieher, bezw. den Stoff dazu erhalten. Außerdem habe sie noch den Wackerlohn

für den Schneider bezahlt. Frau Thiede habe sich nämlich dahin geäußert: „Na, Sie verstehen ja mit meinem Manne, Sie haben ihm ja Stoff geschenkt, wenn Sie aber schon Stoff geben, so geben Sie auch den Wackerlohn. Wissen Sie nicht einen Schneider?“ Später habe sich Frau Thiede bedankt für die „20“ Mark, sie habe dem Thiede aber 30 M. gegeben, er habe also 10 Mark vor seiner Frau verschwiegen. Auch für Frau Thiede sei ein Kostüm abgefallen nebst Wackerlohn und eine Bluse, die diese von der Ortmeier angenommen habe. Ebenso

### Lebensmittel in größeren Mengen.

ganze Seiten Speck, Würste, Butter, Eier, Wein usw., alles Dinge, die sie von ihrem Verhältnis (Rittergutsbesitzer) geschickt bekam. Es scheint der Frau Thiede jedoch alles noch nicht genug gewesen. Wenn sie, die Ortmeier, zu Thiede in die Wohnung gekommen sei, habe sich die Ehefrau in der Regel entfernt. Sie habe der Frau darum später im Zorne einmal gesagt: „Jede Hure ist auf ihren Liden eifersüchtig und Sie noch einmal auf Ihren Mann. Sie stehen ja tief unter einer Dirne.“ Später hätten sie sich auf Veranlassung der Frau wieder vertragen. Wenn sie und Frau Thiede ein Lokal besucht haben, sei es auf ihre, der Ortmeier, Kosten geschehen.

Im August 1911 sei es zu einem Streich auf der Straße gekommen. Dabei habe Thiede die Ortmeier nach der Wache gebracht. Dort habe Thiede sich vorgestellt mit den Worten: „Ich bin Kriminalbeamter.“

Da habe sie gekriert: „Kriminalbeamter bist Du? Lude bist Du! Was Du am Leibe trügst, ist ja von mir!“

Auch nach diesem Streich kam es wieder zur Versöhnung. Als die ganze Angelegenheit in der Presse veröffentlicht und die Untersuchung eingeleitet war, habe nach ihrer Vernehmung Thiede zu ihr gesagt: „Es steht Ausfrage gegen Ausfrage, Deine Ausfrage nimmt das Gericht gar nicht an.“ Sie trafen sich dann immer wieder auf Wunsch Thiedes. Darüber, ob sie vom Januar 1912 ab noch mit Thiede geschlechtlich verkehrt habe, verweigert die Zeugin die Aussage aus strafrechtlichen Gründen, wie sie betont. Die anderen Beamten, zum Beispiel der mitangeklagte Wachmann, hätten wohl gewußt, daß sie Thiede unterstühe mit Geld und „einpuppe“. Vorteile irgendwelcher Art seien ihr aus dem Verkehr mit Thiede nicht erwachsen. Sie sei nicht anders behandelt worden wie die übrigen Mädchen von der Straße. Sie habe auch nichts erwartet. Als sie aber unter Kontrolle gekommen sei, habe sie sich geäußert.

Die Geschenke will sie aus Uneinigkeit gegeben haben. Am 7. August 1912 sei eine

### Anzeige von Thiede gegen sie

ergangen, worin es hieß: sein Ruf als Beamter leide unter den Egenen, die die Ortmeier ihm bereite, sie müsse auf ihren Wehleszustand untersucht werden.

Für ihre Sigilantendienstleistungen sei ihr keinerlei Belohnung zuerkannt worden. Der Geschlechtsverkehr mit Thiede habe auch in ihrer Wohnung sehr oft stattgefunden und Frau Thiede habe dies alles gewußt. Sie habe einmal gesagt: Wenn mein Mann

### biensächlich in Ihrer Wohnung schlafen

muß, dagegen kann ich nichts einwenden.“ Nach einer Vernehmung zwischen ihnen habe die Frau sich auch geäußert: „Sie sind so zu mir und dabei teile ich mit Ihnen das Liebste.“ An Wachen

### sie 50 Mark

entrichtet haben. Das erste Geld habe er von ihr geborgt und wollte es in drei Wochen wiedererhalten. Sie habe es aber nicht zurückgehalten. Als er in ihrer Wohnung war, habe sie gesagt: „Jetzt haben Ihre Kollegen mich

### ausgenutzt und genecpft

und trotzdem bin ich nun unter Kontrolle gekommen.“ Das Geld habe sie Wachmann gegeben, weil sie glaube, er brauche es sehr nötig. Es sei ja bekannt, daß ein Sittenschuttmann immer Geld brauchen könne. Wachmann habe Ratsschläge erteilt, wie sie wieder von der Kontrolle befreit werden könnte. Auszüge aus den Akten und dergleichen dienstliche Mitteilungen habe sie nicht erhalten. Später habe er sie vom Auto aus mal angeprochen und miteinseitigen lassen. Dabei habe er ihr gesagt, daß ihm die Erlernungsmarke und der Revolver abgenommen worden wären. Da habe sie ihm wieder 10 Mark gegeben. Bei ihrer Vernehmung habe ihr Volkseirrat Benzig gesagt: „Das mit dem Thiede soll ja seinen Weg gehen, was aber die anderen betrifft, so könne man dies doch in „Bütle“ regeln. Ueberhaupt glaube er gar nicht, daß seine Beamten so etwas machen.“ Da habe sie geantwortet: „Derr Volkseirrat, Ihre Beamten machen noch ganz was anderes!“ Die zweite Zeugin,

### Frau Walter,

war seit 1906 bei der Polizei Sigilantin. Beamte hätten ihr gesagt, wenn sie bei ihnen Dienst tue, werde sie in ihrem Gewerbe geschont. Mit Thiede hatte sie nichts zu tun. Bei einer früheren Vernehmung hat sie ausgesagt, daß sie Segebarth Geschenke gemacht habe. Jetzt aber verweigert sie die Angaben aus Furcht vor Bestrafung. Nachher sagt sie aber doch, daß sie dem Genannten, als er in die Wohnung gekommen sei und ihr mitgeteilt habe, daß sie nicht mehr unter Kontrolle stehe,

### Geld zugestreckt

habe. Vorhänder: „Hierüber wollten sie doch nicht aussagen?“ Zeugin: „Ach, Herr Rat, ich habe mich eben vergaloppiert.“ (Heiterkeit.)

Welan habe in der Angelegenheit Segebarth absolut nichts für sie, wie die Zeugin noch ausdrücklich betont. Auch

### 15 Meter Seide

habe er von ihr erhalten und einen Tuppon. Es wäre überall bekannt, daß Sittensbeamte nehmen, wenn sie etwas belämen. Er sei im Auftrag der Behörde gekommen und habe die Meldung überbracht. Als sie nun 1911 trotz ihrer geleisteten Sigilantendienste wiederum unter Kontrolle gestellt wurde, sei sie während geworden und zu Karl Schucidt gegangen. Die Angelegenheit mit den die Polizei kompromittierenden Briefen sei aber nicht damals, sondern erst später perfekt geworden.

Es folgen nunmehr eine ganze Anzahl von Zeugen, die wesentliches nicht befinden können. Interessant war die

### Aussage des Schuhmanns Simon.

Er war auf der Wache, als Thiede die Ortmeier hindrachte und diese ihn „Lude“ nannte und seine Frau „Kuppelmutter“ und behauptete, er sei ganz eingekleidet von ihrem Gelde. Bis auf die Schuhe sei alles von ihr geschenkt, was er an habe.

Thiede antwortet auf die Frage, warum er sich diese Beleidigungen habe gefallen lassen, ohne Anzeige zu erstatten: so etwas seien die Beamten schon gewohnt. Der Zeuge Schuhmann Simon erklärt aber wiederholt und durchaus bestimmt, daß davon keine Rede sein könne, so etwas ließen sich keineswegs die Beamten gefallen, er schon ganz und gar nicht. Wenn ein Weintrunkener mal schimpfte, das lasse man laufen. Aber solche Beschuldigungen wie diese, hätte er sich nicht gefallen lassen, sondern sofort eine Untersuchung gegen sich beantragt.

Rechtsanwalt Schwindt: „Haben die Beamten nicht Weisung, sich bei solchen Szenen einfach die Ohren zuzuhallen?“

Schuhmann Simon: „O nein, wenn so bestimmte Vorwürfe fallen, dann nicht!“

Volkseirrat Klatt und Amtsrichter Hofbeins haben die Zeuginen früher vernommen. Der letztere bezeichnet die Walter als glaubwürdig, die Ortmeier dagegen sei ihm widerspruchsvoll vorgekommen.

Die Verhandlung wird auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt.

Redakteur Schneidt ersucht uns um Mitteilung, daß an der von dem Angeklagten Wachmann bei seiner Vernehmung vorgelegten Behauptung, „er sei fortwährend durch den Redakteur Schneidt verfolgt und belästigt worden, derselbe habe ihm fortwährend Spiegel nachgeschickt“, kein wahres Wort ist. Redakteur Schneidt habe niemals daran gedacht, den Schuhmann Wachmann zu verfolgen und belästigen, geschweige denn ihn durch Spiegel observieren zu lassen.

## Aus aller Welt.

### Wer nicht pariert, der fliegt.

Stets noch haben die Reaktionäre aller Schattierungen in stiltlicher Enttäuschung gemacht, wenn es für die sozialdemokratische Partei notwendig wurde, eines oder das andere Mitglied auszuschließen, weil es die prinzipiellen Anschauungen der Sozialdemokratie nicht mehr vertrat. Wehleidig heulte die Partei noch jedesmal auch die gesamte liberale Presse. In spaltenlangen Leitartikeln jammerte sie über die Unbuddsamkeit der Partei, die es fertig bringe, so nette Menschen auszuschließen. Die abgedroschenen Phrasen vom Doktrinarismus, vom Popstium in der Partei wurden aus der Rüstkammer herbeigeholt, die Protokollistränen über das angebliche Unrecht rollten nur so, das alles, um der Partei ein Mitglied zu erhalten, das sich in seinen Anschauungen des vollsten Weifalls der Liberalen und manchem auch der noch weiter rechts stehenden Parteien erfreute. Da mußte man freilich meinen, daß so etwas wie Unbuddsamkeit in den bürgerlichen Vereinen ein ganz unbekannter Begriff ist. Doch das „Berliner Tageblatt“, dem über den Ausschluß des Herrn Gerhard Hildebrand noch die Tränen in den Augen stehen, belehrt uns eines besseren.

Zu Kiel findet, wie das „Berliner Tagebl.“ berichtet, zurzeit der Deutsche Haus- und Grundbesitzerlag statt. Einer der angeschlossenen Vereine, der Hausbesitzerverein Jzehoe, hat sich das Vergnügen geleistet, den zweiten Vorsitzenden des Bundes deutscher Bodenreformer als seinen Delegierten auf den Hausbesitzerlag zu entsenden. Von Bodenreform wollen die Hausbesitzer erklärtermaßen nichts wissen. Die Folge war denn auch, daß ob dieser Gemeinheit der Hausbesitzerverein Jzehoe von der Tagung ausgeschlossen wurde. Ein Delegierter des Berliner Frankfurter-Lor-Vereins, dem diese Art Schnellfeuerjustiz nicht behagte, erdreistete sich, gegen den Ausschluß zu sprechen. Das gab dem Langmut des Vorsitzenden Justizrat Baumert, den Rest. Er legte dem Frankfurter-Lor-Verein dringend ans Herz, zu erwägen, ob ein Mann, der sich derart mit den Ansichten der Mehrheit in Widerspruch setze, ein geeigneter Vertreter auf dem Verbandstag sei.

Wir warten auf den Entlassungsleitartikel des „Berliner Tageblattes“!

### Die Massenerkrankungen in Dönabrad.

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, haben die Erkrankungen bei dem Infanterie-Regiment Nr. 78 in Dönabrad weiter um sich gegriffen. Beim zweiten Bataillon sind nun auch 31 Soldaten erkrankt, während sich die Ziffer beim ersten Bataillon auf zirka 200 erhöht hat. Die Untersuchung über die Ursache der Erkrankungen ist noch nicht abgeschlossen.

### Zu den Strudeln des Niagarafalles.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich nach einem Telegramm aus Niagara an den Fällen zugetragen. Zwei Kinder im Alter von neun und zehn Jahren hatten ein gegen 100 Meter vor Beginn der Fälle verankertes Boot bestiegen. Wütlich rissen die Ketten, mit denen das Boot besetzt war, und das Fahrzeug schoß mit rasender Schnelligkeit auf die Fälle zu. Zahlreiche Spaziergänger sahen vom Ufer aus, ohne daß es möglich war, etwas zur Rettung der unglücklichen Wesen zu tun, dem fürchtbaren Schauspiel zu. Innerhalb weniger Minuten hatte das Boot den Rand des Abgrundes erreicht und war im Ru von dem tobenden Wasser verschlungen. Trotz aller Anstrengungen konnte weder eine Spur des Fahrzeuges noch von den Kindern entdeckt werden.

### Ins Meer gestürzt.

Einen tragischen Tod hat am Montag der englische Aviatiker Fairbairns gefunden, der bei Shoeburyness mit seinem Aeroplan ins Meer stürzte. Fairbairns war auf einem von ihm selbst konstruierten Militär-Aeroplan um 7 Uhr abends von dem Artillerie-schießplatz aufgestiegen und befand sich gegen 8 Uhr in einer Höhe von 200 Meter über dem Meere. Wütlich kippte der Apparat vorn über und stürzte ins Wasser. Es gelang dem unglücklichen Aviatiker nicht, sich aus dem Sitz zu befreien, da der Führersitz des Aeroplans geschlossen war, und er ertrank hilflos, bevor schnell herbeigeeilte Rettungsmannschaften ihn erreichen konnten.

### Wenn Könige erben.

Der Prozeß, den die Erben Louis Savenes gegen den König von Spanien angestrengt haben, fand am Montag in dem Gerichtshofe des kleinen Städtchens Saint Gaudens im Departement Haute Garonne statt. Savene hatte dem König Alphon von Spanien sein ganzes Vermögen in Höhe von 3 Millionen vermach. Die Erben bestreiten jedoch die Gültigkeit dieses Testaments und weisen darauf hin, daß Savene geistesgestört war. Die Verhandlung ergab tatsächlich, daß der Verstorbene seit langen nicht mehr im Besitze seines klaren Verstandes gewesen ist. Den Behörden von Saint Gaudens ist Savene in den letzten Jahren in unglücklicher Weise lästig gefallen. Häufig schrieb er täglich den Behörden 30 Briefe mit den unglücklichsten Beschwerden. Der Bürgermeister von Saint Gaudens hat allein 8000 Briefe von Savene erhalten. Nach diesen Feststellungen wurde der Prozeß bis auf weiteres vertagt.

### Kleine Notizen.

Schredendat eines Wahnsinnigen. Der Fabrikarbeiter Hampel in Dhlings ermordete in der vergangenen Nacht seine Frau und seinen zweijährigen Sohn, indem er beiden mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitt. Sie selbst öffnete er die Pulsadern, durchschnitt sich die Kehle und stürzte sich aus dem Fenster der im zweiten Stock gelegenen Wohnung. Die Tat soll im Wahnsinn begangen sein.

Brand auf der Zeche König Ludwig. In der demischen Anlage der Zeche König Ludwig in Reddinghausen brach Dienstagvormittag ein Brand aus. Infolge dessen explodierten zwei nebeneinander stehende Kapitalkessel. Der Brand wütet noch fort. Auch das Dellager steht in Flammen. Soweit bisher bekannt ist, sind Personen nicht zu Schaden gekommen.

Das verunglückte Salzfischen. Bei dem Unglücksfall auf dem Fort Roule in Cherbourg wurde ein Feuerwerker und ein Artillerist getötet. Sieben Artilleristen sind schwer verwundet ins Lazarett gebracht worden; der den Verlust führende Leutnant ist leicht verwundet. Die Schuld an dem schweren Unglück trägt der Leutnant, der, entgegen den Vorschriften, Geschosse offen lagern ließ.







Gewerkchaftliches.

Folgen der Gewerkschaftsenzyklika.

Außer in Oberschlesien tobte bisher der Kampf zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Facharbeitern in der Diözese Trier am heftigsten. Es kam hierbei zu Erscheinungen, die von bleibenden Nachwirkungen sein werden. So haben sich Gegner noch nicht in den Sparen gelegt, wie die Katholiken unter sich an der Saar und Mosel, und alle Bemühungen, Frieden zwischen den Christenbrüdern zu stiften, blieben bisher ohne Erfolg. Der Streit blieb auch nicht auf die beiden Gewerkschaftsrichtungen beschränkt, sondern setzte sich in den katholischen Arbeitervereinen fort, und es kam so weit, daß eine Anzahl dieser Vereine, die den christlichen Gewerkschaften nahe standen, sich zu einem Sonderverband zusammenschließen wollten. Sie wollten sich der bischöflichen Kontrolle möglichst entziehen und wenn nicht anders, ohne kirchliche Präsidien unter Leitung von Laien weiterarbeiten. Das war dem Bischof von Trier denn doch zu bunt. Er eilte nach Saarbrücken, wo die Opposition ihren Verb hatte und las den christlichen Gewerkschaftsführern und den ihnen nahestehenden Geistlichen derart den Text, daß sie von ihrem Vorhaben abließen. Der Bischof hatte auf der Konferenz erklärt, daß er nicht mit den Arbeitern, dafür aber ohne Umschweife mit den Geistlichen zu reden habe. Und dann erklärte er diesen eingehend die Enzyklika „Singulari quadam“ und stellte fest, daß es nunmehr Pflicht der Geistlichen sei, nur für die katholische Standesorganisation einzutreten. Wenn die Enzyklika auch dulde, daß katholische Arbeiter unter bestimmten Voraussetzungen christlichen Gewerkschaften angehören dürfen, so sollen katholische Geistliche diese Gewerkschaften nicht fördern und für sie eintreten. Neue Gewerkschaften dieser Art sollen nicht gegründet werden; in keinem Falle dürften Geistliche beim Versuch solcher Neugründungen mitwirken. So der kirchliche Befehl des Bischofs.

Die christlichen Arbeiterführer waren starr ob des Vorgehens ihres Bischofs, aber bis heute haben sie nicht den Mut gefunden, ihr Koalitionsrecht, d. h., das Recht, sich auch in christlichen Gewerkschaften zu organisieren, zu verteidigen. Und zwar sich zu organisieren, ohne bestimmte in der Enzyklika enthaltene Bedingungen zu erfüllen. Die Herren Arbeiterführer, die jahrelang den Mund nicht genug vollnehmen konnten, um die Selbstständigkeit der christlichen Gewerkschaften und ihrer Mitglieder hervorzuheben, sind auf des Bischofs Befehl in der Erzdiözese Trier ins laudimische Hoch geflohen. Sie haben hier ihr Spiel gegenüber den Berlinern verloren und haben den Kampf gegen diese einstellen müssen. Die Zentrumsorgane, die, wie z. B. die „Saarpfost“, stets zur Verteidigung der christlichen Gewerkschaften bereit waren und die mit ganz besonderem Hass die Berliner Richtung behandelte, öffneten ihre Spalten nur noch „Stimmen zum Frieden“. Noch gar! es hie und da ob der bischöflichen Vergewaltigung in den katholischen Arbeiterkreisen, aber die Zentrumsorgane tun alles, um jede Opposition gegen den geistlichen Oberhirten niederzuhalten.

Interessant sind auch die Richtlinien, die jetzt in ihrem Wortlaut bekannt werden und die der Bischof für die katholischen Arbeitervereine beider Richtungen festlegte. Sie lauten:

- 1. Alle katholischen Arbeitervereine der Diözese Trier schließen sich dem Diözesanverband an.
2. Der Diözesanverband wacht als solcher über die religiöse und sittliche Betätigung der Vereine.
3. Im Vorstande des Diözesanverbandes erhalten auch Vertreter der nicht in Berlin angeschlossenen Vereine pro rata Sitz und Stimme.
4. Christlich organisierte Arbeiter, die sich einem katholischen Arbeiterverein anschließen, sind nur zu einem Lokalbeitrage verpflichtet. Die brauchen das Berliner Verbandsorgan nicht zu

halten, haben aber auch in Angelegenheiten des Berliner Verbandes kein Stimmrecht.

5. In den Vereinen des Diözesanverbandes darf von Vereinswegen kein Blatt gehalten werden, das die Bestimmungen des St. Paters in seiner Enzyklika „Singulari quadam“ mißachtet oder bekämpft.

6. Entstehende Schwierigkeiten werden von den Leitern des Diözesanverbandes unter dem Vorbehalt des Bischofs oder seines Vertreters geregelt.

Also, alle Vereine haben sich dem Diözesanverband anzuschließen, ob sie wollen oder nicht. Christliche Gewerkschaftler haben sich den katholischen Arbeitervereinen anzuschließen; aber sie brauchen das ihnen so verhasste Blatt „Der Arbeiter“ — Berlin nicht zu halten, jedoch dürfen die Arbeitervereine ihnen keinen Ersatz dafür bieten. Das geht die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ an. Beginnt diese ihre bisherige Taktik in der Gewerkschaftsfrage aufzugeben, bemüht sie sich, die katholischen Arbeiter genau zu den Grundzügen der genannten Enzyklika zu erziehen, dann darf sie Eingang auch in die katholischen Vereine der Diözese Trier finden. Nebenfalls aber erst nach längerer Prüfungszeit. Alle Entscheidungen in der Arbeitervereinsbewegung, soweit sie gewerkschaftlicher und strittiger Natur sind, trifft der Bischof oder sein Stellvertreter.

Nun wissen wir, wohin die christlichen Gewerkschaften geraten sind und uns wundern ihre Schurkenstreiche an der Arbeiterschaft bei Streiks, Lohnbewegungen und anderen Gelegenheiten nicht mehr. Die christlichen Gewerkschaften haben angefangen, sich auf die Enzyklika „Singulari quadam“ einzurichten. Das besagt genug.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Böttcher! In der Malzbierbrauerei Groterjan, Prinzenallee 19/20, haben sämtliche Böttcher die Arbeit niedergelegt. Die Direktion hat die gemachten Zugeständnisse in der Tarifstreitfrage nicht innegehalten. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Brauerei ist für Böttcher gesperrt.

Verband der Böttcher, Weinstäber und Hilfsarbeiter.

Deutsches Reich.

Gegenseitigkeitsvertrag über Agitationsgebietenabgrenzung.

Durch verschiedene Gewerkschaftsblätter geht eine Notiz, wonach zwischen dem Verbands der Sattler und Portefeuller und dem der Tapezierer ein Gegenseitigkeitsvertrag über Agitationsgebietenabgrenzung und Uebertritt von Mitgliedern abgeschlossen worden ist, der am 1. Oktober 1913 in Kraft tritt. So weit ist es noch nicht. Die Leitungen beider Verbände haben allerdings in mehreren Sitzungen sich über Vorschläge geeinigt, die den Mitgliedern in den Verbänden bekannt gegeben worden sind und vorüber in den Verbandsblättern diskutiert werden soll. Erst wenn diese Aussprache abgeschlossen ist (Mitte August d. J.), werden die Verbandsvorstände, den Wünschen der Mitglieder möglichst Rechnung tragend, zur endgültigen Regelung und zum Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages zusammentreten.

Die Aussperrung der Perlenarbeiter im Fichtelgebirge.

Die Fabrikanten der Perlenindustrie fühlen sich noch immer nicht veranlaßt, die Aussperrung der Perlenmacher aufzuheben, trotzdem der Mehrzahl der Unternehmer das Messer bereits an der Kehle sitzt. Einige Unternehmer haben versucht, die Arbeiter zur Rückkehr zur Arbeit zu bewegen, und sie haben die gewünschte Lohnserhöhung bewilligt. Dagegen harret der übrige Teil der Industriellen noch auf eine bedingungslose Rückkehr der Perlenmacher. Die Arbeit ruht noch in vollem Umfange, denn die Arbeiter lehnen es ab, nur bei einigen Fabrikanten die Arbeit aufzunehmen, weil die Möglichkeit besteht, daß diese dann Streikarbeit für die übrigen Betriebe liefern. Einige Industrielle hatten bereits auf die Rückkehr der Arbeiter bestimmt gerechnet und ihre Oefen in Betrieb gesetzt. Die Herren hatten sich aber unnötige Ausgaben gemacht und mühen die Feuerung wieder löschen, denn die Arbeit wird nur dann aufgenommen, wenn alle Arbeiter in vollem Umfange wieder eingestellt werden.

Da die Industriellen Kaufhäuser haben und die Arbeiter bisher zwanzen, ihre Waren bei demjenigen Industriellen zu kaufen, bei dem sie arbeiteten, so stehen jetzt auch die Kaufhäuser völlig still, denn die Arbeiter lehnen es ab, ihre Streikunterstützung zu Leuten zu tragen, von denen sie einer geringen Lohnforderung wegen ausgesperrt wurden. Der eine Industrielle besitzt sogar eine Brauerei.

Die Arbeiter wurden gezwungen, ihr Bier aus dieser Brauerei zu nehmen; auch das ist seit der Aussperrung abgelehnt und so leiden die Herren auf zwei Seiten.

Es steht daher zu erwarten, daß die Aussperrung nicht mehr lange anhält und daß die Herren die verlangte Lohnforderung bewilligen müssen.

Eine glatte Maßregelung wegen Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation

Ist die Entlassung von sechs Tischlern der Margarinefabrik Jürgens und Pringen in Goch. Als Grund gibt die Firma allerdings Arbeitsmangel an; aber das kann als wahrer Grund nicht anerkannt werden. Die Entlassenen sind alle verheiratet, während ein junger Lediger, der zudem auch später im Betrieb angefangen hat, weiterarbeiten soll. Derselbe ist unorganisiert und wird auf alle mögliche Art bedrängt, weil er der Sohn eines Jagdaufsehers von Herrn Jürgens ist. Die Entlassung wirkt umso aufreizender, weil kurzzeitig Goch ein Tischlerstreik bei den Meistern geführt wird, so daß es den Entlassenen nicht möglich ist, in Goch in andere Stellen zu kommen. Der Vorklag des Gocher Vorstehers vom Deutschen Holzarbeiterverband, die Arbeitszeit zu verkürzen oder Feiertagen einzulegen, wurde kurzherab abgelehnt, obgleich es im Betriebe für andere Branchen üblich ist, Feiertagen einzulegen. Bei den Tischlern ist es vielmehr deshalb nicht möglich, weil sie fast alle organisiert sind und sich nicht mehr alles gefallen lassen wollten. Auch will sich die Firma wahrscheinlich vor Lohnforderungen schützen, die beim Ablauf des jetzt bestehenden Vertrages am 1. Oktober erhoben werden müssen, weil die Löhne für die Tischler in der Stadt bei den Meistern höher sind, als in der Margarinefabrik. Die Lohnverhältnisse fordern die Kritik ganz energig heraus. Bei einer Akkordarbeit brachten es die Tischler trotz des größten Fleißes nur auf 85 Pf. Verdienst pro Stunde. Das Verlangen, für diese Arbeit wenigstens einen Stundenlohn von 88 Pfennig auszuzahlen, wurde abgelehnt. Das ist die große Bestürzung, die ihre Produkte fast ausschließlich in Arbeiterkreisen absetzt und die aus diesem Grunde doch eigentlich schon auf einigermassen friedliche Verhältnisse mit der Arbeiterschaft setzen sollte. Die Arbeiterschaft des Betriebes, die ja sowieso ängstlich ist, soll durch diese Maßregelung von der Organisation abgedreht werden. Da ist es die Pflicht der organisierten Arbeiterschaft von ganz Deutschland, daß sie zu solchen Herrschergeleuten Stellung nimmt.

Die Berliner Gewerkschaftskommission

hielt am Montag eine Sitzung ab, in der als 1. Punkt der Bericht der Sekretäre gegeben wurde.

Körsten verwies eingangs seiner Ausführungen auf den gedruckten Jahresbericht, sowie den ausführlichen Auszug im „Vorwärts“. Redner gibt eine Reihe von Erläuterungen und Ergänzungen zu dem Bericht. Zur Frage der Arbeitslosigkeit erklärte Redner, daß hier die Gewerkschaften sehr bald Schritte unternehmen werden, die zu einer einigermaßen günstigen Lösung dieses schwierigen Problems im Sinne der Arbeiter führen müssen. Man unterscheide heute schon zwischen „verschuldeter“ und „unverschuldeter“ Arbeitslosigkeit, wie es in Straßburg schon zum System geworden sei, mit dem die Gewerkschaften sich jedoch nicht einverstanden erklären können.

Bzüglich des Gewerbegerichts könne man nunmehr von einer Stabilität der Prozesse sprechen, diese hätten anscheinend den Höhepunkt erreicht. Die Popularität der Gewerbegerichte habe nachgelassen. Es zeige sich das Bestreben, die Prozesse immer mehr nach den Vororten Berlins zu ziehen. Die Arbeiterbesitzer haben an Ansehen so gewonnen, daß ihre Grundstücke schon weit über Berlin hinaus, ja für ganz Deutschland Geltung erlangt haben.

Das Einigungsamt habe bei den Unternehmern an Zustimmung verloren, diese zögen es heute schon vielfach vor, lieber von Partei zu Partei zu verhandeln.

Die Wahlbeteiligung bei der Gewerbegerichtswahl im Vorjahre sei eine gute zu nennen. Wir könnten mit der Situation zufrieden sein.

Die Jugendfürsorge, die seit vier Jahren in den Händen der Gewerkschaften liege, gehe gut vor sich, erfordere aber die angestrengteste Arbeit. Zu bebauern sei, daß in dem neuen Jugendgerichtsgesetz die Frauen als Schöffe ausgeschaltet sind. Die Frage der Vormundschaft verdiene ernste Beachtung zum Wohle der Arbeiterjugend. Unser Grundgesetz sei: Ein Mann, eine Pflanz!

Der zweite Referent Ritter nannte das Jahr 1912 gewerkschaftlich ein Durchschnittsjahr, der gewerkschaftliche Gedanke sei aber keinesfalls in den Hintergrund gerückt, wenn nicht alles nach Wunsch gehe, so liege das an der absteigenden

Kleines Feuilleton.

Die Bühne als Gewissensweckerin. Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten läßt am Mittwoch im Deutschen Theater das Tendenzdrama „Die Schiffbrüchigen“ von Drieux aufführen — zur Warnung vor den Folgen der Syphilis. Die Absichten, die hierbei verfolgt werden, kennzeichnet eine Einführungsschrift. Einer der größten Fortschritte unserer Zeit — heißt es darin — ist es, daß die heutige Medizin sich nicht mehr mit der stillen Laboratoriumsarbeit des Forschers und der hellenden Tätigkeit des Arztes begnügt, sondern ein unerlässliches Mittel im Kampfe gegen alle großen Volksleiden, gegen die Tuberkulose ebenso wie gegen den Alkoholismus und die Syphilis in der umfassenden Aufklärung weiter Bevölkerungskreise erblickt.

Sicher reicht die Kenntnis aller dieser Gefahren nicht aus zu ihrer Bekämpfung; sicher geht gerade bei den Geschlechtskrankheiten die Leidenschaft oft mit dem Verstande durch, aber auch Tausende fallen der Unwissenheit zum Opfer, und sie zu retten ist ein Gebot wahrer Menschlichkeit.

Ein französischer Dramatiker hat es gewagt, die Verheerungen der Syphilis dramatisch darzustellen, wahrlich, ein Stoff, den man kaum für Bühnenfähig halten sollte. Er entrollt die Tragödie eines Syphilitikers, der gegen den Rat des Arztes ungeheilt eine Ehe eingeht und die furchtbare Krankheit nun in die neubegründete Familie hineinträgt. In wenigen packenden Szenen bringt er eine solche Fülle eindrucksvoller Tatsachen, daß diese, wie ein zeitgenössischer Schriftsteller sagt, in der unmittelbaren und eindringlichen Anschaulichkeit der Bühne eine pädagogische Durchschlagkraft gewinnen. Die kein Vortrag erreicht und die Hunderte von Broschüren und Aufklärungsschriften vergebens anstreben. Man spürt die ungeheure Suggestionskraft der Bühne und des auf der Bühne gesprochenen Wortes. Die Kunst des dramatischen Dichters ist in ihrer Wirkung die unmittelbarste und damit zugleich die verantwortungsvollste. Nichts wirkt entsetzlicher als die zotige Pöffe, nichts fülllicher als das aus reiner Dichterseele geborene Drama. Und man darf angehtig dieser tiefen und dauernden Wirkungsmöglichkeiten nicht unter Anrufung aller Götter der Keßheit und der Kunst mit Keulen dreinschlagen, wenn auch die Bühne sich der Aufklärungsarbeit bemächtigt.

Warum soll man dann nicht auch ein Wort über die Krankheiten hören dürfen, die der Prostitution folgen und sich an dem, der die Prostituierte kauft, bis zu dem dritten und vierten Geschlecht rächen? Wenn die dramatische Kunst sich nicht damit begnügt, die Blunderkonflikte der Ehebrüche und die Situationskomik der Personenverwechslung in tausendfacher Variation immer wieder von neuem zu bearbeiten, sondern das Leben packt, wo seine großen und wahren Konflikte sich abspielen, dann kann man die Bühnenszene mit Recht als das bezeichnen, als was Schiller sie aufgefaßt wissen wollte: als moralische Anstalt. Sittlich geläutert und im Innern er-

schüttert, voll Furcht und Mitleid haben überall, wo „Die Schiffbrüchigen“ aufgeführt wurden, die Zuschauer das Theater verlassen.

Paradies Juchthaus. Ein Inzesse eines Militärgenängnisses hat einen Brandstiftungsversuch gemacht. Grund? Er wollte aus dem Militärgenängnis ins Juchthaus kommen, brauchte dann auch nicht die noch fehlende Zeit abzudienen.

Gewiß ein Verbrecher, denn er hatte schon allerhand Dinger hinter sich. Aber kein Einzelsall. Warum erleben wir immer wieder, daß Leute um scharfe Strafe — d. h. um das Juchthaus — bitten, nur um nicht in die Gewalt weissen zu fallen? der Verwaltungsbehörden.

Hier liegt genau das gleiche vor wie beim Arbeitshaus. Die bürgerlichen Blätter berichten jedesmal, wenn ein Zuhälter bestraft wird: „Nichts nämlich fürchten derartige Elemente mehr als das Arbeitshaus“. Aha! denkt der kluge Leser — da müssen sie nämlich arbeiten.

Keine Spur. Die Militärsstrafgefangenen und die Arbeitshausler ziehen das Juchthaus vor, weil sie instinktiv fühlen, daß sie nicht vor Strafe — aber vor Willkür geschützt sind. Da gibt es Revisionen, eine gewisse Kontrolle.

Anderst bei den Verwaltungsbehörden. Da hat eine Ueber-tretung der Hausvorschriften ein anderes Gesicht als im Juchthaus. Da ist ein Verbrechen, was dort ein Vergehen ist. Wer schlägt gegen die „Hausväter“ der Arbeitshäuser? Was sind das für Leute? Das weiß man nicht. Ein bestimmter Bildungsgrad wird von ihnen nicht gefordert. Der Häftling ist ihren Schikanen wechelos überlassen. Und die Folge davon? Die Erbitterung, die sich ansammelt, muß heraus, wenn der Mann wieder in die Freiheit kommt. Prozesse haben es aber auch bewiesen, daß Größenwahn und Sadismus unter diesen Voränden nicht selten sind. Wer schlägt? Niemand. Beim Juchthaus ist eine Beschwerde denkbar. Hier nicht. Das ist eine große Postzeitwachstube. Und da ist es aus.

Militär und Arbeitshaus: der letzte Schein von Recht ist hier gewichen. Hier regiert das Maul und die Faust.

Aus der Welt der Nichtigkeiten. Vier Toiletten den Tag — das ist das mindeste, was eine Pariser Modeschrift den Damen von heute vorschreibt, wenn sie elegant und possand angezogen sein wollen. Zunächst muß sie, wenn sie ihr Deshabille (Nacht-kostüm) verläßt, ein elegantes Hauskleid anlegen, in dem sie des Morgens beim Frühstück erscheint. Zum Ausgang wirft sie sich in ihr Promenadenkostüm, und wenn sie nachmittags zum Shopping oder in ein vornehmes Restaurant geht, dann legt sie eine kostbare Nachmittags-toilette an, die sich in der Drapierung des Rodes wie in der ganzen Garnierung vom Strohkleid himmelweit unterscheidet. Für den Abend ist dann die Gesellschaftstoilette vorgeschrieben. Bedeutet man nun die unglücklichen Kleinigkeiten, vom Schuh und den Dessous bis zu den Handschuhen und dem Schirm, die, um zu jeder der Toiletten in Harmonie zu stehen, stets ebenfalls in verschiedener Farbe und Ausführung angelegt werden

müssen, so wird man begreifen, daß die elegante Frau den größten Teil des Tages mit dem An- und Auskleiden verbringen muß — und zur Puppe wird.

Humor und Satire.

An Gerhart Hauptmann.

Ich will Dir nicht ein gewisses Talent bezüglich der Dichtkunst bestreiten — Manch Vichlein, das man von Dir kennt, hat seine sympathischen Seiten.

Du hast entschieden von Natur Anlagen und Qualitäten — Mitunter merkt man sogar die Spur eines ganz passablen Poeten.

Du wärst darum in manchem Betracht Der Meister der Dichterrimung — Doch fehlt Dir, was erst den Dichter macht: Die vorchristmähige Gesinnung!

Das vaterländisch-naive Gemüt, Das bedingungslos schwarz-weiß-rote, Das selbst noch für Otto den Faulen ergläht, Und das Herz, das dynastisch durchlochte!

Dir mangelt des Geistes strenge Sucht, Die bei Gutgefimmten stets da ist, Und deren schönste und edelste Frucht Das dreifach gestrichene Hurra ist!

's ist schade, mein Lieber! Du hast das Format, Hast manch Verdienst um die Dichtung — Doch leider eine im preußischen Staat Ganz indistinktable Dichtung!

A. D.

Notizen.

— Bühnenchronik. Harry Walden, der schon seit vielen Jahren sich auf Gastspielreisen betätigt, ist an das Wiener Burgtheater engagiert worden.

— Ein städtisches Museum in Erfurt. Die Stadtverordneten in Erfurt bewilligten für die Errichtung eines städtischen Museums 600 000 Mark und beauftragten den Professor van der Velde in Weimar mit der Ausarbeitung eines Projektes.

— Verbieten ist, was erlaubt. Zu einer Zeit, da Hauptmanns Festspiel bereits abgesetzt war, wird ein Erlaß veröffentlicht, wonach „des Königs Majestät zur öffentlichen Aufführung des von Dr. Gerhart Hauptmann zur Erinnerung an die Freiheitskriege der Jahre 1813, 1814 und 1815 verfassten Festspiels, in welchem in einer kurzen Szene König Friedrich der Große auf der Bühne erscheint, die Genehmigung zu erteilen geruht haben“.



Konjunktur. Bei der Arbeitslosenfrage werde in der Frage, wie zu helfen sei, individuell vorgegangen werden müssen.

Rebner schließt mit einem hoffnungsvollen Ausblick für die künftige Zeit.

Linz geht ausführlich auf die sozialpolitischen Verhältnisse ein und gibt aus seinen vielen Erfahrungen eine Fülle von Anregungen und Hinweisen.

### In der Diskussion

Bemängelt Werner (Transportarbeiter) die Abfassung des Massenberichts. Die Auffassung des Massenberichts müsse in Zukunft wieder so erfolgen, wie es früher immer war, daß man jederzeit daraus ersähen könne, wieviel jede Gewerkschaft als Beitrag zu den Kommissionen und zum Monatsfonds beigetragen hat. Mehr funktionäre zur Jugendpflege abzugeben als bisher, wäre den einzelnen Organisationen kaum möglich.

In der Kritik über die Abfassung des Berichts ist Kötter mit Werner einverstanden, es liege dies an der „Vorwärts“-Druckerei, die den Bericht im kommenden Jahre wieder wie früher herstellen werde.

Die Frage der Vormundschaft und der Jugendpflege wird von der organisierten Arbeiterschaft in vollem Umfang gelöst werden.

Die Neuwahl des Ausschusses der Gewerkschaftskommission hatte die einstimmige Wahl folgender Genossen zur Folge: Baumgarten, Cohen, Mich. Kung, Raf, Bruns, Schuld, Schulze, Ullrich. Als Revisoren wurden wiedergewählt: Kwasnik und Leopold, neugewählt Schmidt.

## Letzte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Danzig, den 22. Juni.

Der heutigen Schlusstagung lagen noch zwei wichtige Punkte zur Erledigung vor: die der Beschwerden und die Entgegennahme des Berichts der Kommission zur Bearbeitung der Anträge des gesamten Unterstützungswesens. Die erstere Materie, rein persönlicher Natur, nahm die Gesamtheit der Vormittagsführung in Anspruch, so daß der wichtigste Punkt der Tagesordnung, die Erledigung der Anträge zum Unterstützungswesen, nur noch die Nachmittagsführung übrig blieb. Es wurden deshalb schon Stimmen laut, die der Befürchtung Ausdruck gaben, daß der Verbandstag auch den Montag noch werde in Anspruch nehmen müssen. Doch die Sache kam anders. Der Kommissionsberichterstatler Fuhs-Wannheim appellierte gleich bei der Einleitung seines Berichts dafür, daß der Verbandstag die Vorschläge der Kommission ohne Debatte annehmen möge, da sie auf einem Kompromiß beruhten, das nach langen Auseinandersetzungen und nach Erwägung aller in Betracht kommenden Umstände zustande gekommen sei und ein Eintritt in die Beratung von Einzelwünschen unter Umständen den ganzen Aufbau gefährden könnte. Die Kommission habe im Rahmen der bestehenden Verträge eine

### Umarbeitung der Unterstützungseinrichtungen

in dem Sinne vorgenommen, daß ein gerechterer Austausch zwischen Leistung und Gegenleistung gegeben sei, wobei man bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Die Kommission habe aber auch auf dem prinzipiellen Standpunkt gestanden, daß jede weitere Erhöhung der Unterstützungen ausgeschlossen bleiben und der Ausbau innerhalb der Organisation mehr dem gewerkschaftlichen Charakter Rechnung tragen müsse: „Wir wollen gute Gewerkschaftler und nicht bloße Massenmenschen sein“, bemerkte der Berichterstatler. Aus diesen Gründen müßten alle Anträge, die eine Erhöhung des Krankengeldes, der Sterbeunterstützungen usw. fordernten, abgelehnt werden. Der Referent ging dann zur Motivierung der einzelnen Positionen über, wobei er betonte, daß die Kommission sich von dem Grundsatze habe leiten lassen, daß bezüglich der Kranken- und Krankenunterstützung neben einem gerechteren Ausgleich auch eine größere Einseitigkeit notwendig sei. Es wird deshalb sowohl für den Bezug des Krankengeldes wie für die Krankenunterstützung eine zehnprozentige Beitragsleistung in Vorschlag gebracht. Bisher bestand für den Bezug der Krankenunterstützung eine sechsprozentige Karenzzeit und für den Bezug des Krankengeldes eine solche von 13 Wochen. Die Einseitigkeit ist hier somit auf der Grundlage erfolgt, daß zugunsten der Erkrankten Abstriche an der Bezugszeit für Krankenunterstützung gemacht sind. Aus denselben Gründen schlägt die Kommission eine zehnwöchentliche Karenzzeit sowohl für die Ausgesteuerten wie für die Wiedererwerbenden und für die wieder arbeitsfähig werdenden Invaliden vor.

Die Wünsche bezüglich der Ordnerunterstützung sind sehr vielfältig und gehen außerordentlich weit auseinander. Die Kommission hat sich mit dieser Position den Vorschlägen des Verbandsvorstandes angeschlossen und empfiehlt folgende Sätze:

Bei 75 Beitragsleistungen	1,25 M. bis zu 10 Wochen	= 70 Tagen
150	1,75	= 140
200	2,25	= 210
300	3,25	= 280
400	4,25	= 350

Der Ganztagsschuh in Höhe von 50 Pf. täglich bleibt für die Gegenseitigkeit maßgebend. Ortszuschüsse irgend welcher Art bedürfen der Genehmigung des Verbandsvorstandes. Die Reiseunterstützung von 1 M. pro Tag soll nach mindestens 75 Beitragswochen auf 1,50 M. erhöht und für 175 Tage gezahlt werden und nach einer Beitragsleistung von 200 Wochen in der alten Höhe von 280 Tagen bestehen bleiben. Neben diesen Hauptpunkten sieht die Vorlage noch eine ganze Anzahl von Bestimmungen vor, die sich teilweise auf die Einzelregulierung der verschiedenen Positionen, teilweise als Sicherheitsbestimmungen gegen böswillige Ausnutzung der Unterstützungseinrichtungen anzuwenden sind. Erwähnt sein mag noch, daß die Gemahregelien der Krankenunterstützung von 2 M. auf 2,50 M. hinaufgesetzt und daß für den Bezug der Invalidenunterstützung die Karenzzeit auf 450 Wochenbeitragszeit bzw. auf 700 Beitragswochen verlängert worden ist. Die Invalidenunterstützung, die 1 M. beträgt, soll für die älteren Verbandskollegen mit einer Beitragsleistung von 750 bzw. 1000 Wochen über die Karenz hinaus, 1,25 bzw. 1,50 M. betragen.

Der Berichterstatter bittet am Schluß seiner Darlegungen nochmals um einstimmige Annahme der Vorschläge und hat die Genehmigung, daß die Generalversammlung unter lebhaften Beifallsbezeugungen die Vorschläge debattellos akzeptiert, nachdem Haber Berlin der Kommission für ihre gründliche Arbeit Dank gesagt und darauf hingewiesen hat, daß in der jetzigen Lage das geboten wurde, was zu bieten möglich war und daß insbesondere der gewerkschaftliche Charakter der Organisation in den Vordergrund gestellt wurde.

Die neuen Unterstützungseinrichtungen treten mit dem 1. Januar 1914 in Kraft.

Es finden nun noch einige während der Tagung zurückgelassene Anträge ihre Erledigung. Bezüglich der Stellung des Verbandes zur „Volkshilfe“ erklärt Döblin, daß er in der Aussprache mit den Vorstehenden der übrigen Verbände und der Verwaltung des Unternehmens wie auch in der Aussprache mit der General-Kommission verbindende Versprechungen für die Organisation nicht übernommen habe. Es stehe daher den Mitgliedern frei, für ihre Person irgendwelche Funktionen für die Volkshilfe zu übernehmen oder nicht. Für selbstverständlich halte er es, daß die Kollegen dort für die „Volkshilfe“ Propaganda machten, wo sich ihnen entsprechende Gelegenheit dazu biete.

Döblin gibt nun noch ein Resümee von den Verhandlungen, von Graßmann wird die stätliche Zahl von Begrüßungstelegrammen verlesen, der französische Delegierte Kortikow Paris und der ungarische Delegierte Rothstein Budapest halten Ansprachen, zwischen dem Verbandsvorstande und der örtlichen Kommission werden gegenseitige Dankbezeugungen ausgetauscht und dann wird der Verbandstag geschlossen.

## Aus Industrie und Handel.

### Warenhäuser und Effektengeschäft.

Daß sich große Warenhäuser mit der Besorgung bankmännischer Geschäfte befassen, ist nichts Neues. Wir haben in Deutschland verschiedene Warenhäuser mit eigenen Bankabteilungen oder mit Depositionskassen von Großbanken. An sich ist hiergegen auch nicht viel einzuwenden. Der Spekulationstrieb wird im ganzen Lande schon durch die zahllosen Depositionskassen großer und kleiner Banken kräftig angeregt und gefördert. Es kommt also auf eine derartige Einrichtung mehr oder weniger nicht an. Nämlich bedenklich erscheint jedoch eine Aneuerung, die das Warenhaus Simbel Bros in New York eingeführt hat. Die „Confectionair“ mittelst, offeriert diese Firma ihren Kunden für 100 000 Dollar der neuen 4 1/2-prozentigen New Yorker Anleihe. Die Stücke werden zum Kurse von 100,125 angeboten, d. h. etwas billiger als der offizielle Börsenkurs. Ein solches Vorgehen eröffnet ungeahnte Perspektiven. Wie wäre es in Deutschland mit Ausnahmetagen für preußische Konsols! Oder „Respartien dreiprozentiger Reichsanleihen“! Die Finanzgenossen der amerikanischen Warenhäuser rechnen nicht mit der Kundenschaft der Milliardäre. Sie begnügen sich mit den kleineren Kapitalisten ohne große Ersparung. Diese können schon Stücke zu 10 Dollar kaufen und hierdurch zu Börsenspielen werden. Man muß nämlich berücksichtigen, daß in England und in Amerika Börsenpapiere zu wesentlich niedrigeren Nominalbeträgen ausgegeben werden dürfen, als in Deutschland. Wenn aber Anteile zu 20 oder 40 M. ins große Publikum gebracht werden, dann bedeutet dies ganz entschieden eine geradezu unheimliche Erweiterung des Marktgebietes der Börsenpapiere. Dann ist den Deutezügen der Großspekulanten, denen in Amerika auch ein großer Teil der Handelspresse zu allen denkbaren Zwecken zur Verfügung steht, Tür und Tor geöffnet. Jede Beunruhigung des Marktes muß an den Effektenlagern der Warenhäuser nette Szenen zur Folge haben. Simbel Bros. haben in vorsichtiger Weise mit dem billigeren Verkauf von Stadtanleihen den Anfang gemacht. Dieser Geschäftszweig wird aber bald ausgedehnt werden. Es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis Simbel Bros. alle Arten von Effekten um Bruchteile von Prozenten unter dem Marktpreise verkaufen. Besonders in den Papieren, die zum offiziellen Börsenhandel nicht zugelassen sind, ließe sich manches gute Geschäft machen. Angeblich hat das New Yorker Publikum auf diese Erweiterung der Warenhausartikel sofort „sehr lebhaft reagiert“. Sehr viele kleinere Spekulanten und Kapitalisten in und um New York haben von der günstigen Gelegenheit Gebrauch gemacht. In Deutschland wird dieses Beispiel so bald noch keine Nachahmung finden können, da hier nur relativ hohe Einheiten gehandelt werden können. Die deutschen Warenhäuser werden es also nach wie vor den Depositionskassen der Banken und den Anleihenbankiers überlassen müssen, das Verständnis für das Börsenspiel in weitere Kreise zu tragen.

Die deutsche Eisen- und Stahlausfuhr gewährt auch im Monat Mai noch ein recht befriedigendes Bild. Sie beträgt:

	1912	1913	1912	1913
	Tonnen	Tonnen	Mark	Mark
Januar	483 154	499 913	81 854 000	103 048 000
Februar	479 694	501 754	94 948 000	105 280 000
März	489 040	602 928	100 288 000	126 542 000
April	497 991	587 150	93 856 000	113 294 000
Mai	486 647	550 617	91 580 000	109 882 000

Seit Jahresbeginn 1913 berechnet sich nunmehr die gesamte deutsche Eisen- und Stahlausfuhr auf 558 055 000 M. gegen 463 297 000 M. in der vorjährigen Parallelzeit, so daß also das Reich in fünf Monaten bereits annähernd 100 Millionen Mark betragt.

## Soziales.

### Schmiergelder.

Ueber einen typischen Bestechungsversuch verhandelte gestern das Schöffengericht Dortmund infolge eines Strafantrags des Vereins gegen das Bestechungswesen, Sig. Berlin. Die Vertreter zweier Maschinenfabriken in Düsseldorf und Borsbe, die als Spezialität Wädereimaschinen herstellen, konkurrieren um die Lieferung einer Antriebsmaschine an eine Bäckerei in Bern. Der Vertreter der Düsseldorfer Fabrik versuchte seinen Konkurrenten dadurch zu schlagen, daß er dem Erstgenannten des Bäckereimeisters einen Hundertmarktschein als Schmiergeld anbot. Das Gericht verurteilte den Vertreter zu fünfzig Mark Geldstrafe oder ersatzweise zu zehn Tagen Gefängnis. — Am 20. Juni hatte die Strafkammer Köln auf Antrag des Vereins gegen das Bestechungswesen zwei Kaufleute wegen Bestechung zu je fünfhundert Mark Geldstrafe verurteilt.

### Der Eisenbahnfiskus als Lebensvernichter.

Fast täglich ereignen sich schwere Unglücksfälle an Bahnübergängen. Der sparame Fiskus hält eben an dem völlig veralteten System fest, daß auch Schnellzüge Streden passieren können, die nicht einmal eine Schranke haben, um das Publikum zu schützen. Der Fiskus zahlt den Hinterbliebenen seiner Opfer eine Rente, wenn er gar nicht anders kann oder läßt es auf einen langwierigen Prozeß ankommen. Unerlässlich bleibt die dringende Forderung nach Abhilfe durch Errichtung von Schranken für jeden Straßenübergang oder einer Unterführung des Bahnammes. Solche wichtige Änderungen kosten eben Geld, welches ja jetzt für „nötigere“ Ausgaben verwendet werden muß.

Der eben erschienene Bericht der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft meldet, daß an Eisenbahnübergängen allein bei unserer Genossenschaft regelmäßig fast alle zwei bis drei Monate ein Führer überfahren und der Vierfahrer und sein Mitfahrer schwer verletzt oder zumeist sogar getötet wird.

Die Berufsgenossenschaft hat kein Wort des Tadels gegen den sparamen Fiskus, sondern registriert nur und warnt die Vierfahrer.

Etwas deutlicher wird der Bericht nur später bei Punkt: Prozesse. Hier werden einige Fälle wie folgt gemeldet:

In den im vorjährigen Bericht erwähnten Prozessen gegen den Eisenbahnfiskus wegen des Unfalls des Vierfahrsers Kalla und des Vierfahrsers Anton haben die Oberlandesgerichte Breslau und Königsberg zu unseren Gunsten entschieden. Während jedoch das Urteil in der Sache Anton rechtskräftig geworden ist, hat das Reichsgericht auf Berufung des Eisenbahnfiskus das oberlandesgerichtliche Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Oberlandesgericht Breslau verwiesen, weil dieses bei derlichen Verhältnisse nicht richtig berücksichtigt habe. Die schließliche Entscheidung steht also hier noch aus.

Recht bezeichnend ist nachfolgende Schilderung:

Vor dem Oberlandesgericht Raumburg schwebt noch unser Prozeß gegen die Eisenbahndirektion Erfurt wegen des tödlichen Unfalls des Chauffeurs Voens, der an einem Eisenbahnübergang in der Nähe von Mühlhausen i. Thür. mit seinem Lastautomobil vom Eisenbahnzuge erfasst und nebst dem ihn begleitenden Mitfahrer getötet wurde. Während uns unsere Aufwendungen für die Hinterbliebenen des Mitfahrers Emmerich von der Eisenbahnverwaltung ersetzt worden sind, bestreitet diese ihre Ersatzpflicht hinsichtlich des Chauffeurs Voens, weil derselbe den Unfall selbst verschuldet habe. Nach den Feststellungen bei der Unfalluntersuchung, ebenso wie bei der gerichtlichen Beweisaufnahme, die von dem Prozeßgericht, dem Landgericht Erfurt, veranlaßt wurde, ist der Eisenbahnübergang nicht mit Schranken versehen und außerordentlich gefährlich, weil die Straße bis kurz vor dem Uebergang durch vorgebaute Häuser völlig unübersichtlich ist. Obwohl dies sogar von dem Bürgermeister des betreffenden Ortes ausdrücklich bezeugt wurde, und die Gemeinde bei der Eisenbahnverwaltung wegen der Anbringung von Schranken vorstellig geworden war, hat uns das Landgericht mit unserer Klage abgewiesen. Doch hoffen

wir in der Berufungsinstanz eine günstigere Entscheidung zu erwirken.

Der Eisenbahnfiskus wußte, daß diese Mängel vorhanden waren, wurde sogar von der Gemeindeverwaltung um Abhilfe ersucht und trotzdem blieb alles beim alten. Jetzt hat die fiskalische Sparamkeit am unrechten Orte wieder zwei Opfer gefordert, und trotzdem wird die nötige Schranke noch nicht angebracht sein, obwohl der Zustand nach amtlichem Bericht „außerordentlich gefährlich“ sei.

Das Landgericht, welches sich im vorliegenden Falle auf Seiten des Fiskus gestellt hat, wird jedenfalls eine „prinzipielle“ Entscheidung der höheren Stelle erst abwarten wollen.

Der Bericht meldet in einem weiteren Falle:

Gegen die Eisenbahndirektion Bromberg mußte die Klage anhängig gemacht werden wegen Ersatz unserer Aufwendungen aus dem Unfall des Vierfahrsers Mich. Faluch, der nachts an einem weber mit Schranken noch durch Beleuchtung gesicherten Eisenbahnübergang mit seinem Führer getötet wurde. Es kommt hier wieder die für uns so wichtige Frage in Betracht, wie weit die Eisenbahnverwaltung für Anbringung solcher Sicherheitsmaßregeln an Eisenbahnübergängen verpflichtet ist. Denn gerade derartige Unfälle sind außerordentlich häufig. (Vgl. das darüber im vorjährigen Bericht an dieser Stelle Gesagte.)

Im Sonderbericht der technischen Aufsichtsbearbeiter der Berufsgenossenschaft werden noch zwei weitere Fälle erwähnt:

Ein Lastautomobil, welches im Begriff war, einen Eisenbahnübergang zu kreuzen, wurde von einem Eisenbahnzuge angefahren, wobei der auf dem Anhängewagen stehende Mitfahrer getötet wurde. Hier handelt es sich wieder einmal um einen schrankenlosen Bahnübergang. Ein gegen den Chauffeur eingeleitetes Strafverfahren endete mit dem Freispruch des Chauffeurs.

Eine teilweise unübersichtliche Bahnstrecke, zwischen zwei staatlichen Zechenschächten, wird von einer Chauffee gekreuzt, ohne daß an der Kreuzung Wegschranken vorhanden sind. Der Führer eines Brauerei-Motorlastzuges hatte eines Tages von seinem verdedten Führer sich aus, welcher von der Betriebsverwaltung vorgeschrieben ist, und welcher seitlich ein Fenster hat, einen sich nähernden Zechenlastzug, bestehend aus Lokomotive, Pkw- und Sandwagen, nicht bemerkt, da ihm außerdem die Aussicht noch durch einen Wald behindert war und das Lötewerk der Lokomotive durch das Geräusch des Lastzuges überdönt wurde, wie später die durch die Staatsanwaltschaft vorgenommenen Versuche an der Unfallstelle ergaben. Der Brauerei-Motorlastzug wurde infolge dessen von dem Zechenzug erfasst, wobei sämtliche drei den Brauereilastzug begleitende Chauffeurs tödlich verunglückten.

Wie lange will der Fiskus noch mit Sicherheitsvorrichtungen warten? Damit ist es doch nicht getan, daß man die Schuld an dem Unfall mondmöglich auf den unbefonnenen Rufführer lenkt und diesen dafür verantwortlich macht, die arme Familie ohne Hilfe läßt oder im günstigsten Falle die Hinterbliebenenrente auszahlt und dann jahrelangen Prozeß mit der Behörde um den Ersatz der Aufwendungen führt. Menschenleben müssen geschützt werden, Familienväter ihren Kindern erhalten bleiben. Das ist mehr wert, als einige Millionen Rekrüderzuschuß aus dem Betriebe der „mellenden Kuh“, Eisenbahnbetrieb genannt.

Hier sollte das Reich eingreifen, dem nach Artikel 4 und 43 der Verfassung das Recht und die Pflicht zusteht, die nötigen Sicherheitsmaßnahmen zu schaffen.

### Einatmen von giftigen Gasen als Betriebsunfall.

Der Begriff „Unfall“ setzt voraus, daß das schädigende Ereignis plötzlich, das heißt in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum eingetreten ist. Ein Versperrter war nun während einer dreistündigen Arbeitsschicht in einem alten Sielgeschachte äblen Ausdünstungen ausgesetzt, die sich aus dem alten durchstränkten Rauerwerk und Erdreich entwickelten. Diese Einatmung der Gase führte zu einer Lähmung des Herzens und hatte nach 4 Tagen den Tod zur Folge.

Das Reichsversicherungsamt nahm einen Betriebsunfall als vorliegend an. In der Entscheidung heißt es:

Die Dünste oder Sielgase enthalten Teile giftigen Schwefelwasserstoffes und führen öfter zu Erkrankungen der Sielarbeiter; sie haben auch bei dem Maurer B., der bisher keine Sielarbeit verrichtet hatte, schon in der ersten Arbeitsschicht blasses Aussehen, Mattigkeit, Appetitlosigkeit, Durchfall, Reizung zum Schweißausbruch hervorgerufen und haben bei der schon bestehenden Vergiftung und Verletzung des Herzens ungünstiger als es sonst bei völlig gesunden Menschen geschieht, eingewirkt. Hiernach ist mit überwiegender Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß B. während seiner ersten dreistündigen Arbeitsschicht — und eine solche ist ein dem Erfordernisse der Pflichtigkeit noch genügender, verhältnismäßig kurzer Zeitraum — die schädlichen Sielgase eingeatmet und diese Einatmung zu einer Lähmung des Herzens und zum Tode geführt hat. Bei solcher Sachlage ist aber die Annahme eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen dem Tode und dem Einatmen der Gase infolge der Betriebsstätigkeit gerechtfertigt.

### Geschlechtskrankheiten und Bevölkerungsproblem.

Die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hielt am Sonntag in Berlin ihre Jahresversammlung ab. Ueber das erste Thema der Tagesordnung „Geschlechtskrankheiten und Bevölkerungsproblem“ führte Dr. Julian Marcuse (München) aus, daß die neuzeitliche Entwicklung des Wirtschaftens und Gesellschaftslebens entsprechend der Wertung des Einzelindividuums eine relative Anomie hat erziehen lassen, die ihren Ausdruck nicht nur in der Stellung des modernen Menschen in Gesellschaft, Recht und Sittlichkeit findet, sondern auch vor allem in der Umwertung innerer Ziel- und Streberichtungen im Sinne einer Persönlichkeits- und damit Wollen- und Handeln bestimmenden Kultur zu erblicken ist. Charakteristisch ist das Fehlen der Völker der Gegenwart durch die Ansammlung der Menschen in rasch wachsenden Gemeinwesen und durch die Bindung und Anknüpfung des Einzelnen an den Begriff der Arbeit, beide Erscheinungen herbeigeführt durch die wirtschaftliche und sozialen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte. Damit sind die Denk- und Lebensgenohnheiten der Bevölkerung von grundaus umgeformt worden, ihr charakteristisches Hauptmerkmal ist die Einseitigkeit der vollen Persönlichkeitsbezug. Behauptung wirtschaftlicher Position und weiterhin das Streben nach sozialer Geltung und Anerkennung. Mit diesen beiden ökonomischen Erzeugnissen und Denkvorgängen ist die Sorge für Aufziehung, Zukunft und Wohlergehen der Nachkommenschaft aufs Engste verknüpft. Die hingutretenden objektiven Schwierigkeiten der Lebensführung und Daseinsverhältnisse lösen den Gedanken der Selbsthilfe aus und führen allmählich zur bewußten Kleinhaltung der Familie. Je mehr Schichten der Gesellschaft mit ihrem ganzen Wohl und Wehe in das moderne Erwerbsleben einbezogen werden und nicht nur dessen Vorteile, sondern auch dessen Nachteile am eigenen Körper zu spüren beginnen, desto weitere Kreise werden aus ihrem alten Denken aufgerüttelt und rationalistischen Erzeugnissen anheimgegeben. Auf diese Weise erklärt sich die konstante Erscheinung der mehr und mehr sinkenden Geburtsziffer der Kulturvölker. Neben dieser gemollten und durch die veränderte Stellung des Individuums, insbesondere der Frau innerhalb der Gesellschaft bedingten Beschränkung der Geburtenzahl spielen im Lebensprozeß der Rasse als Ausjäremomente Kindersterblichkeit und Geschlechtskrankheiten eine bedeutende Rolle. Die erstere im Sinne einer Ausschaltung von bereits zur Entwidlung gelangten organischen Lebewesen, die letztere im Sinne einer Fruchtbarkeit und Keimbildung erschwerenden Wirkung. Während nun zwischen dem geschlichen Fruchtbarkeit und Sänglingssterblichkeit innere Zusammenhänge betonen, daß der erstere auf die Sterblichkeitsquote einen bestimmenden Einfluß und zwar in der Richtung erhöhter Lebenserhaltung der Sänglinge ausübt, besteht die verhängnisvolle Wirkung der Geschlechtskrankheiten ohne irgendwelchen toffenden-



lichen Ausgleich fort. Ihre Bekämpfung gehört daher zu den wichtigsten Aufgaben der Massengesundheit wie der Erhaltung des Individuums. Die Prophylaxe der Sexuallyen ist unüberwindlich ohne die Verwendung von Schutzmitteln, deren Eliminierung ganz abgesehen von der dadurch herbeigeführten Erhöhung der Infektionsgefahr nur zur weiteren Verbreitung von Gesundheit und Leben bedrohenden Praktiken führen würde. Selbst die im Gebrauch von Schutzmitteln liegende Konzeptionsbeschränkung kann an ihrer Bedeutsamkeit im Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten keine veränderte Auffassung herbeiführen. Der Antagonismus zwischen Qualität und Quantität der Geburten, wie er sich als Ausdruck bisheriger und teilweise noch heute wirksamer Bevölkerungsorganismen manifestiert, scheint nach neuerer Erkenntnis durch die mehr und mehr fortschreitende zielbewusste Beherrschung des generativen Automatismus einen Ausgleich zu erfahren und zwar dadurch, daß für die Entwicklung nicht nur die Erhaltung der Art, sondern auch die besondere Art der Anpassung an das Milieu als gleichwertige Komponente in die Erscheinung tritt. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend ist die Verminderung der Geburtenziffer, soweit sie nicht sozialpathologischen Ursprungs ist, weder als Degenerationszeichen noch als Rassensterblichkeit anzusehen.

Als zweiter Redner betonte Professor Blaschke-Berlin gleichfalls, daß die Geschlechtskrankheiten unter den Ursachen der sinkenden Geburtenziffer ein nicht zu unterschätzender Faktor sind. Da die Geschlechtskrankheiten in den Städten bei weitem verbreiteter sind, als auf dem Lande, da innerhalb der Städte ihre Verbreitung mit der Größe der Einwohnerzahl proportional zunimmt und da in Deutschland die Städte, insbesondere die Großstädte, sich noch stark vermehren, so ist der Einfluß der Geschlechtskrankheiten auf die Abnahme der Geburtenfrequenz im steigenden Wachstum begriffen. Alle sozialen und hygienischen Reformen, die zu einer Eindämmung der Geschlechtskrankheiten führen, sind daher auch ein wirksames Mittel zur Erhöhung der Geburtenziffer. Die Bestrebungen aber, die darin zielen, den Vertrieb der Schutzmittel gegen die Geschlechtskrankheiten zu erschweren, weil diese auch als antikonzeptionelle Mittel Verwendung finden, sind aussichtslos, da es neben diesen Mitteln noch zahlreiche andere Mittel und Wege zur Konzeptionsverhütung gibt, die auf gesünderem Wege überhaupt nicht unterdrückt werden können. Die Tendenz zur Kleinhaltung der Familien ist an sich nicht ohne weiteres zu verurteilen, da sie der mit der Ueberproduktion von Menschen einhergehenden Vermeidung von Menschenmaterial entgegenarbeitet, eine Höherwertung des Einzelnen, eine bessere Aufzucht des Nachwuchses und eine bessere Lebenshaltung der Gesamtheit zur Folge hat. Das Streben nach Kleinhaltung der Familie wird aber künstlich gesteigert durch eine irrationelle Wirtschaftspolitik, welche eine Entvölkerung des fruchtbarsten Landes auf Kosten der Städte, in den Städten aber eine Verteuerung und Erschöpfung der gesamten Lebensführung nach sich zieht und den einflussvollsten Teil der städtischen Bevölkerung zu einer unter diesen Verhältnissen begreiflichen Beschränkung der Kinderzahl veranlaßt. Einer Ueberhebung und künstlichen Steigerung dieses Strebens, das in nationaler und rassehygienischer Beziehung schädlich werden könnte, kann daher auch nur gesteuert werden durch wirtschaftliche und soziale Maßnahmen, die der Massenalteration dem Lande in die Städte entgegenarbeiten und für die städtische Bevölkerung gesunde Lebensbedingungen, geeignet zur Erzeugung und Aufzucht eines tüchtigen Nachwuchses ermöglichen.

## Gerichts-Zeitung.

### Eine „unbedingt nötige“ Siftierung.

Während der Jugendversammlung, die am 28. Februar in der Kopenstraße (bei Keller) stattfand, mußten wegen Ueberfüllung des Lokals zahlreiche Besucher vor dem geschlossenen Saal umkehren. Mehrere junge Leute, die auf dem Bürgersteig noch einige Zeit beisammenstanden, wurden von einem Schuttmann aufgefordert, weiterzugehen. Als sie an anderer Stelle wieder stehen blieben und dann zurückkehrten, um ein benachbartes Bierlokal aufzusuchen, griff der Schuttmann sich den vorangehenden Lehrling Krawenz heraus. In dem auf 6 M. lautenden Strafmandat, das bald kam, wurde L. beschuldigt, der Aufforderung des Beamten „nicht unbedingt Folge geleistet“ und übrigens auch „in

verkehrshindernder Weise“ auf der Granitbahn gestanden zu haben. Gestern hatte das Jugendgericht Berlin-Mitte (unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Roeder) zu prüfen, wieviel von diesen Beschuldigungen zutrifft. Der Angeklagte gab selber zu, daß er auf der Granitbahn gestanden habe, doch sei er dann auf Aufforderung weitergegangen. Zeuge Schuttmann Hüttig bekundete, L. sei zwar mit den anderen weitergegangen, aber immer wieder stehen geblieben, so daß er ihn persönlich viermal nacheinander aufgefordert habe. Drei Begleiter von L. erklärten, das sei unrichtig, ja unmöglich, Hüttig habe nur einmal oder (wie ein Zeuge sagte) höchstens zweimal aufgefordert. Einer dieser Zeugen gab an, der Schuttmann habe L. ins Gesicht gestoßen, ein anderer sagte, es sei eine Ohrfeige gewesen, und auch ein älterer Mann, der zufällig die Siftierung mitangesehen hatte, bestätigte, daß der Schuttmann dem L. „eine gewinkt“ habe. Hüttig bestritt das und versicherte, L. nur am Stragen gefaßt zu haben, worauf dieser Zeuge das Anfasseln vornahm und hinzufügte: „Ich meine, das ist ein Schlag, wenn ich einen Menschen so anfasse.“ Als der junge Mensch noch abgeführt worden sei, habe er, der Zeuge, mit Bezug auf jenen Schlag bemerkt: „Na, eine Strafe genügt doch.“ Der Staatsanwalt hielt L. für überführt und beantragte 6 M. Geldstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, forderte Freisprechung. Nach des Schuttmanns eigener Darstellung sei Krawenz weitergegangen, und die schließliche Siftierung auf dem Wege zum Restaurant beruhe offenbar nur auf einem Mißverständnis. Für das Verhalten auf der Granitbahn fehle der Nachweis einer Verkehrsbehinderung, deren Strafbarkeit dem L. nicht bekannt gewesen sei.

Das Gericht kam bezüglich der angeblichen Nichtbefolgung zu einer Freisprechung, weil hier eine irrige Annahme des Schuttmanns vorliege. Wegen der „Verkehrsbehinderung“ wurde L. zu einem Verweis verurteilt.

### Ein „Hurra!“ für die Polizei.

Am 7. März fand in „Kellers Festsaal“ (Kopenstraße) eine Jugendversammlung statt, in der gegen das Verhalten der Polizei bei den Jugendversammlungen vom 28. Februar protestiert wurde. Hunderte von Personen, die in das überfüllte Lokal nicht mehr eingelassen werden konnten, bewegten sich in den benachbarten Straßen auf und ab. Als die Polizei plötzlich den Weg verperrte, erhob sich ein allgemeines „Hurra!“ Ein Lehrling Kimmertig wurde aus den Reihen herausgegriffen und erhielt ein Strafmandat von 5 M. wegen Beteiligung an einem Aufruhr, bei dem er gefangen und „Hurra!“ geschrien habe. Vor dem Jugendgericht Berlin-Mitte (unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Roeder) hatte er sich gestern als Angeklagter zu verantworten. Er gab zu, einmal „Hurra!“ mitgerufen zu haben. Die Schuttmänner Bekrte und Liebmann bekundeten, daß K. wenigstens den Laut mehrere Male geschrien habe. Der Staatsanwalt sah in dem Verhalten K. eine gräßliche Ordnungsgestörung, die nach ihrer Wesenheit als ungebührlich zu bezeichnen sei. Das „Hurra!“ sei Hohn gewesen, Polizeiverhöhnung aber sei Ungebühr. K. sei wohl einer Waffensuggestion unterlegen, er müsse aber bestraft werden. Mit 5 M. solle er dafür büßen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld forderte Freisprechung, weil jenes „Hurra!“ kein grober Unfug sei. Ein „Hurra!“ in der Kopenstraße könne nicht anders bewertet werden als ein „Hurra!“ in der Straße unter den Linden, und als „beunruhigend“ werde die Bevölkerung von Berlin-Ost jenes „Hurra!“ gewiß nicht empfunden haben. Um die Unterscheidung zwischen Kopenstraße und „Linden“-Gegend entspann sich dann noch eine gereizte Auseinandersetzung zwischen Staatsanwalt und Verteidiger. Der Staatsanwalt stellte der Schuldigung für den Kaiser die Verhöhnung der Polizei gegenüber, der Verteidiger aber forderte, daß das „Hurra!“ als Ausdruck einer durch das Verhalten der Polizei hervorgerufenen Stimmung ebenso behandelt werde wie das „Hurra!“ als Ausdruck der Begeisterung für den Kaiser. Wegen die Aeußerung, daß hier dem Gericht zweierlei Rechtsprechung zugemutet werde, wehrte sich der Staatsanwalt erregt.

Das Gericht war der Meinung, daß jenes der Polizei ausgebrachte „Hurra!“ eine Aufrührung gewesen sei, die einen groben Unfug bedeute. Weil K. aber aus blohem Uebermut sich beteiligt habe, könne ein Verweis genügen.

### Generalsirei Aufforderung zum Ungehorsam?

Wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze stand gestern der Redakteur des Syndikalistenblattes „Der Bionier“, Johannes Lesien, vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I. Es handelte sich um einen in dem Blatte erschienenen Artikel unter der Ueberschrift „Die Geschmähtigkeit des Gewerkschaftskampfes“, in welchem der Generalsirei empfohlen worden sein soll, Der Angeklagte wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

### Bücher.

Aus der „Welt, in der man sich nicht langweilt“, rekrutierte sich die Zeugnishaft, die fast eine ganze Woche hindurch vor der 3ten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Günther zu erscheinen hatte. Es befanden sich darunter höchst schneidige Damen en grande toilette, sogenannte „Schauspielerinnen“ mit recht kleinen Bögen und recht großen Beinen von gut situierten Berechnern, die teilweise Reispferde im Lattenralj zu stehen hatten und über sieben- bis achtmeterige Wohnungen und mehrlöufiges Dienpersonal verfügten, aber trotzdem mehr wie einmal in die Lage kamen, zum Geldverleiher zu gehen, um sich neue „Handesgemäße“ Garderobe, Schmuckstücken und dergl. zulegen zu können. Auf der Anklagebank sahen eine Frau Emilie Schmidt und deren um viele Jahre jüngerer Ehemann, der die Gattin inzwischen verlassen hat. Das Ehepaar stammt aus Pforzheim, wo er einen Juwelenhandel betrieb. Vor einigen Jahren ist er nach Berlin übergesiedelt. Hier hat die Ehefrau in erster Reihe eine Tätigkeit entwickelt, die die Anklage wegen Wuchers gegen 27 Personen, versuchten Betruges, Betruges und Unterschlagung gegültigt hat. Während der mehrjährigen Verbannung bekam man einen Einblick in das seltsame Treiben dieser „Damen“, deren Verschwendungssucht keine Grenzen kennt. Die angeklagte Ehefrau spielte gewissermaßen den Bankier für die Damen, die, zumeist aus ganz kleinen häuslichen Verhältnissen stammend, durch die Gunst gut situierten Lebemänner in eine äußerlich strahlende Situation hinaufgeklütert waren. Wenn diese Damen zu Mutter Schmidt gingen, wenn sie Stamm an Geldmitteln waren, so erhielten sie nicht ohne weiteres die verlangte Parfums, sondern sie mußten Juwelen mit annehmen, die ihnen zu einem weit höheren Preise angerechnet wurden als sie wert waren. Auf die Darlehen wurden horrenden Zinsen berechnet, die gleich „aufgeknallt“ wurden, die Summen wurden stets noch oben abgerundet und über das Ganze mußten Wechsel ausgestellt, daneben im Notfalle auch die Wohnungseinrichtung usw. verpfändet werden. In den meisten Fällen kam ein Zinsfuß von 100 Proz., in vielen aber von 200 und 240 Proz., in zwei Fällen sogar von 900 Proz., heraus. Es wurde die Notlage und der Leichtsinne der betreffenden Personen ausgebeutet.

Das Gericht kam aus formellen Gründen zur Freisprechung des Ehemannes und verurteilte die Ehefrau wegen Wuchers zu acht Monaten Gefängnis, 300 M. Geldstrafe und 3 Jahren Eheverbot. Die Angeklagte wurde aus der Haft entlassen. Als strafmildernd kam in Betracht, daß der Ehemann die Frau mit sieben Kindern hatte sitzen lassen, die sie über Wasser zu halten sich bemühte.

### Der „Kontraktbruch“ des Tencos.

Die Privatklage des Operettenregisseurs Spielmann gegen den Theaterdirektor Palfi kam gestern in zweiter Instanz vor der 3. Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schwärze zur Verhandlung. Die Privatklage richtete sich, wie erinnerlich, gegen eine vom Direktor Palfi erlassene öffentliche Erklärung, daß Spielmann kontraktbrüchig geworden sei, weil er sich geweigert habe, in der Premiere des „Fürstentums“ im Theater Groß-Berlin aufzutreten. Es hieß in dieser Erklärung weiter, Spielmann habe Primadonnaläunen gezeigt usw. Das Schöffengericht hatte Direktor Palfi zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt. In der Berufungsinstanz kam es nach längeren Bemühungen des Vorsitzenden zu folgendem Vergleich: „Direktor Palfi erklärt, daß er bei Abfassung der inkriminierten Artikel zwar die Auffassung gehabt habe, daß der Privatkläger kontraktbrüchig gewesen sei, daß er diese Ansicht aber jetzt nicht mehr aufrecht erhalte, vielmehr auf Grund der Sachverständigenurteile die Ueberzeugung gewonnen habe, daß der Privatkläger keinen Kontraktbruch begangen habe. Direktor Palfi nimmt den Vorwurf des Kontraktbruchs und den gesamten Inhalt der Artikel mit Bedauern zurück. Die außergerichtlichen Kosten werden gegenseitig aufgehoben, die gerichtlichen übernimmt der Privatkläger.“

**FOß-POWDER**

erfordert im Sommer ganz besondere Pflege. Bei übermäßiger Schweißbildung empfiehlt es sich, mit etwas unverdünntem „Lysoform“ einzureiben und mit kaltem Wasser nachzuwaschen :: ::

Belehrende Broschüre gratis durch Lysoform-Gesellschaft m. b. H., Berlin W. 57.

Erhältlich in grauen Flaschen mit weißer Umrandung von G. O. K.

**Garbáty**

**Cigaretten**

**Qualität**

**Internationaler Wettmarsch**

**Fürstenwalde - Berlin**

über 70 km am 15. Juni

wurde gewonnen von

Sieger	Ernst Albrecht	auf Continental-Absätzen
2ter	Martin Ruppert	auf Continental-Absätzen
3 "	Emil Adam	auf Continental-Absätzen
4 "	Paul Mahr	auf Continental-Absätzen
5 "	Paul Hempel	auf Continental-Absätzen
6 "	Hermann Müller	auf Continental-Absätzen
7 "	Ludwig Nolte	auf Continental-Absätzen
8 "	Hans Heuer	auf Continental-Absätzen

Wieder der beste Beweis, dass

**Continental-Absätze**

glänzende Vorzüge besitzen { erhöhte Geleistung  
elastisch weicher Gang  
Schonung von Körper u. Nerven.

— Für kluge Leute —

Verlangen Sie bei Ihrem Schuhmacher ausdrücklich „Continental“.  
Es gibt Nachahmungen.

**Kufeké**

Tausendfach bewährte Nahrung bei:  
**Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.**

- Kindernahrung  
- Krankenkost

**Wo?** ist der schönste Ausflugsort?  
Sommer noch **Pichelswerder**, an der neuen **Deerstraße** beim **Alten Freund**.

**Reuters Werke**

3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

**Radfahrerkarten**

Wanderkarten

hält stets vorräug  
Buchhandlung Vorwärts  
Lindenstr. 69 (Coden)



# Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 25. Juni 1913.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Prater. Das Hummelnädchen.  
Anfang 8 Uhr.  
Irania. Auf's Wasserhorn.  
Kroll-Oper. Der Trompeter von Säckingen.  
Schiller O. Der Leibgardist.  
Schiller Charlottenburg. Freiwild.  
Kessling. Alt-Bien.  
Berliner. Filmzauber.  
Montis Operetten. Der lachende Chemann.  
Kleines. Professor Bernhardt.  
Deutsches Opernhaus. Die Königin von Saba.  
Thalia. Puppchen.  
Metropol. Die Kinn-Königin.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Säng. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Komödienhaus. Hochherzogliche Wohnungen.  
Friedr. Wih. Schauspielhaus. Das Kammermädchen.  
Lustspielhaus. Der lustige Kalaba.  
Kose. Tagebuch einer Verlorenen.  
Lufen. Die Altvordern.  
Folies Caprice. Ein Pechvogel.  
Die Krampfsucht.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Volkstheater. Ritter Rensch.  
Deutsches Schauspielhaus. Eine Vergangenheit.  
Theater am Nollendorfplatz. Der Mann mit der grünen Maske.

Anfang 9 Uhr.  
Admiralspalast. Eisballett: Jint in St. Moritz.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.  
Schiller-Theater O. Theater.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Der Leibgardist.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der Leibgardist.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Leibgardist.  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Freiwild.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Zwei Wappen.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Freiwild.  
Berliner Theater.  
8 Uhr: Filmzauber.  
Deutsches Schauspielhaus  
8 1/2 Uhr: Eine Vergangenheit.  
Kroll-Oper  
8 Uhr:  
Der Trompeter von Säckingen.  
Donnerstag:  
Der Evangelimann.

Montis Operetten-Theater  
(fr. Neues Theater). Rint Rorden 1141.  
Sommerpreis. Gastsp. Jul. Spielmann.  
8 Uhr: Der lachende Chemann.  
Passage-Panoptikum  
Die 3 Schwestern  
Liliput  
die kleinste Schwest. der Welt.  
Der weltberühmte amerikanische  
Negerboxer  
Andrea Johnson  
bei seinem Training.  
Aga, die schwebende  
Jungfrau!  
Alles ohne Extra-Entree!

Theater am Nollendorfplatz  
Täglich 8 1/2 Uhr: Beste Spiele.  
Der Mann mit der grünen Maske.  
- Varieté - - Kino -  
ROSE-THEATER  
Große Frankfurter Str. 132.  
Alfr. Doda-Ensemble-Gastsp.  
Tagebuch einer Verlorenen.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Auf der Gartenbühne:  
Achtung! Es geht los!  
Anfang 4 1/2 Uhr.

JAPAN  
im  
LUNA PARK  
Hochinteressante Völkerschau

Metropol-Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Die Kinn-Königin.  
Operette in 3 Akten von Jul. Freund  
und G. Monfowski.  
Musik von Jean Gilbert.  
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.  
Brauerei Friedrichshain  
Am Köniqst. Tel.: Ernst Liebig.  
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:  
Kaffee-Frei-Vorstellung  
der Norddeutschen und Apollo-Sänger  
bei freiem Entree. Freitags: Frei-Konzert.

Voigt-Theater  
Badstraße 58.  
Heute Mittwoch: Elite-Tag.  
Der Bettelstudent.  
Vollständig mit Gesang und Tanz  
in 5 Bildern.  
Gänzlich neue Spezialitäten.  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.  
ZOO  
LOGISCHER GARTEN  
Täglich:  
Großes Militär-Doppel-Konzert.  
Eintritt 1 Mark.  
von 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Admiralspalast - Eis-Arena  
Angenehm kühler Aufenthalt.  
Allabendlich  
das gr. erfolgreiche Eisballett  
Fiert in St. Moritz.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.  
Restaurant I. Ranges.  
Wein- und Bier-Abteilung.  
Volksgarten-Theater.  
Badstr. 8 und Bellermannstr. 20/25.  
Heute: 6. Sondervorstellung.  
Zum 1. Male:  
Muttersegen.  
Schauspiel mit Musik in 5 Akten.  
Darau: das Elite-Spezialität-Programm.  
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Säng.  
„Stucke's Pfingstfahrt“  
Berliner Burleske  
von Meysel.  
Anfang 8 Uhr.

Neue Welt  
A. Scholz, Hasenholde 108-114  
Heute Mittwoch, 25. Juni:  
Gr. Kinderfest  
verbunden mit  
Gratis-Verlosung.  
1. Hauptgewinn für Knaben und  
Mädchen je eine silberne Uhr.  
Anf. 4 Uhr. Entree 15 Pf.  
Donnerstag, den 26. Juni:  
Elite-Tag  
verbunden mit großem  
Brillant-Feuerwerk.

Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Jedes Wort 10 Pfennig.  
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte  
Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen  
5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte  
mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen

ANZEIGEN  
für die nächste Nummer werden in den Annahme-  
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis  
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,  
bis 5 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

Handelshaus Hermannplatz 6.  
Spotbilliger Bekleidungsverkauf. Wäsche-  
verkauf. Gardinenverkauf. Teppich-  
verkauf. Badwarenverkauf. Klei-  
denverkauf. Herren- und Damen-  
verlauf ebenfalls.  
Brettenhandlung 9. Brunnen-  
straße 70, im Keller. 1900R\*  
Der Beste bleibt doch Herrmann  
Schlesinger, trotz billiger Preise für  
Herrenanzüge gibt's doch in ganz  
Berlin nicht, dabei gute Ware. Wo  
dann? Turnstraße 38. 705R\*  
Teppiche, farbige, hellgrüne, spott-  
billig, Gardinen, Portieren, Stepp-  
decken, halben Preis. Fortwährenden  
3 Prozent Extrarabatt. Teppich-  
Thomas, Dramenstraße 126. 645R\*  
Monatsanzüge, Paletots, großes  
Lager, jede Figur, fast man am  
billigsten beim Kaufmann; jede  
Wendung nach Wunsch in eigener  
Werstatt. 5 Prozent billiger für  
Fortwärtler. Fürstengasse, Schneider-  
meister, Rosenhaldersstraße 10.  
Teppiche! (schickhafte) in allen  
Größen, fast für die Hälfte des Wertes  
Teppichlager Brünn. Haderer  
Markt 4, Bahnhof Börje. (Leier des  
Fortwärtler) erhalten 5 Prozent  
Rabatt! Sonntag geöffnet!  
Betten! Prachtvolle Betten, rote,  
rote Anleits 6,75! 9,75! Brautbetten  
12,75, 15,75, 18,75. Daunendecken  
12,75, 22,50. Prachtvolle Kissen-  
bezüge, Teppiche, Portieren, Gar-  
dinen, Tischdecken, Stühle, Kissen,  
Schmuckdecken, Paletots. Anzüge  
spottbillig! Handelt Paul Krüger,  
Brunnenstraße 47. 668R\*  
Monatsgarderobenhaus ver-  
kauft spottbillig erhaltene wenig ge-  
tragene Kutnau mit Weste und ge-  
reifter Hufe, Zuckelanzüge, Gehrock-  
anzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge,  
Sommerpaletots, Weste, auch  
Bauschmuck. Prinzengasse 28, I  
(Wohnhaus Ritterstraße). 738R\*  
Gardinen! Steppdecken! Portieren!  
Tischdecken! außerordentlich billig!  
Fortwärtler 5 Prozent Rabatt  
verkaufen! Gardinenhaus Brünn, Haderer  
Markt 4 (Bahnhof Börje).  
Sonntag geöffnet.  
Monatsanzüge und Sommer-  
paletots von 5 Mark sowie Hosen  
von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00,  
Frack von 2,50, sowie für komplette  
Figuren. Neue Garderobe zu unmeßbar  
billigen Preisen, aus Handarbeiten ver-  
fertigte Sachen kauft man am billigsten  
bei Kap. Wulfschlag 14.  
Gute Tischteppiche mit kleinen  
Beisetzern, prima Qualität. 130/200  
14,25, 160/230 20,75, 200/300 33,50  
Teppichhaus Emil Lehmann, nur  
Cranienstraße 158. Nirgends billiger.  
Inser aller Freund: Herrmann  
Schlesinger teilt Ihnen mit, daß er  
jetzt Saison-Ausverkauf hat. Die  
guten Anzüge, Hüte, Pelzwaren,  
Paletots, Weste, Westen usw.  
werden jetzt zu enorm billigen Preisen  
abgegeben. Nach der neuen Polizei-  
verordnung dürfen diese Ausverkäufe  
nur kurze Zeit dauern, also zuhaben.  
230 7 Turnstraße 38. 777R\*  
Brettenhandlung 9. Brunnen-  
straße 70, im Keller. 688R\*  
„Schlappwagen“, Kinderwagen  
Teigabgabe 0,30 wöchentlich. Reichs-  
Industrie- und Handelsmuseum.  
Verantwortlicher Redakteur:

Teppiche. Fortwärtler erhalten  
20 Prozent. Große Partien Teppiche  
mit kleinen Beisetzern, jetzt Größe  
gilt 200 : 300 13,50, 250 : 350  
22,50, 300 : 400 28,50. Gardinen,  
Portieren, Tischdecken, Sofabeden,  
Kissen, Kissenstoffe spottbillig. Theres  
Lefebre, Teppich-Spezialhaus mit  
Fabrikation, Potsdamerstraße 106b  
(sein Laden). Hausnummer beachten.  
Grundbegriffe der Politik, von  
Friedrich Stampfer. Gebunden 3 Bde.  
Buchhandlung Fortwärtler, Linden-  
straße 69 (Laden).  
Vorjährige elegante Herrenanzüge  
und Paletots aus feinsten Stoffen  
30-40 Mark, Hosen 6-14 Mark.  
Verkaufshaus Germania, Unter den  
Linden 21.  
Kleiderbetten, zwei Ständ, Logis-  
betten 12,50, Kinderbetten, Blücher-  
strabe 61 III. 730  
Kleiderbillige Preise für gute  
Anzüge, Hosen, Hüte, Paletots,  
Pelzwaren, Westen, Arbeitsjacken  
offertiert jetzt Schlesinger, Turn-  
straße 38. 776R\*  
Geschäftsverkäufe.  
Materialwaren, Obst- und Ge-  
müsehändler, gutgehend, umhän-  
dehaber billig zu verkaufen. Minow-  
straße 11. 1317R\*  
Zelten günstige Gelegenheiten.  
Nag wegen näherer billigerer Kran-  
heit mein Wägeschloß sofort ver-  
kaufen. Wilmersdorf, Weinstraße  
18. 1324R\*  
Restaurant, Beechergasse, große  
Brauereihalle, mit kleiner Anzahl-  
ung verläßlich Brunnstraße 165.  
Gemeinschaft. 300,-, sofort  
verläßlich Bernauerstraße 45. 790  
Witz, Kolonialwaren, 40,-,  
Kaffe, 50,-, Niele, sofort. Kauf,  
Lendstraße 16. 753  
Obst, Gemüse, Kolonialwaren-  
geschäft, sichere Existenz, beste Lage,  
große Paulslandschaft, verkauft fran-  
kheitshalber für jeden Preis. Wilmers-  
dorf, Wilmersstraße 145. 107/15  
Seifen- und Wäsche-Handlung 4.  
Erstklassige Baurenovation  
Krankheitshalber verläßlich. Lange  
Bollongesehen. Hoster Betrieb. Für  
entloshenen Käufer billig. Limen-  
straße 24. 105/20  
Offenwarengeschäft, 8 Jahre be-  
stehend, für Schlosser passend, sofort  
zu verkaufen Schmarnstraße 19,  
Birnbaum-Krankenhaus. 792  
Konfektengeschäft preiswert  
verläßlich Waldemarstraße 2. 713  
Erstklassig! Wägeschloß billig zu  
verkaufen. Köpenick, Heimg. Neufeld,  
Thomasstraße 30, I. 767

Zwottbillig! Fast neu: Zwei  
Beistellen, Kleiderständer, Berlioz,  
Trumeau, Sofa, Tisch, Stühle, Kom-  
plette Küche. Hammer, Bölow-  
straße 30. 217/17  
Metallbetten, zwei, modern,  
Kleiderbett spottbillig verläßlich  
Postenstraße 10, Hufschloß. 106/4  
Tischlermeister gibt Möbel auf  
Teilzahlung bei bester Anzahlung  
zum Kaufpreis. Stets Gelegenheits-  
käufe in gebrauchten und zurück-  
gesetzten Möbeln, auch auf Teil-  
zahlung. Nachweis von Kunden  
wird gut honoriert. Offerten Post-  
amt 90, Vohlagstraße 44\*  
Arbeiter-Wohnungseinrichtungen  
jeder Preislage in großer Auswahl.  
Fünf Etagen. Einfach, gediegen und  
konkurrenzlos billig. Stube und  
Küche 195,00 an. Bequeme Teil-  
zahlung nach Belieben des Käufers  
gern gestattet. Trodtem streng  
reelle Kaffapreise und Zinsvergütung.  
Kein Abzahlungsgehalt. Keine  
Kaufsteuer. Empfehlenswert ist frü-  
zeitige Bestellung. Anzahlung ist bei  
Geschäftsabwicklung nicht erforder-  
lich, sondern erst bei Lieferung. Wä-  
schmeister Rejzdeck, Badstraße 66, zwei  
Minuten vom Bahnhof Gesund-  
brunn. 107/19  
Blüchensofa von 40,00 an, Chate-  
longues von 15,00 an, englische Bei-  
stellen 25,00, Kleiderständer, Tru-  
meaus, große Auswahl. Eigene Wer-  
statt, kein Laden. Tapezierer Walter,  
Stargarderstraße 18. 706R\*  
Kleiderständer, 3 Beistellen,  
2 ovale Tische mahagoni. Alexan-  
drinenstraße 89, III links. 1325R\*  
Polstermöbel! in nur reeller  
Ausführung kauft man am aller-  
billigsten in der altrenommierten  
Möbel-Polsterwarenfabrik Hirschowitz,  
Schillerstraße 25, Hochbahn-  
Kaufhaus. Spezialpreis 25,-, 28,-,  
Prima Wäschloß 54,-, 65,-, Erst-  
klassige Roquettestühle 78,-, 90,-,  
In Sofaumbauten, Garnituren, Le-  
dermöbeln große Auswahl. 706R

Nußbaumwirtschaft, bildhöne  
Stube, herrliche Kücheneinrichtung,  
für jeden annehmbaren Preis ver-  
käuflich. Händler werden. Bauer,  
Große Frankfurterstraße 85, eine  
Treppe. 107/18  
Möbel-Cohn, 1. Geschäft: Große  
Frankfurterstraße 58, 2. Geschäft:  
Grüner Weg 109. Wohnungs-  
einrichtungen auf bequeme Teil-  
zahlung. Stube und Küche An-  
zahlung von 15 Mark an. Einzelne  
Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark  
an. Moderne Schlafzimmer, Speise-  
zimmer, Herrensommer. In bunten  
Küchen reichhaltige Auswahl. Liefer-  
ung auch nach auswärts. Anzahlung  
wöchentlich, monatlich, ganz nach  
Wunsch. Größte Müchheit bei Kran-  
keit und Arbeitslosigkeit. Vorgelegter  
dieses Inserats erhält beim Kauf  
5 Mark gutgeschrieben. Sonntags  
8-10 geöffnet. 739R\*  
Bilder.  
Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends  
billiger als direkt Fabrik der Bilder-  
Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 2246R  
Fahrräder.  
Erstklassige Fahrräder, Konstat-  
rate 10 Mark. Louis Barth, Brüden-  
straße 10a, I. Etage. 79R\*  
Nur Fahrradvertrieb, Groß-Berlin  
hat kolossal billige Preise, in denen  
eigenen Interests decken Sie Ihren  
Bedarf dortselbst. Neue Fahrräder,  
ohne Gummi 29,-, mit Gummi  
35,-, 42,-, 48,-, 55,-. Gebrauchte  
10,- an. Sämtliches Zubehör un-  
bedingt reell, billig und gut. Köchen  
Sie auf unsere Verkaufsstellen: Müller-  
straße 13, Turnstraße 25, Badstraße 9,  
Brunnenstraße 145, Neue Schönhauser-  
straße 9, Charlottenburg, Spandauer  
Berg 29. 306R\*  
Herrenfahrrad, neuhergestelltes  
30,-, Freilauf, Kraus, Andreas-  
straße 54. 107/16

Gebrauchte Damenfahrräder,  
Herrenfahrräder, Rennräder, außer-  
ordentliche Gelegenheit, allerbilligst.  
Weinmeisterstraße nur Nr. 2, Chaussee-  
straße 92, Große Frankfurterstraße 144,  
Neufeld, Hermannplatz 6, Berg-  
straße 4, bei Kap. 292R\*  
Kaufgesuche.  
Jahresgebisse, Goldschalen, Silber-  
schalen, Platinabfälle, sämtliche Metalle  
höchstzahlend. Schmelzerei Christian,  
Adenstraße 30a (gegenüber  
Kantenerstraße). 59/1\*  
Goldschmelze kauft Silber, Platin-  
abfälle, Jahresgebisse, Cuedsilber,  
Stanniol, alle Metalle, höchstzahlend  
Wilhel Marie Kieper. Nur Aden-  
straße 157. 479R\*  
Platinabfälle, Gramm 5,70, Kil-  
ogramm Silber, Jahresgebisse, Stanniol,  
Cuedsilber kauft höchstzahlend Blümel,  
Schmelzerei, Auguststraße 19 III.  
Bismarck, Rängen kauft Groß-  
mann, Spandauerstraße 2. 107/15  
Platinabfälle, alte Goldschalen,  
Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Hüren,  
Rehring, Goldwatten, Cuedsilber,  
Stanniol sowie sämtliche Gold-  
silber, platinhaltigen Rückstände  
kauft Groß, Edelmetallameise, Berlin,  
Adenstraße 29, Telephon North-  
platz 3476. 580R\*  
Altmittel, Kupfer, Messing, Zinn,  
Zink, Stanniol usw. höchstzahlend,  
Blitz Cohn, Brunnenstr. 25. 1323R\*

Nähmaschinenreparaturen jed-  
gen Art, schnell, billig, in eigener  
Werstatt, auch außer dem Hause.  
Beckmann, Gollnowstraße 26, nahe  
der Landsbergerstraße. 292R\*  
Vermietungen.  
Wohnungen.  
Kleinwohnungen Admiral-  
straße 20. Juli, Gas, 26,-,  
20,-, 794R\*  
Zweizimmerwohnung mit Bal-  
kon und Loggia 1. Oktober zu ver-  
mieten. Lichtberg, Beberstraße 37,  
vorn II links. 753  
Zimmer.  
Möbliertes Vorderzimmer, zwei  
Herrn oder Damen, 12 Mark, Rü-  
generstraße 7, I. Treppe, Reuber, 490  
Einfach möbliertes Zimmer, Nähe  
Humboldtthum, zum 1. Juli zu ver-  
mieten. Schleich, Hochstraße 32a,  
Seitenflügel I. 753  
Möbliertes Zimmer vermietet am  
Parteiengenossen zum 1. Juli Reuber-  
straße 70, 2 Treppen rechts. 745  
Gut möbliertes Ballongzimmer,  
ein oder zwei Herren, vermietet  
Engel, Wienerstraße 8. 713  
Schlafstellen.  
Möblierte Schlafstelle Kärstner-  
straße 15 III, Densel. 732  
Gute Schlafstelle, Mädchen, Wäler,  
Reichenbergerstraße 159, Cuedberg, II.  
Möblierte Schlafstelle, 10,00, ver-  
mietet Partung, Laufferstraße 3,  
vorn I. 713  
Arbeitsmarkt.  
Stellenangebote.  
Mechaniker, perfekt und selbst-  
ständig, sofort gesucht. Edeon-Berke,  
Beihenlee, Ledderstraße 20/25. 7105  
Lautsprecher verlangt Korn, Brüder-  
straße 34. 13215  
Frühstücksfrau zum Austragen  
verlangt Bäckerei Eisenbahnstraße 31.  
Knochenhacker, 1,20, Kaumerstr. 39,  
Hof, Tisch. 757  
Gondelreinigung, kleine, an allein-  
stehende Frau Wilmersstraße 90. 13225  
Kartontiererin auf Oberboden,  
jüngere Kraft, verlangt. Borkelung,  
8-12 Uhr. Legitimation, Ledder-  
straße 16/19. 107/14

### Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. A. Bahnlitz, Wilmersstr. 174.  
W. G. Schmidt, Reichstraße 14.  
O. R. Haderer, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpen-  
straße 2. R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.  
NO. 2. Jucht, Immunitätsstr. 12. J. Neul, Bornimstr. 42.  
N. D. Naumann, Kleiderstraße 67. G. Fischer, Balkenstr. 6.  
Karl Mars, Greifenhagenstr. 22. J. Gönitz, Müllerstr. 34a.  
H. Vogel, Vorkingstr. 37. H. Tich, Invalidenstr. 124.  
NW. Salomon Joseph, Salzweberstr. 8.  
SW. G. Werner, Gachenauer 72. Daehn, Hagelberger Str. 27.  
S. Z. Preis, Prinzenstr. 31. G. Schmann, Rottebuler Damm 8.  
SO. Paul Böhm, Lankner Platz 14/15. P. Horich, Engelauer 15.  
Adlershof, Karl Schwarzsche, Dönnauerstr. 50.  
Baumschulenweg, G. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.  
Borsigwalde, Paul Kienast, Kienaststr. 10.  
Charlottenburg, Gustav Tharberg, Seifenbäcker Str. 1.  
Friedrichshagen, Ernst Werkmann, Adenstraße 18.  
Grünau, Franz Klein, Friedrichstr. 10.  
Johannisthal, Max Gonschur, Parkstr. 6.  
Karlshorst, Richard Küter, Adenstr. 9, II.  
Köpenick, Emil Wäler, Reiserstr. 6, Laden.  
Lichtenberg, Otto Seitel, Parkenbühlstr. 1.  
Nieder-Schöneweide, Wilh. Haruh, Brädenstr. 10.  
Nowawes, Wilhelm Jappe, Lutherstr. 2.  
Ober-Schöneweide, Alfred Bader, Wälmiminenhoffstr. 17, Laden.  
Pankow, Otto Kihmann, Wälmiminenhoffstr. 30.  
Reinickendorf, P. Gurisch, Provinzstr. 56, Laden.  
Neukölln, W. Feinrich, Redarstr. 2. Conrad, Dörmannstr. 50.  
C. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.  
Rammelsburg, A. Rosenbaum, Alt-Borghagen 56.  
Schöneberg, Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 60 im Laden.  
Spandau, Köppen, Drellestr. 64.  
Steglitz, G. Bernice, Wälmiminenhoffstr. 5.  
Tempelhof, Joh. Krohn, Dorffstraße 62.  
Tropfow, Robert Gramenz, Kieboldstr. 412, Laden.  
Weißensee, Rühmann, Sedanstr. 105. Schiffer, Berlinstr. Wäe 253.  
Wilmersdorf, Paul Schubert, Wälmiminenhoffstr. 27.

### Unterricht.

Unterricht in der englischen  
Sprache. Für Anfänger und Fort-  
geschrittene, einzeln oder im Zirkel,  
wird englischer Unterricht erteilt.  
Nach werden Übersetzungen ange-  
fertigt. G. Smientz, Wälmiminenhoffstr.  
Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9  
Gartenhaus III. 445R\*

### Verschiedenes.

Die gegen Anleiten Bornemann,  
Soraunerstraße 23, erbobenen Be-  
schuldigungen nehme als unabwe-  
rzig. Franz Grauer, Kameruner-  
straße 12. 713  
1000 R. sucht Genosse zur  
sicheren Stelle auf neuhergestelltes großes  
Landhaus mit großer holler Bäckerei.  
Kustlugsdort. Offerten erbeten  
C. S. Hauptexpedition des „Vor-  
wärts“. 13206  
Patentanwalt Bessel, Büchener-  
straße 94a.  
Patentanwalt Müller, Wälmiminenhoff-  
straße 81. 2439R\*  
Hochstehend. Handliche,  
Schneidestriche 11. 248/15\*  
Anspolierung, Sofa, Matrassen  
billig, im neuem Hause. Chaussee-  
straße 74, Schär. 108/3

### Verband der Gastwirtsgehilfen.

Für organisierte Gastwirts-  
gehilfen sind gesperrt:  
Original-Hackpeter Martin  
Inhaber Martin, Wälmiminenhoffstr.,  
Ecke Kaiser-Wilhelm-Strabe,  
wegen Nichtamerkennung der Organi-  
sation.  
Residenz-Festsäle  
Inhaber Walterstein, Lands-  
berger Str. 31, wegen Zerstörung  
21/16\* Cröberverwaltung Berlin.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.



### Wolf im Schafskleid.

Von Zeit zu Zeit gefällt sich die bürgerliche Presse darin, über den Niedergang oder den Rückgang der Sozialdemokratie zu fabulieren. Seit der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die bürgerliche Presse mit Stoff versorgt, erscheinen regelmäßig wiederkehrend, wie das Mädchen aus der Fremde, Artikel und Notizen, in denen den gläubigen Lesern das Märchen vom Rückgang der Sozialdemokratie aufgetischt wird. Dabei gedeiht unsere Partei auf das Trefflichste. Sie verfährt fortgesetzt ihren Einfluß auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und veranlaßt die herrschende Klasse, von der Regierung — ihrer Sachwalterin — energisiertere Schritte gegen die „sozialdemokratische Gefahr“ zu verlangen. Auch gegenwärtig wird in der bürgerlichen Presse viel Lunte verspritzt über den Rückgang der Sozialdemokratie. Den Anlaß dazu bietet der Umstand, daß nach Berichten verschiedener Organisationsleitungen in einer Reihe von Parteiorten die Zahl der organisierten Parteimitglieder und auch die Zahl der Leser der Parteipresse eine Abnahme erfahren hat. Wer die sozialdemokratische Bewegung kennt, weiß, daß immer ein Auf und Ab zu verzeichnen ist; nur mit dem Unterschiede, daß dieses Auf und Ab einmal größer, ein andermal kleiner war, daß es aber im großen und ganzen immer frisch und munter vorwärts ging. Dieses Auf und Nieder tritt besonders vor und nach größeren Aktionen, besonders bei Wahlbewegungen, in die Erscheinung und wird gesteigert, wenn eine größere Wirtschaftskrise ansteht. In einer solchen Situation befinden wir uns jetzt. Gerade weil die Anhänger der Sozialdemokratie von einer Krise am schwersten getroffen werden, äußert sich bei ihnen auch am schwersten die Folge der Krise, die in größerer Arbeitslosigkeit, verbunden mit Not und Entbehrung, zum Ausdruck kommt.

Die bürgerliche Presse gibt sich einer Selbsttäuschung hin, wenn sie eine zeitweilige Abnahme von organisierten Parteigenossen und Lesern der Parteipresse ohne weiteres gleichstellt mit einem Rückgang der Sozialdemokratie überhaupt. Ob außer den oben angeführten Ursachen noch innere Gründe, die kürzlich in der Groß-Berliner Generalversammlung von Rednern in einer Selbstkritik behauptet wurden, einen erheblichen Einfluß hierbei ausüben, ist mehr sekundärer Art.

Bezeichnend ist aber, wie ein Blatt, wie die „Vollzeitung“, die sich heute noch ein demokratisches Mantelchen umzuhängen sucht, sich mit dieser Erscheinung abzufinden sucht. Sie nimmt die Manieren des Reichsverbandes an und redet von einer Art „Terrorismus“, die unsere Partei treibe.

In einem Leitartikel betitelt: „Rückgang der Sozialdemokratie“ faßt die „Vollzeitung“:

Wie sieht es heute mit vielen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei aus? Wie kommen viele von ihnen in den Wahlvereinen? Die Kollegen in der Werkstatt erklären dem Arbeitgenossen einfach, wenn er Wert darauf lege, als anständiger Arbeiter betrachtet und behandelt zu werden, müsse er sich dem Wahlverein anschließen und den „Vorwärts“ abonnieren. Da hilft kein Widerstreben, der Dien muß. Bei der Preisung zum Parteimitglied braucht gar kein „Terrorismus“ im schlimmsten Sinne des Wortes ausgeübt zu werden. Schon die gesellschaftliche Achtung der Kollegen, mit denen man täglich zusammen arbeitet, können nur ganz rückgratigste Männer ertragen. Der Wahlverein hat ein neues Mitglied, aber zugleich auch einen inneren Feind. Bei solchen Zwangsmitteln kann natürlich von Opferfreudigkeit keine Rede sein. Zudem sind ihre Zwangsbeiträge schon so hoch, daß sie schwer genug daran zu knabbern haben. Die Anhebung der Gesinnungsfreiheit jedoch, der sie in vielen Werkstätten wehrlos ausgesetzt sind, macht sie zu stillen, aber um so erbitterteren Feinden der Partei. Wenn dann die Versuchung an sie herantritt, durch den Beitritt zu „gelben“ Werkvereinen wirtschaftliche Vorteile zu erreichen, so sind sie — dadurch erklärt sich zum großen Teil das rapide Anwachsen dieser unerfreulichen Gebilde — nur zu schnell dabei, auch wenn sie ihrer ganzen Gesinnung nach den koalitionsfeindlichen Bestrebungen dieser Werkzeuge des Unternehmertums abgeneigt sind. Bietet sich ihnen doch hier eine Gelegenheit, dem viel schlimmeren Gewissenszwang der sozialdemokratischen Vertrauensmänner in der Werkstatt zu entziehen. So untergraben die Zwangsmittel den inneren Bestand der sozialdemokratischen Organisation, und so beförderung die Parteifanatiker mit ihrer terroristischen Agitationsmethode die Geschäfte der Feinde der Arbeiterklasse. Unabhängige Zeitungen aber, die diesen Sachverhalt gerade aus ihrer ephemernden Arbeiterfreundlichkeit heraus offen schreiben, werden von der sozialdemokratischen Parteipresse, die hier lediglich für ihren eigenen gefährdeten Abonnentenstand schreibt, als „arbeiterfeindlich“ gebrandmarkt!

Soweit die demokratische „Vollzeitung“, ganz im Stile der Scharfmacher. Sie beweist damit, daß ihr nicht nur jedes Verständnis für die sozialdemokratische Bewegung abgeht, sondern daß sie auch unsere Bewegung mit einem Haß verfolgt, wie er nicht schärfer in den Unternehmerrblättern, der „Post“, den „Neuesten Nachrichten“ und der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zum Ausdruck kommt. Weil unsere Genossen von ihrem Recht Gebrauch machen, ihre eigenen Kollegen aus ihrer Klassenlage aufmerksam zu machen, ihnen die Pflicht nahelegen, sich in Reich und Glied mit ihren Klassengenossen zu stellen im Kampfe gegen das Ausbeutertum, deshalb treiben sie „Terrorismus“, deshalb üben sie einen „Zwang“ auf ihre Arbeitskollegen aus! Eine solche Ansicht kann nur jemand vertreten, der da meint, Unternehmer und Regierung hätten dauernd Anspruch, brave, gefügige Arbeiterklaven zu haben. Und dann das Gerede von den Zwangsbeiträgen! Ganz im Sinne der utopischen preußischen Minister Dallwitz und Lenz!

Arbeiterfeindlicher kann kein Blatt schreiben, wie das die „Vollzeitung“ hier wieder einmal gezeigt hat. Klassenbewusste Arbeiter wissen, was sie von dem Geschreibsel der „Vollzeitung“ zu halten haben, die im Sinne des Reichsverbandes, unter Umhängung eines demokratischen Mantelchens vorgibt, Arbeiterinteressen zu vertreten. Ein Wolf im Schafskleid!

### Partei-Angelegenheiten.

#### 6. Wahlkreis.

Zu dem Konzert des Philharmonischen Orchesters am 28. Juni in der Brauerei Königstadt sind noch Billetts zu haben im Bureau des Wahlvereins, Gerichtstr. 71.

Neuheiten. Den jungen Genossen und Genossinnen zur Kenntnisnahme, daß heute bei Partisch, Herrmannstr. 491, die Versammlung der Jugendsektion stattfindet. Der Beginn ist auf 8 Uhr festgelegt, damit es einer Anzahl Funktionäre möglich ist, an einer anderen Veranstaltung teilzunehmen.

Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag des Redakteurs Jacob über: „Hobenzollerngeschichte“. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung. Angesichts des wichtigen und zeitgemäßen Themas wird

um rege Agitation unter den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen Reutollns erucht.

Stralau. Am Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Steinide, Alt-Stralau Nr. 5: Generalversammlung. 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht der Funktionäre. 3. Diskussion. 4. Neuwahlen. 5. Anträge. 6. Verschiedenes.

Göpenitz. Heute, den 25., abends 8 1/2 Uhr, Wahlvereinsversammlung im Stadttheater (Kleiner Saal).

Bessen. Am Donnerstag, den 26. d. M., im Lokal Scherler: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, Bericht von der Kreis- und Generalversammlung von Groß-Berlin, Vortrag.

Königs-Wusterhausen. Am Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr im Lokale des Genossen Wilh. Kobanek: Außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Vortrag des Genossen Max Groger über das Thema: „Was nun?“ sowie einzelne Ersatzwahlen der Funktionäre und Stellungnahme zum Sommerfest.

### Berliner Nachrichten.

#### Der städtische Schulgarten.

Hinter Nieder-Schönhäusen-Nordend an der Straße nach Plantenfelde fällt kurz vor dem Gelände der Ferienpielplätze ein Grundstück auf, das dicht hinter dem Zaun mächtige Spaliere und Gefünge zeigt. Das ist der neue städtische Schulgarten. Noch ist er nicht ganz fertig, nicht in vollem Maße lieferungsfähig für die Großberliner Schulkinderarmee. Einweilen wird auch der alte, im Humboldthain an der Gustav-Weyer-Allee belegene städtische Schulgarten herangezogen, dessen Fläche dem Gesamtbedarf längst nicht mehr genügt. Zudem wird hier der Pflanzenbestand durch den benachbarten Betrieb der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft geschädigt. Kleinere Schulgärten an verschiedenen anderen Stellen reichten auch nicht aus und erwiesen sich als unzuverlässig, so daß die städtischen Körperschaften sich zu der großzügigen Plantenfelder Anlage entschlossen. Die Bedeutung eines solchen Schulgartens ist noch viel zu wenig bekannt. In erster Reihe steht der Lehrzweck, in zweiter der Schaulzweck. Es werden also in größerer Menge vorzugsweise heimische Pflanzen angezchtet und das ganze Jahr hindurch, im Sommer natürlich vermehrt, an sämtliche städtische Schulen, durch besondere Verträge auch an andere Schulen, für den botanischen Unterricht geliefert. Diese Massenerlieferung, in 250 Arten schon mehr als eine halbe Million Pflanzeneremplare jährlich, will für rund 250 000 Volksschulkinder und für etwa 50 000 Schüler und Schülerinnen anderer Lehranstalten etwas heißen, zumal die Lehrpflanzen in möglichst frischem Zustande in den Schulen eintreffen sollen. Man sieht also schon hieran klar den Unterschied von dem Dahlemer Botanischen Garten, der seiner Bestimmung entsprechend vorzugsweise ausländische Pflanzen aufweist und neben seinem öffentlichen Charakter dem reinen Anschauungsunterricht für Schüler, Studierende und Laien, überhaupt für jeden Interessenten und Naturfreund, dient. Zwar wird der Plantenfelder Garten, wie das schon seit Jahren bei dem Schulgarten im Humboldthain der Fall ist, auch zur freien, unentgeltlichen Besichtigung später zugänglich sein, aber nur auf besondere Anmeldung. Ganze Schulklassen wandern mit ihren Lehrern schon jetzt hinaus, um an dem zu lernen, was nicht gut nach der Schule geliefert werden kann.

Der überragende Vorteil gegen alle bisherigen städtischen Schulgärten besteht in der mehr der Naturwirklichkeit angepaßten Art der Anlage. Was in den Garten gehört, erscheint auch hier als Garten. Besonders interessant ist ein „Bauerngarten“, in dem das Angenehme mit dem Nützlichen verbunden ist, die Rose und die Nelke dicht bei dem Gemüse, bei Strohköpfen, Kartoffeln und Obst steht. Das erinnert lebhaft an unsere Laubkolonien. Wasserliebende Pflanzen sind an Mieselsgräben und an einem Karpenteich vereinigt. Die märkische Weide mit Erle ist ebenso vertreten wie ein Stück Landwirtschaft und ein märkischer Miniaturwald mit allem, was im Walde gedeiht, vom Brombeerstrauch, Wacholder und Waldmeister bis zur Lanne, Buche und Birke. Von besonders praktischem Werte werden auch die noch nicht ganz fertigen Gispflanzenbeete sein. Ein Bivarium mit lebenden Tieren (Schlangen, Eidechsen, Frösche usw.) soll noch kommen, ferner eine morphologisch-biologische Abteilung, die veranschaulicht, welcher Umbildung lebende Pflanzen fähig sind. Der Magistrat hat endlich in weiser Vorforge auch an sich selbst gedacht. Der Schmutz der Innenräume des Rathauses für alle möglichen, oft recht überflüssigen Empfangs- und Festgelegenheiten ist modern geworden. Er würde, wollte man die Blumen kaufen, die in den Gewächshäusern am Humboldthain an der Gustav-Weyer-Allee untergebracht wurden und Gewächse diesen Zweck.

#### Große Besitzwerbungen der Stadt Berlin.

Wie wir hören, beabsichtigt die Stadt Berlin ihren Besitz an Grund und Boden in großem Umfange zu erweitern. Die Stadt Berlin hat bereits im Jahre 1909 größere Wald- und Landflächen bei Schönwalde-Chorin erworben. Während damals etwa 1000 Hektar erworben wurden, soll die jetzt geplante Besitzweiterung etwa 4480 Hektar umfassen. Als solche ist die Erwerbung der Herrschaft Lante in Aussicht genommen. Die Herrschaft Lante liegt in den Kreisen Nieder- und Oberharnim und gehört zum Familiensideikommiß des Grafen Redern. Die Besitzung hat eine Größe von etwa 4480 Hektar, von denen etwa drei Viertel Waldboden, der Rest Ackerland umfaßt. Zu Lante gehören u. a. der Liepnitzsee mit der Insel Großer Werber, der Obersee, die Krumme Lante, der Hellsee, jene bekannten Ausflugsplätze, die zu den schönsten Teilen der Mark zählen. Von Berlin, Stettiner Bahnhof, erreicht man Lante entweder über Bernau, Wiesenthal oder über Reinickendorf-Rosenthal-Wandlitz. Ein erheblicher Teil der Besitzung ist zurzeit an den Geheimen Kommerzienrat v. Friedländer-Gould verpachtet, der auch ein Vorkaufsrecht beansprucht. Dem Vernehmen nach sind jedoch Vereinbarungen zwischen den Beteiligten geschick, auf Grund deren Herr v. Friedländer-Gould sich bereit erklärt hat, sein Vorkaufsrecht nicht auszuüben.

Der Magistrat tut gut daran, rechtzeitig an eine Besitzweiterung zu denken. Zur Erfüllung der der Stadt obliegenden Aufgaben erweist sich die Ausdehnung städtischen Geländes als eine dringende Notwendigkeit. Das ist, abgesehen von allen anderen Aufgaben, um so mehr notwendig, als der Fiskus drauf und dran ist, den Groß-Berliner Gemeinden für teures Geld unter unglaublich harten Bedingungen fiskalischen Wald aufzuhängen, um sich seiner eigenen

sozialen Verpflichtungen zu entziehen. Sorgt die Gemeinde durch Besitzweiterung zugleich für Erholungsmöglichkeit ihrer Einwohner, so kann sie um so leichter die ungeheuerlichen Forderungen des Fiskus die Stirn bieten. Die Stadt braucht dann weniger Geld dem Fiskus hinzuzuerfassen und ist „Herrin im eigenen Hause“.

#### Umzugstermin!

Nach dem Gesetz vom 30. Juni 1884 und der Bekanntmachung vom 26. März 1870 sind bei den bevorstehenden Umzugsterminen zu räumen: 1. Kleine, aus höchstens zwei Zimmern und Zubehör bestehende Wohnungen, am 1. Juli d. J. 2. Mittlere, aus drei oder vier Zimmern nebst Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 2. Juli d. J., mittags 12 Uhr. 3. Große, mehr als vier Wohnzimmern umfassende Wohnungen, bis zum 3. Juli d. J., mittags 12 Uhr. Die Inhaber von Wohnungen, die aus drei Wohnzimmern und Zubehör bestehen, müssen jedoch ein Wohnzimmer, und die Mieter von Wohnungen mit mehr als drei Wohnzimmern mit Zubehör zwei Wohnzimmer schon am 1. Juli d. J. — vollständig geräumt — dem künftigen Wohnungsinhaber zur Verfügung stellen. Diese Bestimmungen beziehen sich nicht auf die Räumung von Geschäftslökalen. Deren Räumung richtet sich nach den Bestimmungen des Mietvertrages.

#### Ein unaufgeklärter Leichensund.

Ein noch unaufgeklärter Leichensund, der auf ein Verbrechen schließen läßt, beschäftigt die Behörden. Auf Hennigsdorfer Gebiet wurde Montag nachmittag von Ausflüglern eine bis zur Unkenntlichkeit verweste und völlig unbekleidete Leiche entdeckt, die mit dem Gesicht auf der Erde lag. Sie benachrichtigten von ihrem Funde den Hennigsdorfer Amtsvorsteher, der sofort mit mehreren Polizeibeamten und einem Arzte nach dem Fundort eilte. Dieser liegt ungefähr 1 1/2 Stunden von Hennigsdorf nach Belten entfernt, in dem sogenannten Bellerer Fischenhain des Falkenhagener Forstes, der aber noch zu Hennigsdorf gehört. Es ergab sich, daß sich infolge der Verwesung nicht mehr feststellen ließ, ob es sich um die Leiche einer männlichen oder weiblichen Person handelt. Wie es scheint, ist die Leiche auch von Tieren angegriffen worden. Auf Tierfraß glaubt man auch die Wunden zurückzuführen, die wie Verletzungen aussehen. Die Kopfhaut der Leiche scheint völlig abgefressen worden zu sein. Einzelne zerstreut um die Leiche herumliegenden Haare sind etwa handlang. Das läßt darauf schließen, daß es sich um die Leiche eines Mannes handelt. Nach dem Grade der Verwesung zu urteilen, hat die Leiche schon mehrere Wochen dort gelegen. Man sah von einer genaueren Bestimmung der Leiche ab und ließ sie in ihrer Lage, damit Dienstag vormittag beim Gerichtstermin noch alles unverändert ist. Der Erste Staatsanwalt des Landgerichts III ist mit mehreren Gerichtsärzten bereits nach dem Fundort gefahren. Montag abend beschränkte man sich darauf, die Umgebung abzusuchen. Irgendwelche Kleidungsstücke fand man nicht, dagegen in einer etwa 10 Meter entfernt gelegenen Richtung eine Stelle, auf der ein Kampf stattgefunden zu haben scheint. Der Boden war dort völlig zertritten. Von diesem Platz aus führte ein Schleppspur nach der Leiche. Man rechnet deshalb damit, daß die Person hier überfallen und von dem Mordtäter dorthin geschleppt worden ist. Es ist nicht anzunehmen, daß diese in der Gabel gebadet und dann im Walde herumspaziert ist, denn das Wasser liegt über eine halbe Stunde von dem Fundort entfernt. Wer die Person ist, wird sich schwer feststellen lassen, da eine Beschreibung auch nicht annähernd gegeben werden kann.

Zu dem Leichensund wird uns weiter mitgeteilt, daß die Werkskommission gestern mittag am Fundort erschien. Auch ein Berliner Kommissar sowie Beamte des Erkennungsdienstes waren dorthin gefahren. Die Leiche wurde fotografiert, ebenso die nähere Umgebung und der Platz, auf dem der Kampf stattgefunden haben soll. Der Termin ergab, daß es sich wahrscheinlich um die Leiche eines Knaben von ungefähr 14 Jahren handelt. Ob aber ein Lustmord oder irgendein anderes Verbrechen vorliegt, kann nicht bestimmt gesagt werden. Die Leiche wurde nach Beendigung des Termins nach Hennigsdorf gebracht. Dort sind inzwischen schon verschiedene Vermisshanzeigen von verschiedenen Personen eingelaufen, die alle nachgeprüft werden, ob sie mit der aufgefundenen Leiche irgend etwas zu tun haben.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags erließ der Regierungspräsident von Potsdam auf Vorschlag des Ersten Staatsanwaltes vom Landgericht III Krause folgende amtliche Bekanntmachung:

Am 23. Juni d. J. ist nachmittags im Walde bei Belten, unweit der Gastwirtschaft Heidekrug, die halbverweste, völlig unbekleidete Leiche einer etwa 14 bis 16 Jahre alten männlichen Person gefunden worden. Der gutgepflegte, muskulöse Körper ist etwa 1,50 Meter groß. Die Länge der Füße beträgt 28 Zentimeter. Die blonden Haare sind 4 bis 5 Zentimeter lang, die Zähne gut erhalten und polzählig.

Der Tod ist vermutlich schon vor drei bis sechs Wochen eingetreten und anscheinend auf gewaltsame Einwirkung eines Dritten zurückzuführen.

Auffallend ist es, daß das Zungenbein und der Kehlkopf fehlen. Es besteht daher die Möglichkeit, daß diese Teile von dem Täter entfernt worden sind. Es sind bisher keine Kleidungsstücke in der Nähe der Leiche gefunden worden, bis auf ein paar defekter, schwarzgefärbter, früher gelb gewesener Schnürstiefel, die etwa 10 Meter von der Leiche entfernt lagen. Auf die Ermittlung des Täters hat der Regierungspräsident von Potsdam eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

#### Abgefürzt.

Beim Fensterputzen abgefürzt und tödlich berunglückt ist gestern mittag der 25 Jahre alte, unverheiratete Fensterputzer Hermann Kühn. Kühn stellte, um ein Fenster im ersten Stock des Hauses Marktstr. 34 zu putzen, seine Leiter außen auf das Gesims, ohne sich, wie es Vorschrift ist, anzuseilen. Beim Arbeiten glitt die Leiter aus und er fiel mit ihr auf den Bürgersteig und zwar so unglücklich, daß er auf der Stelle verstarb. Nachdem ein Arzt seinen Tod festgestellt hatte, wurde die Leiche von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

#### Die Sonntagsarbeit in den Laubkolonien.

Ein offiziöse Meldung besagt, daß nach den Vorschriften der jetzt für den Landespolizeibezirk Berlin geltenden Polizeiverordnung vom 15. Mai dieses Jahres solche Arbeiten gestattet sind, wie dies im § 2 der Polizeiverordnung zum Ausdruck gebracht wird. Denn wenn im § 1 Buchstabe a bestimmt sei, daß die gewöhnlichen Landarbeiten und die öffentlich bemerkbaren Arbeiten u. a. verboten sind, so ist im § 2 Ziffer 4 bestimmt, daß dies Verbot keine Anwendung findet auf Arbeiten, welche in Bier- und Hausgärten oder diesen gleich zu achtenden



kleineren Gärten oder Feldgrundstücken von den Besitzern selbst oder von ihren Angehörigen verrichtet werden. Unter die den Tier- und Hausgärten gleich zu achtenden kleineren Gärten und Feldgrundstücken fallen auch die sogenannten Laubenkolonien. Gegenüber den strengeren Vorschriften der bisher gültigen Polizeiverordnung stellt dies eine Erweiterung der Ausnahmen dar. Es wird anerkannt, daß solche Arbeiten vielfach als Erholung empfunden werden, die schon im Interesse der Gesundheit zugelassen werden sollten. Wenn die Arbeiten auch während der Zeit des Hauptgottesdienstes auch nach der neuen Polizeiverordnung noch ruhen solle, so stehe für diese Arbeiten der ganze übrige Sonn- oder Feiertag frei. Es sei nicht von der Hand zu weisen, daß bei Vornahme auch solcher Arbeiten gerade während des Hauptgottesdienstes sich weitere Kreise der Bevölkerung in ihren religiösen Gefühlen verletzt fühlen könnten.

Das Letztere ist nun nicht richtig, aber die polizeiliche Auslassung ist geeignet, die berechtigzte Erregung der Laubenkolonisten etwas zu dämpfen. Es ist nicht klar, ob es sich bei dem von verschiedenen Zeitungen mitgeteilten famosen Urteil um ein Kammergerichts- oder Oberlandesgerichts-Urteil handelt.

### In einem Eisenbahnzuge erschossen

hat sich in der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr in einem Abteil II. Klasse des Vorortzuges Nauen-Fürstenbrunn ein noch unbekannter, etwa 80 bis 85 Jahre alter Mann. Man fand ihn gestern früh mit einem Schuß im Munde. Der Tod war bereits eingetreten. Die Leiche wurde nach dem Lehrter Bahnhof transportiert und von dort nach dem Schanzenhaus in Berlin gebracht. Der unbekannte Tote war im Besitz einer Johanna III. Klasse, die in Nauen abgestempelt worden war. Außerdem wurden bei ihm mehrere Karten von Rennbahnen, wie Ruhleben und Grunewald, vorgefunden. Auf eine Zeitung, die er bei sich trug, hatte er folgende Aufschrift gemacht: „Sei so freundlich und erlebe meine Angelegenheiten. Die Gründe, die mich zu der Tat bewegen, sind einzig und allein meine Krankheit. Wenn dieselbe sich auch nicht äußerte, so hing die Krankheit wie ein Damoklesdämon über mir und nahm der Gedanke daran mit jeder Luft zum Leben.“ Eine Adresse hat der Mann jedoch nicht aufgeschrieben. Der Unbekannte ist 1,73 Meter groß und untereigt, hat blondes Haar, einen kurzgeschnittenen, büschelartigen Schnurrbart und ein längliches Gesicht und trug ein weißgestreiftes Oberhemd, wollesenes Unterzeug, einen grauen Jacketanzug, schwarze Strümpfe und Schürstiefeln, einen Stehragen mit schwarzem, weißgestreiftem Selbstbinder und einen braunen Stod. Sein weißes Taschentuch ist J. B. gezeichnet. Am linken Oberschenkel, oberhalb des Knies, hat er eine alte, runde Narbe.

Zwischen Trittbrett und Bordstufe. Als Montagabend der Zug A 9, vom Wedding kommend, in den Ringbahnhof Pankitzstraße eingelaufen war und jeden Augenblick wieder weiterfahren mußte, entstieg einem Abteil noch schnell der 30 Jahre alte Radierer Paul Sack. In seiner Hast verfehlte er die Bordstufe und trat zwischen diese und das Trittbrett. Er er sich erheben konnte, legte der Zug sich in Bewegung und Sack wurde furchbar eingeklemmt. Nachdem man durch Auslösen des untersten Trittbretts den Verunglückten befreit hatte, brachte man ihn auf einer Tragbahre mit einem rechtsseitigen doppelten Beckenbruch, inneren Verletzungen und Wunden an beiden Armen und Beinen in hoffnungslos Zustand nach dem Rudolf-Birchow-Krankenhaus.

Die „Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht, G. V.“, Charlottenburg, Dahlmannstr. 26, unterhält in allen Stadtteilen Groß-Berlins Auskunftsstellen, in denen Frauen und Mädchen in allen sie und ihre Kinder betreffenden Angelegenheiten unentgeltlich beraten werden. Die Auskunftsstellen befinden sich:

- Im Norden: Schönhauser Allee 181, Mittwoch 7-8, Sonnabend 10-11.
  - Im Norden: Koloniestr. 1, Donnerstag, 1-2, Dienstag 6-7.
  - Im Süden: Dresdener Str. 81, Dienstag 1/2-10, Freitag 8-9 abends.
  - Im Westen: Steinmetzstr. 11, Montag 1-2.
  - In Prenzlauer Berg: Rathaus, Armenamt, Sonntag 11-12.
  - In Neukölln: Steinmetzstr. 113, Mittwoch 10-11, Sonnabend 7-8.
  - In Charlottenburg: Dahlmannstr. 26, täglich 1/2-3.
- Küherdem unterhält die Verein ein Mütter- und Kinderheim, die „Mutterhilfe“, Wilmsdorf, Düsseldorf Str. 14. In diesem finden Mütter vor der Entbindung und nach derselben mit ihren Kindern bis zu ihrer Erwerbsfähigkeit Aufnahme. Für die Verpflegung haben die Mütter 1 M., mit Kind 1,50 M. pro Tag zu zahlen. Bei Bedürftigkeit werden die Verpflegungskosten erlassen. Die Anmeldung in die „Mutterhilfe“ geschieht durch die Geschäftsstelle des Vereins oder durch eine ihrer Auskunftsstellen.

Zu erschließen versuchte sich gestern vormittag im Tiergarten ein noch unbekannter Mann von etwa 60 Jahren. Schulkleute fanden den Mann mit einer Schußwunde in der Stirn und brachten ihn mit einer Droschke nach der Charité, wo er noch schwerer darniederliegt. Wer der Lebensmüde ist, der laum mit dem Leben davonkommen dürfte, keh sich nicht feststellen, da er keinerlei Papiere bei sich trug.

Ueberrfahren. Am Sonntagabend gegen 10 Uhr ist in der Chausseestraße (Ecke Schwarztopfstraße) Frau Graf aus der Straßburger Straße 18 so unglücklich zu Fall gekommen, daß sie von einem Autoomnibus überfahren wurde und schwerverletzt in das Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht werden mußte.

Von einem Autoomnibus überfahren wurde gestern abend gegen 10 Uhr vor dem Hause Alexanderstr. 12a ein anscheinend dem Arbeiterstande angehörender Mann und in bewußlos Zustand nach der Rettungsstation an der Holzmarktstraße gebracht. Den Chausseur soll nach Angaben der Zeugen keine Schuld treffen.

Der Verband der Laubenkolonisten Berlins und Umgegend veranstaltet heute Mittwoch in Berliner Klubhaus, Dönhofsplatz 2, eine öffentliche Laubenkolonistenversammlung. Die Tagesordnung lautet: „Die Vernichtung der Berliner Laubenkolonien infolge Verletzung der Kolonisten wegen Sonntagsarbeit“. Referenten sind Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Wolfgang Heine und Verbandsvorsitzender Franz Steinweg.

Zwei Kinderleichen wurden gestern aus der Spree gelandet. Beide waren völlig unbekannt. Die eine fand man an der Reichsbrücke, die andere hinter der Plonierkaserne in der Köpenicker Straße.

## Vorort-Nachrichten.

### Sichtenberg.

Moderne Rowdies in städtischen Anlagen. Der Stadtpark in der Müllendorffstraße wird mit Recht von der Sichtenberger Einwohnerschaft als ein angenehmer Erholungsplatz gern aufgesucht. Aber auch aus dem an Erholungsplätzen armen Wohnvierteln des Berliner Ostens strömen erholungsbedürftige Familien nach hier.

Scharen der Kleinen geben sich eifrig auf den hierzu hergerichteten Spielplätzen dem Spiele hin, während Erwachsene unter dem herrlichen Baumbestande des gut gepflegten Gartens promenieren.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den

Nach Feierabend suchen die an Tage in Staub und Hitze geplagten Arbeiter und Arbeiterinnen den Park auf, um den Lungen frische Luft zuzuführen. Aber nur kurz ist die Zeit der Ruhe und damit die der Erholung. So wie es dunkel, verlassen die Familien den Park, um nicht Zeuge sein zu müssen, wie auch die bestgeeignete Einrichtung von unverständigen Leuten in Verzug gebracht werden kann. Eine größere Zahl halbwüchsiger Burschen haben sich den Park erkoren, als den Platz, auf dem sie sich schrankenlos ihrer Kadaverlust und sonstiger Flegelien hingeben. Wohl bemühen sich Wächter und Gärtnere um den Schutz der Anlagen und des Publikums, aber hier scheint Jugenddeutschland das Feld zu beherrschen. Am gestrigen Dienstag war auf den Steinplatten zum Aussichtsturm noch das Blut zu sehen, das aus den Köpfen der angehenden Felder geflossen ist. Und die abgebrochenen Zweige des herrlichen Grün legen Zeugnis davon ab, daß in den Kreisen, in denen diese Burschen verkehren, die Erziehung zum Gemeinwohl eine untergeordnete Rolle spielt. Sollte die Stadtverwaltung denn wirklich keine Mittel an der Hand haben, dem widerlichen Treiben der Rowdies Einhalt zu bieten. Wir erinnern hierbei an einen Vorgang, der sich vor längerer Zeit einmal abgespielt hat. Im Saale des „Schwarzen Adler“ saßen hunderte älterer Arbeiter sowie schulentlassene junge Leute, die andächtig mit sichtlichem Interesse dem Versuch des Vortragenden, an der Hand von Lichtbildern die Entstehung der Erde zu erklären, lauschten. Da plötzlich traten, wie aus der Erde gestampft, ein Leutnant, ein Wachmeister und 7 Schulkleute in den Saal und lösten die Veranstaltung auf! Im Stadtpark können diese halbwüchsigen Burschen sich die Köpfe zerbrechen und die Erwachsenen an der Erholung hindern, hier aber scheint keine Veranlassung zur „Auflösung“ vorzuliegen. Handelt es sich doch hier nicht um die bildungshungrige Arbeiterjugend, sondern um die hoffnungsvollen Burschen, die bei der „Parade“ dabei sein müssen und so den Stolz und die Staffage des Patriotenrummels bilden. Mit allem Nachdruck muß jedoch betont werden, daß der Stadtpark dem Erholungsbedürftigen Publikum gehört. Wollen sich die Rowdies tummeln und niedrige Szenen aufzuführen, so mögen dieselben sich das Paradiesfeld hierzu aussuchen — aber noch vor den Ferien.

### Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurde über die Prüfung des Lagerbuches berichtet und festgestellt, daß das Vermögen der Stadt, besonders an Grundbesitz, erheblich vermehrt worden ist, es müsse daher daran gedacht werden, dementsprechende Abschreibungen vorzunehmen. Daraufhin wurde beschloffen, von allen städtischen Gebäuden 1/2 Proz. des Feuerlastenwertes und von der Markthalle, den Trinkhallen und den Zeitungskiosken mindestens 10 Proz. abzuschreiben. Auf dem Bayerischen Platz sollen zwei rechtliche Bedürfnisanstalten sowie eine Trinkhalle nebst Zeitungskiosk und Fernsprechanlage errichtet werden. Die Bedürfnisanstalt an der Ecke der Haupt- und Ebersstraße soll die Form eines Rundhauses erhalten. Für die Verlegung der Anstalt von dem Platz vor der Apostel-Paulus-Kirche nach dem Sachsen-damm wurden 2500 M. bewilligt. Dafür soll auf diesem Platz ein Verkaufshäuschen gebaut werden; gleichzeitig soll Rücksicht darauf genommen werden, daß eine bequeme Durch-führung von der Schwabischen nach der Magien-Straße möglich ist. Montiert wurde, daß bei den städtischen Bauten die Bauleistungen immer erhebliche Ueberschreitungen aufweisen, die teilweise bis zu 90 Proz. betragen. Stadtrat Eggeling erklärte, das läme daher, daß man bisher nicht recht gewußt habe, wovon die bei diesen Bauten tätigen Techniker befolgt werden sollten. Dieser Zustand sei jetzt beseitigt worden.

Dem Vertrag mit dem Fuhrunternehmer Schulz, der eine Automobilmobil-Verbindung nach dem städtischen Friedhof bzw. Obdach errichten will, wurde zugestimmt. Da genügend unbenutzte Räume in Obdach vorhanden sind, sollen zu-nächst drei Mittelklassen täglich unter Begleitung ihrer Lehrer dort-hin befördert werden, um denselben draußen den Unterricht zu erteilen. Ferner wurde den Projekten und Kostenschätzungen für die Verlängerung der Gräben sowie für die Anlage von Klä-rteichen auf dem Miesefeld zugestimmt. Infolge Kieferlegung der Germaniastraße in Tempelhof ist auch die Verlegung des Schöne-berger Druckrotes erforderlich. Die Kosten belaufen sich auf über 12000 M., es wurde beschloffen, der Verlegung der Regenrohr-fälle nur unter Protest und unter Vorbehalt der Kostenersatzung durch die Gemeinde Tempelhof zuzustimmen.

Mit der Gemeinde Deutsch-Wusterhausen soll ein Vertrag über die gemeinsame Anlage eines Friedhofes abge-schlossen werden. Nachdrücklich Verhandlungen und Beratungen mit dem Gemeindevorstand unter Beihilfe der Regierung haben es endlich ermöglicht, den Vertrag zustande zu bringen. Danach hat Schöneberg die Hälfte derjenigen Kosten zu erstatten, die für die erstmalige Anlage und Verrichtung des gemeinsamen Friedhofes erforderlich sind. Dieser Betrag darf 7000 M. nicht übersteigen. Des weiteren hat es die Hälfte derjenigen laufenden Unterhaltungs-kosten zu zahlen, die für die angemessene Instandhaltung der Friedhofskapelle, des Brunnens und des von der Hoberlehmerstraße abgewinkelten Aufgangsweges zur Kapelle erforderlich sind. In der ihr überwiesenen Hälfte der Friedhofsanlagen trägt jede Partei für sich die laufenden Wege- und Bauunterhaltungskosten. — Nach kurzer Debatte wurde dem zugestimmt. Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

### Treptow-Dammulkenweg.

Aus der Organisation. Die in der Rennbahn stattgefundene Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Bericht des Genossen Freitag über die Generalversammlung des Kreisess entgegen. Der Redner betonte: Besonders bedauerlich sei der Rückgang der Mitgliederzahlen in 17 namentlich angeführten Orten, es sei indes zu hoffen, daß wenn alle Parteigenossen sich energisch an den Agitationsarbeiten beteiligen, die Organisation sich bald wieder vorwärts entwickeln müsse. Freitag behauptete, daß der Antrag, der forderte, den jeweiligen Bestand von der Drittelung der örtlichen Einnahmen auszuscheiden, keine Annahme gefunden habe. Hierauf nahm die Versammlung den Bericht des Gen. Hornig über die Verbandsgeneralversammlung entgegen und den des Genossen Strieder von der Bildungsauswahkonferenz. Nachdem die Genossen Gernert als Schriftführer und Vogel als Abteilungsleiter der Abteilung 1 gewählt worden waren, setzte nach eine recht lebhaft Debatte über die Interpretation der Aus-schreibungsbestimmungen der Hauskasserung ein. Mit dem Ein-wurfe, daß es not tue, mit Eifer an die Agitation zu gehen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

### Straußberg.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins hatte zunächst mehrere Resolutionsentwürfe zu verzeichnen. Sodann warf Genosse Leunberger einen Rückblick auf die verfloßene Land-tagswahl, bei der es erfreulicherweise gelungen sei, den sozial-demokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Unter „Ver-einsangelegenheiten“ erstattete Genosse Thalder Bericht über die Tätigkeit der Bezirkskommission. In der sich daran anschließenden Diskussion entspann sich eine längere Debatte über das Schmidt'sche Lokal. Die Versammlung forderte, daß gegen den Inhaber ener-gische Schritte unternommen werden sollten, weil derselbe sich be-liebige Reuehrungen gegen unsere Stadtverordneten habe zu-schulden kommen lassen.

### Nowatzeß.

Die Bahndammaufsichtungen, soweit sie noch nicht mit Rosen bedeckt sind, üben auf die Wohnungen in den angrenzenden Straßen eine sehr üble Wirkung aus. Der durch die ständige Hitze ausge-trocknete Sand wird schon bei mäßigem Winde aufgewirbelt und durch die geöffneten oder undichten Fenster in die Wohnungen

hineingeblasen. Der Gemeinde ist es leider nicht möglich, durch Befassung der Büchungen dem Uebel abzuhelfen, weil in letzter Zeit von einem Fortgang der Ausschüttungsarbeiten überhaupt nichts zu merken ist. Dabei herrscht am Orte eine Arbeitslosigkeit, wie sie seit Jahren nicht zu verzeichnen war. Viele Arbeiter haben bereits wegen der Ausschüttungslosigkeit, Beschäftigung zu erhalten, den Ort verlassen, und viele andere werden ihrem Beispiel folgen müssen, wenn sich die Gemeinde nicht bald zur Inangriffnahme irgendwelcher notwendigen Arbeiten entschließt und vor allem beim Eisenbahnbau darauf dringt, daß beim Bahnbau die fleißigen Arbeiter mehr als bisher berücksichtigt werden. Obwohl sich der Fiskus damit entschuldigen dürfte, daß die Arbeiten von Privat-unternehmern ausgeführt werden, so hat es die Gemeinde doch in der Hand, den Fiskus durch Gewährung irgendwelcher Konzessionen zu einem entsprechenden Druck auf die Unternehmer zu veran-lassen.

Die Gemeindegärtnerei errang auf der in Breslau veranstalteten Spezialausstellung von Gartenerzeugnissen einen schönen Erfolg. Sie erhielt auf ihre Kollektion von 100 Exem-plaren der seltenen Crassula coccinea die bronzene Medaille sowie einen Ehrenpreis der Stadt Breslau. Die in ihrem vollen Blüten-schmuck prangenden Blumen wurden nach Schluß der Ausstellung zum Verkauf gestellt und sollen guten Absatz gefunden haben.

### Jugendveranstaltungen.

Bantow-Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 20. Juni, nach-mittags von 2 Uhr ab, luden in Bantow gemeinsame Spiele der Arbeiter-jugend von Bantow, Nieder-Schönhausen, Charlottenburg und Jellandorf statt. Treffpunkt pünktlich 2 Uhr: Bantow-Nordbahn und Bantow-Straße. Radfahrer trafen sich bei Larren, Brechmeier, 4748. Die Arbeiterjugend der oben genannten Orte wird erucht, sich zahlreich zu beteiligen, ebenso ist die erwachsene Arbeiterschaft willkommen.

### Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Tempelhof. Donnerstag, den 20. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindeführungszimmer, Dorstr. 42.  
Buckow. Donnerstag, den 20. Juni, abends 6 Uhr, im Ge-meindehaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist be-rechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

### Frauen-Leseabende.

Waldmannslut. Mittwoch, den 25., abends 6 Uhr, im „Schwitzer-haus“, Dianostraße.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Saal Nr. 68, von vier Tropfen — Perlestr. —, wochentlich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Anworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenidentifizierung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Etliche Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

2. 23. Der Ersteller des Grundstücks kann zu dem geschicklich zunächst zulässigen Kündigungstermin aufstöhnen. Verzinst er dies, so behält der Vertrag seine Gültigkeit. Welches der zunächst zulässige Kündigungstermin ist, läßt sich nur nach Einleitnahme in den Widerspruch beurteilen. — 3. 24. 24. Behaupten Sie sich über den Nachsatz unter Gewährleistung bei dem Vorstand der Ortskrankenkasse. — 4. 25. 25. Sie können die Zahlung des Restkaufpreises abhängig machen von der vorherigen Erteilung der Zulassung. — 6. 26. 26. 1. Wenn die Bedauptungen be-wiesen werden können und das geschätzte Verhalten der Frau nicht in neuerer Zeit sich wiederholt hat, ist eine Klage nicht ausgeschlossen. 2. Der Versuch muß durch einen Rechtsanwalt geführt werden. 3. Mindestens drei. 4. Die Kosten richten sich nach dem Objekt, welches das Gericht nach dem Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Parteien festsetzt. 5. Ja, sofern er von der Gemeinde ein Armutsschutz erhält. — 6. 27. 27. 1. 2. 27. 27. 1. Ja. 2. Das ist zweifelhaft. — 3. 28. 28. 1. Der Vormundschlichter ist dazu beauftragt. Der künftige Schwiegervater soll dem Rat, Umwidmung von der Vormundschaft zu beantragen, nicht folgen. 2. Nicht erforderlich. 3. Nein, jedoch für künftiger Schwiegervater. — 4. 29. 29. 1. Ohne Angabe, welche Tätigkeiten ausgesetzt wird, nicht zu beantworten. — 2. 30. 30. 1. Etwa 80 M. monatlich. 2. Nein. — 3. 31. 31. Ihre Darstellung trägt nicht aus, kommen Sie in die Sprechstunde. — 4. 32. 32. 1. Auf Verlangen des Ständebestandes, ja. 2. Im Schöneberg oder Neukölln. — 3. 33. 33. Ja, Geldrente bis 10000 M. — 4. 34. 34. Sofern Sie Ihr Eigentum nicht nachweisen können, inter-venieren Sie für den Fall der Pfändung. Um besonderer Vertrag ist nicht erforderlich. Von dem angegebenen Nebenbeitrag sind 6 bis 7 M. nachweislich pfändbar. — 5. 35. 35. 1. Nein, Gläubiger, die zur Zeit der Eigentumsübertragung Forderungen bereits gerichtlich geltend gemacht haben, können den Vertrag anfechten. — 6. 36. 36. Stellen Sie einen solchen Antrag an die Landesversicherungsanstalt. Diese kann die Kosten ganz oder teilweise decken. Erwignen läßt sich das jedoch nicht. — 7. 37. 37. 1. Nein. 2. Ja, sofern nicht andere Beweismittel vorhanden sind. 3. Der Vertreter gilt als Ehebruch. Erklären Sie Frau davon, kann sie Widerklage erheben. — 4. 38. 38. In der Regel nein. — 5. 39. 39. Ja, falls die Berufs-genossenschaft Ihrem Antrage stattgibt, beträgt die Abfindungssumme 1700,50 M.

Marktpreise von Berlin am 23. Juni 1913, nach Ermittlungen des Reichs-Preisprüfungsamts. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,16 bis 20,20, mittel 20,05—20,12, geringe 20,00—20,04. Roggen, gute Sorte 00,00—18,40, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00 (ab 2000). Futtergerste, gute Sorte 16,10—16,50, mittel 15,00—16,00, geringe 15,20—15,50. Hafer, gute Sorte 17,20—18,50, mittel 16,20—17,20. Mais (mitzogen), gute Sorte 15,30—15,60. Mais (runder), gute Sorte 00,00—00,00. Rindfleisch 0,00. Schweinefleisch 0,00, neu 0,00—0,00.

Partialienpreise. 100 Kilogramm. Erbsen, grüne, zum Roden 20,00—20,00. Spelzbohnen, weiße 20,00—20,00. Arien 35,00—40,00. Rastoffeln (klein), alte 7,00—10,00, neue 12,00—16,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rente 1,70—2,40. Rindfleisch, Bratenfleisch 1,30—1,60. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,00—5,40. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Kale 1,40—3,20. Rander 1,40—3,00. Heide 1,60—2,80. Kartoffeln 1,00—2,40. Erbsen 1,60—3,50. Biele 0,80—1,70. 60 Stück Kresse 1,00—60,00.

### Witterungsbericht vom 24. Juni 1913.

Stationen	Temperatur (Höchst)	Windrichtung	Witterung	Stationen	Temperatur (Höchst)	Windrichtung	Witterung	
Stinnewitz	78	SW	2 Heller	15	Caparanda	75	ONO	2 hell bh.
Hamberg	76	SO	2 Regen	16	Charlottenburg	76	ONO	1 wolkenl.
Berlin	76	SO	1 bedeckt	16	Gröden	76	ONO	2 wolkenl.
Brandenburg	76	SO	1 Regen	15	Übersee	75	ONO	2 bedeckt
München	75	SO	1 bedeckt	14	Paris	76	ONO	2 wolkenl.
Wien	76	SO	1 wolkenl.	19				

### Wetterprognose für Mittwoch, den 25. Juni 1913.

Ein wenig kühler, teilweise aufklarend, vorherrschend wolfig mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 23. 6.	seit am 22. 6.	Wasserstand	am 23. 6.	seit am 22. 6.
Ramel, Mühl	96	-1	Seals, Spandau	223	+112
Bregel, Unterberg	40	-6	Sabel, Spandau	19	0
Beißel, Thorn	94	-7	Rathenow	9	-5
Oder, Rathow	124	+18	Spree, Spremberg	60	-2
Kroffen	89	-4	Breslau	30	+1
Frankfurt	80	-4	Beser, Röhden	234	-54
Wartbe, Schimm	18	-4	Witten	256	-96
Landberg	-15	-5	Wesin, Marzianstau	482	-12
Rega, Borsdamm	-40	-3	Rau	232	-9
Wid, Peimert	53	+8	Adl	207	-5
Dresden	-150	+30	Redar, Zellbrom	104	+4
Berch	45	-7	Rain, Qanau	131	-5
Magdeburg	55	+1	Wesin, Krier	53	+15

+ bedeutet Hoch, - Fall, - ? Unterpegel.

Kuchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin 23.